



Die Atomenergie kehrt zurück



Impressum:

Nr. 47 Dezember 21- Februar 22

Kontakt:

Kontaktformular anonym und ohne Angabe einer email-Adresse auf:

autonomesblaettchen.blackblogs.org

oder per mail an: autonomes-blaettchen@nadir.org

PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint: 962E E3CF F873 19AA 5647 5D93 E37A 4489 E058 5969

Einsendeschluss: alle drei Monate:

1. März, 1. Juni, 1. September, 1. Dezember

Post:

Erna Stark

Klaus-Müller-Kilian-Weg 1

30167 Hannover

Homepage(s):

autonomesblaettchen.noblogs.org

autonomesblaettchen.blackblogs.org

Alle Ausgaben dort auch online.

ViSdP: Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Für den Fall, dass einige der linksradikalen Webseiten nicht aufzurufen sein sollten, empfehlen wir euch auf folgenden Seiten nach Informationen zu suchen. Indymedia ist auch im "Darknet" erreichbar (nur über den Tor-Browser)

<https://de.indymedia.org>:

<http://gsxbcjvcrdl66ycimkwa2nxzwvy2idef4twi7elozuzm5zt5abqyid.onion>

<http://dvqlamnbzli62qfyt5faspxunueqdc4csrslhcp2z3haiflnrm6dqd.onion>

indy-spiegel unbekannter Herkunft:

<http://hq73inugsyl5pzhnbm2uonuq6h2veztdhicvoiehflofrzbbwa57xsad.onion/>

<http://bkejih6jkyvn7zognkjwag4xtbzy5z5mi5unudmq624vd6lxr3iudsyd.onion/>

Für sensible Veröffentlichungen raten wir dringend, ein Tails-Betriebssystem zu nutzen -> tails.boum.org Geht zusätzlich an einem Ort ins Netz, der Euch nicht zugeordnet werden kann.

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Info zu unserer Sprachpolitik

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Inhalt

Editorial	3
Angriff auf Gorillas Lagerhaus	4
Landräuber*innen aus der Deckung jagen!	5
Etappensieg der Bäuer*innen in Indien	6
Fahrlässige Tötung an der EU-Außengrenze	7
Neue Aufbrüche in Nordafrika	9
CDU entwaffnen - Ein CDU-Politiker drückt ab	15
Solidarität mit Jo und Dy	17
Knast angegriffen! Free Jo & Dy!	18
Communiqués verfassen - ja oder nein?	19
Gekappte Verbindungen	20
Über den Moment hinaus	23
Offener Brief	30
Zur Operation Sibilla	33
Internationalismus lässt sich nicht verbieten	34
Leipzig: Peilsender und Wanze in Auto entdeckt	35
Kieswerk geht in Flammen auf	37
600 Meter Förderband in Kiesgrube gehen in Flammen auf	38
Greenwashing der Atomenergie	39
[K] Feuer für Strabag	40
Von einer Schwachstelle zur nächsten	40
Bevölkerungsmangement	43
„Was wir wollen – mehr Kontrollen“?	48
Trient: Versammlung nach dem Generalstreik	50
Hinnehmen oder durchdrehen?	50
„Der Green Pass ist ein reines Propagandainstrument“	55
zum Abschluss	59
on my way to tokyo	60

Hallo,

schön, dass du das Autonome Blättchen gefunden hast und es jetzt in den Händen hältst (Bullen, Spitzel und Geheime sind von dieser freundlichen Anrede selbstverständlich ausgenommen). Hast du daran gedacht, eine kleine Spende zu hinterlassen? Na, dann halt beim nächsten mal. Oder zwischendurch einfach mal nen Fünfer schicken. Wir wollen nämlich nicht in die gleichen Schwierigkeiten kommen, wie die Interim aus Berlin, die gerade wegen Geldmangel nicht erscheinen kann. Wir schicken auf jeden Fall solidarische Grüße und rufen die Berliner_innen auf, nicht nur ans Blättchen zu spenden, sondern wenn möglich zusätzlich noch ein paar Euros der Interim zukommen zu lassen. In dem Zusammenhang wollen wir kurz kryptisch in die Welt posaunen, dass die dreigeteilte Spende vollständig bei uns angekommen ist. Die Spende aus dem hohen Norden auch. Danke dafür!

Wir nutzen dieses Vorwort zunächst, um ein paar Worte darüber zu verlieren, wie wir die Funktion dieses Zeitungsprojektes im autonomen / anarchistischen / linksradikalen Diskurs sehen:

Seit ein paar Ausgaben sind wir als Redaktionskollektiv verstärkt damit konfrontiert, dass Leute sagen: Wir legen das Blättchen nicht mehr aus, wenn weiter solche Artikel erscheinen. Oder: Wir unterstützen das Blättchen nicht mehr, wenn weiterhin Texte von dieser Gruppe veröffentlicht werden. Oder: Im Blättchen stehen Verschwörungstheorien, wir spenden nichts mehr. Ehrlich gesagt, finden wir das ganz schön erschreckend.

Auch wir finden nicht alle Texte, die wir veröffentlichen, toll. In fast jeder Ausgabe sind Texte, deren inhaltliche Position wir nicht teilen. Aber wir sind kein Parteiblatt und kein Zentralorgan irgendeiner Organisation. Wir sind autonome Anarchist_innen, die eine Zeitung für alle erarbeiten und zusammenstellen, die sich dem undogmatischen autonomen Spektrum zugehörig fühlen – und für alle, die unsere Meinungen und Diskurse mitkriegen wollen. Es gibt aber recht unterschiedliche Strömungen innerhalb der radikalen Linken und auch Einige, die sich gar nicht mehr so bezeichnen würden, aber trotzdem das Blättchen lesen und Texte schreiben und schicken.

Wir haben unsere Aufgabe immer so gesehen, den verschiedenen Strömungen unseres politischen Spektrums ein Sprachrohr zu bieten, damit nicht nur Infos bekannt gegeben, sondern Diskussionen überregional im ganzen deutschsprachigen Raum geführt werden können. Das Autonome Blättchen war nie eine reine Zettelsammlung zugeschickter und bereits im Netz veröffentlichter Texte. Wir fanden es immer richtig, für eine inhaltliche Mischung zu sorgen und auch verschiedene Arten von Texten im Heft zu haben. Also kurze Aktionserklärungen, lange inhaltliche Beiträge, Fachtexte etc. Extra für das Blättchen geschriebene, zugeschickte Texte kommen fast immer rein. Damit ihr eine interessante Ausgabe in den Händen halten könnt, müssen wir jedoch aussortieren.

Wenn ihr wüsstet, was man uns so zuschickt. . . Da ist manch Wirres dabei, viele langweilige Standard-Pressemitteilungen, zum Erscheinungsdatum veraltete Aufrufe – und manchmal zu einem Thema 5 Texte von einem einzigen politischen Zusammenhang. Manchmal auch Texte, deren Meinung wir grundsätzlich politisch falsch finden (z.B. den Aufruf, Impfzent-

ren abzufackeln). Wir sortieren also alles Zugeschickte und Rausgesuchte, bilden uns eine Meinung, verwerfen Texte oder versuchen noch dringend welche zu einem Thema zu finden, das uns wichtig scheint. So finden sich in jeder Ausgabe Artikel die wir selbst geschrieben oder angefragt haben, zugeschickte Texte und von uns aus dem Netz geholte. Dabei priorisieren wir immer die Texte, die uns zugeschickt wurden (wenn sie nicht bereits überall im Internet kursieren).

Wir machen eine redaktionelle Arbeit. Das gibt uns bezüglich der Textauswahl leider eine gewisse Machtposition; gerade weil das Blättchen recht weit verbreitet ist und in militanten Kreisen viel gelesen und diskutiert wird. Das ist uns klar. Wir versuchen dieser Verantwortung gerecht zu werden, indem wir, wie schon gesagt, den zugeschickten Artikeln Vorrang einräumen. Wenn dann Leute beleidigt sind, weil wir in einer Ausgabe nicht alle ihre Artikel zum gleichen Thema veröffentlicht haben, finden wir das grotesk. Aber ebenso ärgert es uns, wenn Leute das Blättchen dissen, weil ihnen einzelne Texte nicht passen. Wir finden es gut, wenn, Antworten auf umstrittene Texte geschrieben werden, dass es eine lebendige inhaltliche Auseinandersetzung gibt. Stattdessen das Blättchen nicht mehr und wollen es nicht mehr unterstützen. Wenn ihr einen Text richtig scheiße findet, habt ihr jederzeit die Möglichkeit und eine Entgegnung zu schicken. Wir hatten in den letzten Jahren immer wieder erkenntnisreiche Debatten im Heft. Wir erinnern z.B. an die Debatte über die Faschisierung der Gesellschaft nach dem Auffliegen der Hannibal-Gruppe und an die Diskussion über den Sinn von Aktionsbekennungen. Das ist uns eigentlich der wichtigste Punkt: Antwortet inhaltlich, wenn ihr einen Text scheiße findet und zieht nicht unmittelbar Konsequenzen, die die Debatte abbrechen lassen.

Uns scheint, dass es viele nur noch gewöhnt sind, unliebsame Meinungen wegzuwischen. Das geht super auf dem Smartphone, aber nicht in der gesellschaftlichen und politischen Realität. Wir sollten daran arbeiten, Meinungen auszuhalten, die wir nicht teilen, und uns in die Auseinandersetzung zu begeben. Wir wollen keine Zeitung machen, die nur unsere eigene Meinung widerspiegelt. Dies wäre das Ende unserer politischen Debatten. Auch in Bezug auf diese Zeilen gilt: die Rolle autonomer, analoger Medien ist diskutierbar. Auch die Art, wie sie gemacht werden.

Wir werden uns bemühen, ausführlicher zu begründen, warum wir zugeschickte Texte nicht veröffentlichen. Aber wir werden nicht zu jedem potentiell umstrittenen Text sagen, warum wir ihn reinnehmen. Das würde uns überfordern, weil wir dann jeden Text öffentlich kommentieren und bewerten müssten. Das werden wir nicht machen.

Nachdem das gesagt wurde, möchten wir uns aber auch nochmal für den Zuspruch, die aufmunternden Worte, die lieben Grüße und Spenden bedanken. Genug der Nabelschau. Es gibt noch andere Themen für dieses Vorwort.

Wir wundern uns über die Stille, angesichts dessen, dass an der EU-Grenze tausende Menschen unter elendigsten Bedingungen versuchen, die Grenzen zu überwinden. Der sächsische Ministerpräsident sagt, dass die Gesellschaft die Bilder der frierenden und sterbenden Menschen an den

EU-Außengrenzen aushalten müssen. Halten wir das aus? Die weltweiten Kriege und Zerstörungen, sowie die Klimakrise und das Sterben der Menschen an den EU-Grenzen bleiben weiterhin Normalität. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann scharf geschossen wird. Vor 6 Jahren gab es noch Empörung, als Alice Weidel von der AfD das forderte. Das wäre heute anders. Die rechte polnische Regierung bekommt das volle Lob der Regierenden für ihr menschenverachtendes Vorgehen. Das ist EU-Normalität – genau wie das Schweigen – unser Schweigen, euer Schweigen. Wir wissen, dass wir uns zum Teil dieser Herrschaft machen. Es gilt nach wie vor: wer schweigt, stimmt zu. Was tun? Schreibt uns eure Ansichten.

Und dann noch Kontaktdatensammlungen in unseren Zentren, 2G-Kontrollen und sicherheitsstaatlicher Umgang mit einer Krankheit – auch in

unseren Strukturen. Das wird ein düsterer Winter werden, wenn auch in unseren Kreisen die Sinnhaftigkeit der Impfung mit der Sinnhaftigkeit einer Pflicht zum Impfen und deren Kontrolle verwechselt wird. Wenn sich wenigstens die Klimabewegung radikalieren würde. Aber vielleicht passiert da schon mehr, als für uns sichtbar ist? Schickt uns eure Einschätzungen dazu.

Da es immer noch Probleme gibt, uns über die Seite *autonomesblaettchen.noblogs.org* zu kontaktieren, bitten wir Euch das Kontaktfenster auf unserer (zweiten) Seite *autonomesblaettchen.blackblogs.org* zu nutzen. Dort unter „Kontakt“ einfach euren Text reinkopieren und auf „Abschicken“ klicken. Weiterhin könnt ihr auch eine mail an *autonomes-blaettchen@nadir.org* schicken.

Angriff auf Gorillas Lagerhaus in Solidarität mit den Fahrer*innen!

Dokumentation:

„In der Nacht zum 11. November fand ein Angriff auf das sich gerade im Aufbau befindende neue Lagerhaus von Gorillas im Schlachthofviertel nördlich von Friedrichshain statt. Die Glasfassade und die Türen wurden eingeschlagen und ein Slogan in Solidarität mit den Fahrer*innen wurde gesprüht: Strike Back!

Wir haben diese Art der Aktion gewählt um unsere Solidarität mit dem Kampf der Fahrer*innen, die gefeuert wurden oder unter prekären Bedingungen arbeiten, zu zeigen.

Berlin sieht sich einem Generalangriff ausgesetzt. Baustellen für Luxusbauten, die Privatisierung öffentlicher Räume, hohe Mieten, Räumungen, rassistische Polizei und Start-Ups dominieren den Charakter der Stadt. Juppies, reiche Touristen und Bonzen übernehmen die Stadt mehr und mehr indem sie sie als Ware behandeln und sich einverleiben. Bedürfnisse, die auf schnellem Konsum und außergewöhnlichen Dienstleistungen beruhen, werden durch Firmen wie Gorillas künstlich hergestellt, um neue Absatzmöglichkeiten zu schaffen.

Gorillas und Amazon haben z.B. einen eigenen Kundenstamm erzeugt: den neuen Menschen mit dem Bedürfnis, Produkte kaufen zu müssen, die innerhalb von 10 Minuten (!) zu ihm geliefert werden. Die dafür ausgebeuteten Arbeiter*innen, vor allem die Fahrer*innen mit migrantischem Hintergrund, kriegen von Gorillas nicht einmal das dazu notwendige Equipment. Nicht ausgezahlter Lohn, Zeitdruck, riesige, überschwere Bestellungen, permanente Kontrolle und GPS-Tracking bestimmen die Schichten der Fahrer*innen von Gorillas.

Doch die Fahrer*innen haben mit Selbstorganisation und Solidarität zurückgeschlagen. Sie haben entschieden, gegen den Profit ihrer Bosse und für ihre eigene Gesundheit und Existenz zu kämpfen und sich dafür zu organisieren und zu streiken. Dadurch kommt für sie neben den er-



presserischen Methoden durch die Firma nun auch noch die Repression ihres Kampfes dazu.

Am 16. November um 17 Uhr (Muskauerstr. 48 in Kreuzberg) rufen sie daher zu einer Demonstration der Solidarität mit ihrem Kampf auf.

Wir unterstützen ihren Aufruf und wir zeigen unsere Solidarität durch direkte Aktion! Greifen wir die Stadt der Reichen an! Verbinden wir die Kämpfe! Schlagen wir zurück!”

anonym

Landräuber*innen aus der Deckung jagen!

*Der Kaffee-Millionär Michael R. Neumann, ehemaliger Chef der Neumann Kaffee Gruppe, ließ 2001 ca. 4000 Kleinbäuer*innen in Uganda von ihrem Land vertreiben, um dort eine Plantage einzurichten. Um das Treiben dieses Bilderbuchkapitalisten öffentlich zu machen, haben wir ihn zu Hause besucht und Flugblätter in seiner Nachbarschaft verteilt.*

Den entsprechenden Text des Flugblatts inklusive der Adresse von Neumann findet ihr hier:

Kennen Sie Ihren Nachbarn Herrn Neumann? Er wohnt in der Bellevue 21 in Hamburg. Statten Sie ihm doch mal einen Besuch ab und fragen Sie ihn, warum er in Afrika mehr als 400 Familien brutal hat vertreiben lassen? Da eine ehrliche Antwort von ihm eher nicht zu erwarten ist, haben wir hier ein paar Fakten zusammengetragen, die die Machenschaften Herrn Neumanns aufzeigen.

2001 hat die Neumann-Kaffee-Gruppe in Uganda Land für eine neue Plantage gesucht. Auf dem von der Regierung angebotenen 2.500 Hektar großen Grundstück im Distrikt Mubende westlich der Hauptstadt Kampala - Ideal für den Kaffeeanbau - lebten allerdings Menschen, überwiegend Kleinbauern. Nachdem sie nicht freiwillig gingen, kamen eines Tages Soldaten mit Baggern und haben alles zerstört, was die ohnehin armen Bauern hatten: die Häuser und Viehställe wurden niedergewalzt oder niedergebrannt, die Ernte der Kleinbauer sowie ihre Bienenstöcke vernichtet, die traditionell (nicht plantagenhaft) gesetzten Kaffee- und Bananenbäume abgeholzt. Wer noch Hab und Gut aus seinen Häusern retten wollte, wurde mit Schlagstöcken vertrieben. Viele Familien mit Kindern mussten danach im nahegelegenen Wald unter Bäumen leben.

Die Neumann-Manager gaben an, nichts von der gewaltsamen Militäraktion gewusst zu haben. Außerdem habe es sich „nur“ um 600 Menschen gehandelt und die seien entschädigt worden, hieß es beschwichtigend. Die Betroffenen sprechen demgegenüber von 4.000 Bewohnern aus vier Dörfern. Manchen wären umgerechnet 30 Euro als Entschädigung angeboten worden. Neues Land hätte es für die Kleinbauern nicht gegeben.

Über 2.000 der Vertriebenen hatten vor dem High Court of Uganda in Kampala Klage gegen dieses Unrecht eingereicht. Die Gerichtsverhandlungen wurden 11 Jahre lang verschleppt (im Korruptions-wahrnehmungsindex (CPI) liegt Uganda auf Platz 142 – nur 37 Staaten gelten als korrupter). Dann aber gab das Gericht im März 2013 den Klägern Recht. Laut „Informationen zur deutschen Außenpolitik“ vom 15.08.2013 hätten die Plantagenmanager über die bevorstehende Vertreibung Bescheid gewusst. Die Menschenrechte und Werte der Bewohner hätten respektiert werden müssen, das Gericht sprach den Vertriebenen eine Entschädigung von umgerechnet rund 11 Millionen Euro zu. Die Neumann-Gruppe hat allerdings Berufung eingelegt und verzögert damit weiter, dass die brutal ihrer Lebensgrundlage beraubten Familien zumindest eine Entschädigung erhalten.

Die „Informationen zur deutschen Außenpolitik“ berichtete außerdem, dass eine Gruppe der ugandischen Vertriebenen im Juni 2009 erfolglos



bei der deutschen „Nationalen Kontaktstelle“ (NKS) Beschwerde gegen Neumann eingereicht hatte. Diese Kontaktstelle ist beim Bundeswirtschaftsministerium angesiedelt und prüft bei Beanstandungen, ob Firmen im Ausland gegen den „OECD-Verhaltenskodex“ verstoßen haben. Die NKS sah keinen Grund für Beanstandungen – was zwei Jahre später durch den obersten Gerichtshof Ugandas widerlegt wurde.

Am 16. Dezember 2019 bot die ugandische Staatsanwaltschaft in einer Verhandlung in Kampala eine finanzielle Entschädigung für zerstörtes Eigentum in Höhe von insgesamt 3,8 Milliarden Ugandischen Schilling an (rund 950.000,- Euro), also nur rund 8,5 % dessen, was der oberste Gerichtshof Ugandas in erster Instanz ausgeurteilt hatte. Es bedarf keiner großen Phantasie um zu ahnen, wer in diesem äußerst korrupten Staat dafür sorgt, dass weiter versucht wird, die vertriebenen Bauern mit einem Taschengeld abzuspeisen. Legt man die von den Betroffenen genannte Zahl von 4.000 Betroffenen zugrunde (allein 2.000 haben geklagt), würde jede vertriebene Person mit knapp 240,- Euro dafür abgespeist, dass ihnen ihr Land und damit ihre Lebensgrundlage gewaltsam genommen wurde!

Die Neumann Kaffee Gruppe hat bisher überhaupt noch kein Entschädigungsangebot vorgelegt.

Anna Nandyose Katende, eine Betroffene sagte in der Fernsehsendung Panorama: „Sie sollen mir mein Land zurückgeben. Das ist das Einzige, was ich will. Sie sollen mir mein Land zurückgeben und mich für alles entschädigen, was ich erleiden musste. Sie haben mir meinen inneren Frieden genommen. Ich habe keinen Frieden mehr.“

Falls Sie Herrn Neumann beim Spaziergehen treffen, richten Sie ihm doch bitte einen Gruß von Frau Katende aus. Bis heute hat sie weder ihr Land noch eine Entschädigung erhalten.

Etappensieg der Bäuer*innen in Indien



„Ich bitte die Menschen um Verzeihung und stelle mit reinem Herzen fest, dass vielleicht etwas Buße bei uns gefehlt hat (...) Ich appelliere an Sie, auf Ihre Höfe und zu Ihren Familien zurückzukehren. Lasst uns einen Neuanfang machen.“, verkündete Premierminister Modi von der regierenden Bharatiya Janata Party (BJP) seine Niederlage am 19.11.21. Eine Sensation nachdem die Regierung 12 Monate lang den heftigen Widerstand von Millionen von Bäuer*innen zu ignorieren versuchte.

Die Proteste begannen im November 2020 in dem nördlichen Bundesstaat Punjab. Über ein Jahr haben die Bäuer*innen gekämpft, zuerst in ihren Bundesstaaten, dann in immer wütenderen Protesten weiteten sich dann zum Marsch nach Delhi aus. Hunderttausende Bauern schlossen sich dem Aufruf der Gewerkschaften an, während die Polizei mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und Tränengas gegen die Demonstrierenden vorging. Schließlich wurden sie von der Polizei aus Delhi vertrieben und richteten Widerstandscamps und Dauerblockaden an vier Zufahrtsstraßen rund um die Hauptstadt ein. Es kam zu Verletzten und Toten. Mehr als 600 Bauern sollen in diesem Jahr in den Camps gestorben sein.

Die Regierung blieb zunächst unerbittlich hart - ein Gesprächstermin im Januar 2021 beim obersten Gericht in Delhi zwischen der Regierung und den Bauernvertretern blieb ergebnislos. Die Bauern beharrten auf ihrer Forderung, die neuen Agrargesetze zur Marktöffnung vollständig zurückzunehmen, und einen Mindestabnahmepreis zu garantieren, zu dem ihnen ihre Erzeugnisse abgekauft werden. Die Regierungsseite hielt an ihren autokratisch ersonnenen und durchgedrückten Gesetzen der Liberalisierung fest, auch nachdem das Gericht sie schon außer Kraft gesetzt hatte.

Die Gesetze wurden im Schnellverfahren im September 2020 durchs Parlament gepeitscht und sollten den indischen Markt für den globalen

und elektronischen Handel öffnen. Statt wie bislang landwirtschaftliche Erzeugnisse in staatlich organisierten Großmärkten zu garantierten Mindestpreisen zu handeln, sollen die Erzeuger fortan direkt an Privatfirmen verkaufen. Die Regierung will damit den „chronischen Produktivitätsmangel“ beheben. Doch viele Bauern erwarten durch die neuen Regelungen einen Preisverfall für ihre Erzeugnisse und sehen dadurch ihre Existenz bedroht, weil keine Mindestpreise festgelegt wurden. Großkonzerne würden sie am Ende schlucken, so ihre Befürchtung.

Im Februar dieses Jahres besuchte der Regierungsvertreter Sanjeev Balyan ein Dorf im westlichen Distrikt Shamli in Uttar Pradesh, in dem ein Großteil der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebt. Der Minister für Tierhaltung wollte die Bauern dort über die Vorteile der neuen Gesetze „aufklären“. Die Bauern protestierten gegen den Besuch und vertrieben den Minister und seine Begleiter kurz nach der Ankunft.

Die indische Mitbegründerin von Fridays for Future, Diaha Ravi, landete Februar im Gefängnis weil sie die Bauernproteste unterstützte. Von der Straße weg wurde sie am 13.2.21 von der Abteilung für Cyber Crime in Bangalore, Hauptstadt des südindischen Bundesstaates Karnataka, verhaftet und in Gewahrsam genommen. Vorgeworfen wurde der 22-Jährigen, sie habe ein Online-Tool zur Unterstützung der Bauernproteste verbreitet (mit dem Inhalte verschlüsselt hinterlegt werden können, um sie dann anonym zu veröffentlichen). In mehreren Städten gab es Proteste gegen die Verhaftung.

Karthik Gunasekar, ein Aktivist der Chennai Climate Action Group, befürchtet, dass eine Deregulierung des Agrarmarktes den Druck zur Ertragssteigerung erhöhen wird. „Diese neuen Gesetze werden eine nicht nachhaltige Landwirtschaft der Monokulturen vorantreiben“, sagt Gunasekar. Er fordert, dass die Gesetze zurückgenommen werden. Stattdessen sollte

eine Preisgarantie für eine vielfältigere Palette von Nutzpflanzen eingeführt werden, um so deren Anbau attraktiver zu machen. Wegen einer fehlenden Mindestpreisgarantie und aufgrund der schlechten Marktbindung sind Indiens weniger ertragreiche, einheimische Nutzpflanzen im Laufe der Jahre immer seltener geworden.

Es folgten viele Demonstrationen mit mehreren Hunderttausend(!) Teilnehmer*innen und eine interessante Kampagne gegen die Regierungspartei BJP. 40 Bauernorganisationen rufen seit Juli 2021 zur Abwahl der seit sieben Jahren agierenden Regierung auf. Die Kampagne „Besiegt die BJP“ soll bis zu den nächsten Wahlen zum indischen Unterhaus 2024 fortgesetzt werden und sie scheint der Regierung Sorgen zu bereiten. Bereits 2022 stehen in den Bundesstaaten Uttarakhand, Punjab und Himachal Pradesh Wahlen an. Etwa 600 Millionen Inder*innen (fast die Hälfte der Bevölkerung) leben direkt oder indirekt von der Landwirtschaft - ein nicht unerhebliches Potenzial für eine Kampagne, die nichts mit Parteipolitik zu tun haben will, sondern lediglich zur Wahl der nächstgrößeren Partei neben der BJP aufruft.

Fahrlässige Tötung an der EU-Außengrenze [Polen, Belarus]

*Ein Beitrag von Krytyka Polityczna vom 28. September. Riot Turtle hat die leicht editierte englische Version von den Genoss*innen von Freedom News übersetzt. Ursprünglich veröffentlicht von Krytyka Polityczna. Geschrieben von Katarzyna Czarnota und Marta Górczyńska. Englischsprachige Version von Freedom News.*

Im vergangenen Monat berichtete Freedom über die Notlage von 32 Menschen aus Afghanistan, die in der EU Asyl beantragen wollten und an der polnisch-weißrussischen Grenze inhaftiert und dort wochenlang ohne Nahrung, Unterkunft oder medizinische Versorgung zurückgelassen wurden. Diese Menschen sind die Opfer eines diplomatischen Streits zwischen dem diktatorischen Regime des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko und der EU.

Die belarussische Regierung fliegt die Menschen zunächst in die Hauptstadt Minsk und zwingt sie dann, die Grenze zu Polen oder anderen benachbarten EU-Ländern zu überqueren. Der polnische Staat seinerseits drängt die Menschen, die versuchen, die Grenze zu überqueren, zurück nach Belarus, oft unter Anwendung von Gewalt und ohne Rücksicht auf die Sicherheit und das Wohlergehen der Menschen.

Die Opfer der illegalen Pushbacks, die durch die ungewohnte Umgebung bereits erschöpft und verwirrt sind, werden in behelfsmäßigen Lagern entlang der Grenze zurückgelassen, ohne angemessene Versorgung, Nahrung oder Unterkunft, oder sie verschwinden einfach. Diese brutale Praxis verstößt gegen die internationalen Gesetze über die Rechte von Geflüchteten. Alle Organisationen, die versuchen, diesen verzweifelten Menschen zu helfen, werden aus dem Gebiet verdrängt, nachdem Polen den Ausnahmezustand verhängt hat, um diese, wie sie es nennen, „Invasion“ zu

Bei einer Großdemonstration in Uttar Pradesh am Abend des 3.10.21 eskalierte die Lage, nachdem ein Auto des Sohnes von Vize-Innenminister Ajay Mishra einige Bauern überfahren haben soll. Mishra gab dagegen an, das Auto sei zwar an Ort und Stelle gewesen, aber Bauern hätten es mit Steinen beworfen, worauf es umgestürzt sei und Bauern getroffen habe. Vier Bauern und ein Journalist kamen dadurch ums Leben. In dem Auto seien ein Fahrer und drei Vertreter seiner hindu-nationalistischen Regierungspartei BJP gewesen. Diese wurden daraufhin von der demonstrierenden Menge getötet.

Nun, im November 2021, also der überraschende, vorläufige Sieg der Bäuer*innen gegen die nationalistische Regierung. Kein Grund, die Proteste einzustellen: Bauerngewerkschaftsvertreter gaben an, dass sie ihre Camps erst räumen wollten, wenn die Reform wirklich auch formell vom Parlament gekippt ist. Das soll in der Wintersitzung passieren, die Ende November beginnt.

bekämpfen. In der Zwischenzeit nutzt der polnische Staat diese Angelegenheit, um mit nationalistischer Kriegspropaganda hausieren zu gehen.

Bislang wissen wir von fünf Todesfällen, die eine direkte Folge dieser unmenschlichen Behandlung sind, aber diese Zahl könnte noch viel höher sein: Das Gebiet entlang der Grenze ist ein gefährlicher Wald, und es wird dort kalt. Die Geflüchtete werden daran gehindert, nach Belarus zurückzukehren oder ihre Reise durch Polen fortzusetzen, und werden stattdessen an der Grenze zurückgelassen, um im Grunde genommen zu sterben.

Nachfolgend veröffentlicht Freedom einen Bericht von Katarzyna Czarnota und Marta Górczyńska: zwei Aktivistinnen der „Grupa Granica“, die vor Ort sind und alles in ihrer Macht stehende tun, um zu helfen.

Es ist nicht bekannt, an wie vielen Orten entlang der polnisch-belarussischen Grenze extrem erschöpfte Geflüchtete dem Tod überlassen werden. Niemand kümmert sich um diese Menschen, und niemand sucht nach ihnen – alles geschieht in Stille. Wenn sich diese Situation nicht ändert, werden wir irgendwann neue Massengräber in den Wäldern rund um dieses Gebiet in Europa finden.

Die Verhängung des Ausnahmezustands im Nordosten Polens am 2. September war vor allem ein Versuch, die Aktivitäten von Anwalt*innen, Medien, Nichtregierungsorganisationen und Aktivist*innen zu unterbinden, die Menschenrechtsbeobachtung und -dokumentation betreiben oder das Vorgehen der Behörden auf andere Weise hinterfragen. Als Aktivist*innen, die sich in der Nähe des Ausnahmezustandsgebiets aufhalten, rufen wir zum Eingreifen auf!

Unsere täglichen Einsätze bestätigen, dass die Menschen, die wir im Wald antreffen, in den meisten Fällen ohne unser Eingreifen wahrscheinlich schon tot wären. Die Menschen, die wir treffen, befinden sich oft in einem Zustand extremer Erschöpfung. Wir machen die Arbeit, die sonst niemand in diesem Land macht. Diese Arbeit sollte von praktisch allen in dem Gebiet verfügbaren staatlichen Stellen durchgeführt werden. Ihre gesetzliche Pflicht ist es, die Opfer*innen einer Situation zu retten, die die polnische Regierung als politisch-militärischen Konflikt mit Belarus („Hybrid-Krieg“) bezeichnet. Krankenwagen, Sanitäter*innen und das Polnische Rote Kreuz sowie alle Einrichtungen und Organisationen, die in der Lage sind, die Migrant*innen zu finden und ihnen sofortige Hilfe zu leisten, sollten in das Gebiet geschickt werden, in dem der Ausnahmezustand herrscht.

Angesichts der Situation ist die Frage, wie es mit diesen Menschen weitergeht, zweitrangig. Wir sprechen nicht mehr von einer politischen Krise, die damit zusammenhängt, dass Diktator*innen und Schmuggler*innen das Fehlen einer sicheren Durchreise und das Fehlen funktionierender Mechanismen ausnutzen, um internationalen Schutz für Menschen zu suchen, die aus ihren Herkunftsländern fliehen. In diesem Stadium haben wir es mit einer humanitären Krise zu tun, wenn man bedenkt, wie viele Menschen dieses politische Spiel mit ihrem Leben bezahlen können. Unsere oberste Pflicht ist es, alles dafür zu tun, dass niemand mehr an der polnischen Grenze sterben muss.

Die gesetzliche Regelung zur Verhängung des Ausnahmezustands hat die Öffentlichkeit praktisch von der Information über die tatsächliche Zahl der Pushbacks nach Belarus abgeschnitten. Das Gesetz hindert jeden daran, die Situation im Grenzgebiet zu beobachten, zu dokumentieren oder darüber zu berichten. Kein Anwalt*in, keine Nichtregierungsorganisation und keine Privatperson kann zuverlässig über diese Situation berichten. Wir wissen nicht, wie viele Menschen in den Wäldern gestorben sind.

Wir sind nur etwa 10 Leute, und allein in den letzten zwei Tagen haben wir 11 Menschen vor dem Tod gerettet und 40 Berichte von Menschen aufgezeichnet, die unterwegs waren und (manchmal wiederholt) illegal abgeschoben wurden. Unter dem Deckmantel der „Verhinderung illegaler Migration“ wird den Lebens- und Gesundheitsrettungsdiensten die Arbeit untersagt, und der Staat erlaubt Ärzt*innen und Sanitäter*innen nicht, einzugreifen. Zunehmend stoßen wir auf die Weigerung der Betreiber*innen der Dienste, Hilfe zu leisten. Es ist uns egal, ob jemand stirbt oder nicht“, hören wir, „das sind illegale Einwanderer“.

Wir können nur indirekte Informationen aus den von der polnischen Regierung bereitgestellten Daten und Statistiken gewinnen. Wir haben jedoch viel mehr Informationen, die uns von den Geflüchteten selbst mitgeteilt werden, wenn sie es schaffen, uns über soziale Medien zu kontaktieren. Nur einige hatten das Glück, uns ihren Aufenthaltsort zusammen mit einem Hilferuf zu übermitteln.

Wir dürfen die Ausnahmezustandszone nicht betreten und sind daher gezwungen, außerhalb der Zone zu operieren. Das schränkt unsere Möglichkeiten ein, und wenn wir versuchen, die Ausnahmezustandszone zu betreten, können wir festgenommen werden. Helfer*innen werden zunehmend als Bedrohung für den Nationalstaat angesehen, weil sie dessen extreme Gewalt und Unfähigkeit bei politischen Spielen aufdecken.

Wir sind der Meinung, dass Vertreter*innen aller internationalen, humanitären und die Menschenrechte beobachtenden Organisationen sofort in dieses Gebiet einreisen sollten. Das ist zum jetzigen Zeitpunkt das Wichtigste: in einer Krise zu helfen, um weitere Todesfälle zu verhindern. Wir erwarten, dass solche Entscheidungen getroffen werden, und rufen gleichzeitig alle dazu auf, die notwendigen Interventionen zu unterstützen.

Die lokale Bevölkerung in der Ausnahmezustandszone ist sich nicht ganz im Klaren darüber, was genau vor sich geht. Einerseits sind sie erschrocken über das Ausmaß der dramatischen Ereignisse, andererseits wissen sie nicht, was sie tun sollen, da die Regierungspropaganda mit der angeblichen „Bedrohung“ durch Geflüchtete eine Art Panikmache betreibt.

Das Ausmaß der Entmenschlichung, das wir heute beobachten, hat seinen Ursprung in den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs. Als Folge des Krieges wurde die Genfer Konvention mit dem Ziel gegründet, auf internationaler Ebene vor den Gräueltaten des Krieges zu schützen. Als eines der wenigen europäischen Länder hat Polen seit den 1990er Jahren keine Migrationspolitik mehr betrieben – es gibt im polnischen Rechtssystem kein Dokument mit dieser Bezeichnung. Die Aktivitäten auf staatlicher Ebene konzentrieren sich eher auf Abschiebungen als auf die Gewährung von Schutz, d. h. die Gewährleistung der Sicherheit der Menschen.

Heute ist jedoch keine Zeit, über die Unzulänglichkeit der Genfer Konvention selbst in Bezug auf die aktuellen Konflikte und Ursachen der Migration, wie die Klimakrise oder extreme Armut, zu diskutieren. Heute sollten wir verhindern, dass wir noch mehr Tote in den europäischen Wäldern finden werden.

Die derzeitige „Sicherheitspolitik“ des polnischen Staates ist eine Politik der Gewalt und der Ohnmacht. Davon zeugen sowohl konkrete Projekte und Entscheidungen als auch Bilder oder Beschreibungen der Situation an den Grenzen. Statt Lösungen zu finden, die auf der Schaffung sicherer Migrationsrouten beruhen, werden die Menschen in die Hände von Schmuggler*innen geworfen. Die physischen Barrieren, wie z. B. der Stacheldraht entlang der polnisch-belarussischen Grenze, führen nur dazu, dass die Menschen gezwungen sind, eine längere und gefährlichere Route zu wählen. Dies wiederum führt dazu, dass immer mehr von ihnen auf ihrer Reise ums Leben kommen. Wahrscheinlich wird niemand herausfinden, wie viele Menschen die Pushbacks über die belarussische Grenze mit ihrem Leben bezahlt haben.

Wer wird für den Tod dieser Menschen haftbar gemacht? Wer informiert ihre Familien und wer kümmert sich um ihre Beerdigung? Sicherlich sind die Befehlshaber*innen für diese Situation verantwortlich. Aber diejenigen, die die Befehle ausführen, sollten an die Verpflichtung erinnert werden, sich zu weigern – in diesem Fall, sich zu weigern zu töten und zu entmenschlichen.

Katarzyna Czarnota und Marta Górczyńska

Katarzyna Czarnota ist eine Aktivistin und Soziologin. Marta Górczyńska ist Anwältin und spezialisiert auf Menschenrechtsfragen. Beide Autorinnen engagieren sich derzeit für die „Grupa Granica“, eine Gruppe, die Migrant*innen unterstützt, die versuchen, die polnisch-belarussische Grenze zu überqueren.

Neue Aufbrüche in Nordafrika

Tunesien: Von der Revolution 2011 bis zur Revolte 2021

Am 17. Dezember 2010 zündete sich ein junger Tunesier namens Mohamed Bouazizi selbst an, um gegen seine Behandlung durch die Polizei zu protestieren, und setzte damit die Welle der Aufstände in Gang, die als Arabischer Frühling bekannt wurde. Heute erlebt Tunesien die größte populäre Revolte seit diesen Tagen. Tausende sind auf den Straßen und stellen sich Woche für Woche der Polizei entgegen. Im folgenden Bericht erklären unsere tunesischen Gefährt:innen den Kontext dieser neuen Revolte und erkunden, was sich verändert hat und was gleich geblieben ist. Was wir in Tunesien sehen, ist ein Vorgeschmack auf die nächste Runde der revolutionären Bewegungen in der Region.

Von 2011 zu 2021

Als Tunesier:in werde ich immer wieder gefragt: „War die Revolution 2011 erfolgreich?“ Es gibt keine einfache Antwort, ohne die Kämpfe des letzten Jahrzehnts zu beschreiben. Generell ist unsere Analyse, dass das heutige Tunesien den meisten anderen Demokratien ähnelt, die im globalen Kapitalismus existieren. Wir stehen vor den gleichen politischen und wirtschaftlichen Krisen, der gleichen staatlichen Gewalt, den gleichen Fragen.

Tunesien war der Geburtsort der Aufstände, die Nordafrika und den Nahen Osten erfasst haben, und es ist das einzige Land in der Region, das seinen Diktator abgesetzt hat, ohne einen Militärputsch wie in Ägypten oder einen Bürgerkrieg wie in Syrien zu erleben. Allerdings ist es auch keine Utopie. Das Land hat in den letzten zehn Jahren mehr als zehn Regierungen und eine Menge Konflikte erlebt. Ein Jahrzehnt nach dem Sturz der Regierung sind unsere Forderungen immer noch die gleichen: „Würde, Freiheit, Gerechtigkeit.“

Der Aufstand vom Januar 2011 brachte eine große Bandbreite an Menschen zusammen, von den Wütenden und Arbeitslosen bis hin zu islamischen Fundamentalist:innen, Marxist:innen, der Piratenpartei und einer Handvoll Anarchist:innen.¹

Auf dem Höhepunkt der Revolution, am 14. Januar 2011, floh unser ehemaliger Diktator Ben Ali mit seinen nahen Familienmitgliedern nach Saudi Arabien. Ein paar von Ben Alis Familienmitgliedern kamen ins Gefängnis, aber seine politische Partei blieb aktiv und Tunesiens Business-Klasse wurde nur noch mächtiger.

Die erste Regierung nach der Revolution wurde vom Premierminister des vorherigen Regimes angeführt, gefolgt von einer weiteren Regierung, deren Mitglieder ebenfalls Teil des alten Regimes gewesen waren. Beide scheiterten und machten den Weg frei für das neue Wahlsystem. Die erste „faire und gerechte Wahl“ in der Geschichte Tunesiens fand später im Jahr 2011 statt, bei der eine von der Bevölkerung gewählte verfassungsgebende Versammlung gewählt und mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beauftragt wurde. So wie Mohamed Morsi von der Muslimbruderschaft die Präsidentschaftswahlen nach der ägyptischen Revolution gewann, gewann in Tunesien die Nahdha, eine fundamentalistische islamistische Partei, die Mehrheit der Sitze in dieser Wahl, die sich gegen die anderen Teilnehmenden der Revolution richtete.

2013, im selben Jahr in dem das Weltsozialforum in Tunesien stattfand, wurden zwei wichtige Persönlichkeiten, die die Linke vereinen wollten, auf mysteriöse Weise ermordet: Chokri Belaid und Mohamed Brahmi. Alle Hinweise deuten auf fundamentalistische Islamisten hin. Von 2011 bis 2016 haben fundamentalistische islamistische Organisationen mit



ISIS-ähnlichen Ideologien mit Hilfe der Nahdha-Partei an Macht gewonnen. Tunesien war einer der Hauptexporteure von Freiwilligen für ISIS; seit 2011 gab es mindestens fünf große Terroranschläge in Tunesien. Dennoch ist der islamische Fundamentalismus hier weniger verbreitet als in vielen Ländern dieser Region.

Eine der ersten bedeutenden Bewegungen nach der Revolution war „Manich Msemeh“ („Ich werde nicht vergeben“), in der sich junge Menschen zusammenschlossen, um das Versöhnungsgesetz von 2014 zu bekämpfen, das denjenigen vergeben sollte, die an den vorherigen Regimen vor der Revolution beteiligt waren.

Heythem Guesmi, ein Revolutionär und Mitglied der Manich Msemeh-Bewegung, betrachtet es als einen Sieg, da es sich um eine horizontale Bewegung handelte, die mit dem orthodoxen Parteiensystem brach, das von den verschiedenen kommunistischen Parteien der Linken gefördert wurde. Seiner Meinung nach wurde „uns die Revolution gestohlen“ und das Versöhnungsgesetz hat dieses Gefühl nur noch verstärkt. Er merkt an, dass, obwohl „zivilgesellschaftliche“ Organisationen (d.h. liberale Gruppen) sich der Bewegung in ihrer zweiten Phase anschlossen, sie sich nur auf die technische Seite des Gesetzes konzentrierten, indem sie mit den juristischen Institutionen zusammenarbeiteten, um es zu bekämpfen – während die Revolutionär:innen in der Bewegung sich auf die philosophischen Implikationen der Rückgabe der Macht an diejenigen konzentrierten, die Tunesien in den letzten 50 Jahren regiert hatten. Am Ende wurde das Gesetz nicht verabschiedet.

Ahmed Tlili, ein tunesischer Kämpfer, betont ebenfalls die Bedeutung der kleinen Siege beim Aufbau einer neuen Generation. Mehr als 50 Jahre lang, unter Ben Ali und Bourguiba, den vorherigen Diktatoren, lebten die Tunesier:innen unter totaler Überwachung; sie wurden ins Exil geschickt, gefoltert oder getötet, weil sie politische Flugblätter druckten oder Lieder sangen, die als Anti-Establishment interpretiert werden konnten. Diese neue Generation ist unter anderen Bedingungen aufgewachsen, ohne Internetzensur, mit mehr Meinungsfreiheit und mit der Erfahrung, was es bedeutet, gegen eine Diktatur zu kämpfen. Dies hat eine Generation hervorgebracht, die selbstbewusster im Widerstand gegen die Polizei und das Patriarchat ist, als es die älteren Generationen waren.

Die islamische Partei Nahdha hat kürzlich ein Bündnis mit „Kalb Tounes“ (der liberalen Partei – deren Vorsitzender wegen Geldwäsche im Gefängnis sitzt, dank einer Gruppe junger Tunesier:innen, die den Fall jahrelang verfolgte) und der Konstitutionellen Demokratischen Versammlung (RCD), der Partei Ben Alis und der einzigen Regierungspartei vom Beginn der tunesischen Unabhängigkeit 1956 bis zur Revolution 2011, geschlossen. Diese Allianz bildet die absolute Mehrheit im Parlament, ein Symbol für Korruption und eine der Hauptursachen für Armut, Ungleichheit und Patriarchat. Dies hat dazu geführt, dass die Menschen keine Hoffnung auf Reformen haben und zu dem Schluss kommen, dass der einzige Weg nach vorne der Aufstand oder eine weitere Revolution ist.

Die ersten Anzeichen der aktuellen Revolte erschienen vor drei Monaten. Im November 2020 hielt ein Abgeordneter im Parlament eine Rede, in der er sich gegen Abtreibung aussprach, alle „befreiten“ Frauen als „Huren“ bezeichnete und speziell alleinerziehende Mütter anprangerte. Am 8. Dezember protestierten Frauen vor dem Parlament und hielten Schilder mit

der Aufschrift „Wir sind alle Huren bis zum Sturz des Patriarchats.“ Zwei Tage später verkündete das Parlament das Budget für 2021, was viele Menschen verärgerte. Mitten in der COVID-19-Pandemie wurden nur sehr wenige Mittel für die öffentliche Gesundheit bereitgestellt.

Trotz der Wirtschaftskrise, die durch die Pandemie ausgelöst wurde, kaufte die Regierung Anfang Januar eine Flotte nagelneuer Anti-Riot-Trucks, zusammen mit 60 Fahrzeugen für die tunesische Polizei.

Am 9. Januar gingen Fußballfans auf die Straße, um gegen die Korruption des Präsidenten ihres Fußballvereins, Le Club Africain, zu protestieren. Fußball ist in Tunesien schon immer politisiert; er ist das einzige Ausdrucksmittel oder Vergnügen, das der Arbeiter:innenklasse bleibt. Es gibt eine lange Tradition von Fußballliedern, die Egalitarismus und Rebellion fördern. Gleichzeitig sind die Präsidenten der Fußballmannschaften seit jeher in die Regierung involviert – ein großess System der Geldwäsche. In ihrem Protest rahmten die Fans Le Club Africain als ein Symbol für das, was im ganzen Land passiert. Die Polizei verhaftete 300 von ihnen, 200 davon waren minderjährig. Dies erzürnte viele Menschen.

Der 14. Januar 2021 war der zehnte Jahrestag des Sieges der tunesischen Revolution. Am Abend des 12. Januar gab die Regierung bekannt, dass es vom 14. Januar bis zum 17. Januar eine totale Abriegelung geben würde. Sie begründeten dies mit der COVID-19-Pandemie, aber der wahre Grund war offensichtlich. Am 14. Januar versammelten sich Tausende auf den Straßen, um der Lockdown-Anordnung zu trotzen.

Heute sind seit Beginn der Unruhen mehr als 1600 Menschen verhaftet worden. Diese Bewegung bringt eine neue Koalition aus Fußballfans, Student:innen, Anarchist:innen, Kommunist:innen, Bäuer:innen und anderen Rebell:innen zusammen. Bemerkenswert ist die Abwesenheit der Fundamentalist:innen, die eine so bedeutende Rolle bei der Ausweitung und dem Verrat des Aufstandes von 2011 spielten. Die nächste Runde der Bewegungen steht in einem Kontext, in dem der islamische Fundamentalismus mit dem Staat verbunden ist. Die Rebellion muss eine kritische Masse zusammenbringen, um sich ihm von außen entgegenzustellen.

Obwohl Tunesien ein kleines Land ist, mit einer Bevölkerung, die nicht viel größer ist als New York City, hat es wiederholt als Indikator für die Ereignisse in der gesamten Region gedient. Es ist ethnisch und religiös homogener als viele Nachbarländer; wenn in diesen vergleichsweise stabilen Verhältnissen eine Revolte ausbricht, kann das ein Hinweis darauf sein, dass sie sich wahrscheinlich ausbreiten wird. Dies ist bedeutsam, da wir in die globale Wirtschaftskrise eintreten, die durch die COVID-19-Pandemie ausgelöst wurde.

Elektoralismus ist keine Lösung

Bei der letzten Wahl gab es etwas, was es in Tunesien noch nie gegeben hat: Drei Millionen Menschen – 70 % der Wählenden – gaben ihre Stimme für Kais Saeid ab, einen Juraprofessor, der keiner politischen Partei angehört. Er finanzierte seine Kampagne mit 3000 Dinar (1000 Dollar) von seinem eigenen Geld und kleinen Spenden. Im Gegensatz zu Kandidat:innen anderer Parteien lehnte Saeid die übliche 60k-„Zuwendung“ von der Regierung, oder sollte ich sagen, aus den Taschen der einfachen Leute, ab, um den Wahlkampf zu finanzieren. Ein Präsident, der „ehrlich“

klang und handelte, er wiederholte immer wieder, dass er auf der Seite des „Volkes“ steht und nicht auf der der politischen Parteien. In den Augen der Tunesier:innen „haben wir gegen die Korruption gewonnen“.

In den ersten Monaten seiner Amtszeit entschied sich Saeid dafür, weiterhin in seinem bescheidenen Haus in einem bürgerlichen Viertel statt im Präsidentenpalast zu wohnen und seinen Morgenkaffee im örtlichen Café zu trinken. Und gerade diese Woche, am 3. Februar 2021, inmitten einer Demonstration mit Zusammenstößen zwischen Demonstrierenden und der Polizei, machte der Präsident einen Überraschungsbesuch auf der Straße, sprach mit den Menschen und hörte sich ihre „Forderungen“ an. Er wiederholte die gleiche Rede immer und immer wieder: „Ich stehe zu euch, dem Volk, und ich werde nicht zulassen, dass ihr ein Bissen im Mund der korrupten Politiker:innen seid.“ Er prangerte sogar die Polizei an und sagte: „Es gibt keine schlechte Polizei und keine gute Polizei, das kommt alles von der Regierung.“

Das klingt wie ein Kindermärchen über einen wohlwollenden Monarchen, der seine Untertanen liebt und in einer bescheidenen Hütte statt in seinem luxuriösen Schloss lebt, getarnt als normaler Mensch. Doch die Menschen haben langsam erkannt, dass ein „netter“ Präsident weder ihre Situation verändert, noch ihre Kämpfe leichter gemacht hat. Die Menschen sehen, dass das Wahlsystem immer wieder versagt hat, Veränderungen herbeizuführen – dass die wirkliche Macht entweder in den Händen der Regierung liegt, also dem Parlament und den Minister:innen und vor allem der Polizei, oder in ihren eigenen Händen, wenn sie auf die Straße gehen.

Demokratie in Tunesien

Selbst dort, wo er nicht in schwerer Unterdrückung oder Bürgerkrieg endete, wurde der sogenannte Arabische Frühling größtenteils in Bewegungen für Wahldemokratie kanalisiert, mit den gleichen enttäuschenden Ergebnissen, die solche Bewegungen in Europa, den Vereinigten Staaten und Lateinamerika erzielten.

Heute ist das Wort „Demokratie“ in Tunesien unter den Linken meist negativ konnotiert. Es wird meist mit Kapitalismus und den aktuellen (neo) liberalen demokratischen Staaten assoziiert – und selbstverständlich mit Imperialismus. Allerdings gehen die Meinungen darüber auseinander, womit die Demokratie ersetzt werden soll.

Die existierenden kommunistischen Gruppen in Tunesien nahmen am Kampf für die Unabhängigkeit von Frankreich teil und waren dann gezwungen, 50 Jahre lang in den Untergrund zu gehen, wo sie mit Unterdrückung und Inhaftierung, Folter und Ermordung konfrontiert waren. Für sie war es ein wahr gewordener Traum, zum ersten Mal in der Geschichte an einem Wahlsystem teilzunehmen und eine Rolle als Oppositionsgruppe im Prozess der Ausarbeitung der neuen Verfassung zu spielen.

Es gibt jedoch eine Kontroverse entlang der Generationslinien, wie der aktuelle Kampf zu verstehen ist. Wir sehen eine anhaltende Erfahrung von Trauma, die die ältere Generation betrifft, zum Beispiel in ihrer Weigerung, technologische Werkzeuge zu nutzen (weder digitale Nachrichten noch das Veröffentlichen von Artikeln im Internet) aus Angst vor Überwachung. Sie stehen der Dezentralisierung kritisch gegenüber und glauben,

dass das Parteiensystem der einzige Weg ist, die Regierung zu stürzen, auch wenn sie nicht an den Wahlen teilnehmen.

Unter den jüngeren Generationen der Linken gibt es jedoch einen neuen Geist. Die Menschen sehen, dass „Demokratie“ nicht die Umsetzung der Dinge garantiert, die die Revolution gefordert hat. Seit ein paar Jahren gibt es ein zunehmendes Interesse an Dezentralisierung.

Heythem Guesmi stellt fest, dass es zwei Wege gibt, um die Demokratie zu ersetzen. Der „politische“ Ansatz wäre die Etablierung eines föderalen Systems à la Bookchin, mit rotierenden Verantwortlichkeiten. Um ehrlich zu sein, ähnelt dieses System dem, was der Präsident, Kais Saeid, vorschlägt. Auf jeden Fall wird dies einen längerfristigen Kampf erfordern.

Kurzfristig können kleinere Gruppen, die bereits durch materielle Affinität miteinander verbunden sind, mit anderen Gruppen gemeinsame Sache machen, um kollektive Autonomie aufzubauen, wie David Graeber sagt. Heythem sagt: „Selbst kleine Erfahrungen wie ein gemeinschaftliches Grillen in einem öffentlichen Park stellen einen Schritt in Richtung der Besetzung des öffentlichen Raums dar und bringen uns mehr in Kontakt mit unserer Identität und unseren Kämpfen.“

Polizeigewalt

Seit einigen Jahren will die tunesische Regierung ein Gesetz verabschieden, das der Polizei totale Immunität gewährt. Es gibt sogar einen Unterparagraphen in dem zu verabschiedenden Gesetz, der besagt, dass Menschen ins Gefängnis kommen können, wenn sie „die Gefühle der Polizei verletzen.“

Der Aktivist Wajdi Mehwachi wurde verhaftet und wird nun für das unten stehende Foto im Gefängnis gefoltert. Seine Geste symbolisiert die Korruption der Polizei, die Menschen nicht verhaftet, die die Mittel haben, sie zu bestechen; diejenigen, die die Macht in der Gesellschaft haben.

Die Polizeigewerkschaft befindet sich seit dem 28. Januar im Streik und behauptet, dass sie Beleidigungen und Demütigungen ausgesetzt sind. Demütigung – wie z.B. Menschen, die bunte Farbe auf ihre Schilder werfen, als Antwort darauf, dass sie Tränengas schießen und Menschen schlagen. Ihr „Streik“ hat sie davon abgehalten, Verhaftete zum Gericht zu bringen, was zu Verzögerungen bei Gerichtsentscheidungen führt und Menschen im Gefängnis hält, aber es hat die Bullen nicht davon abgehalten, ihre Stöcke und Motorräder zu benutzen, um Demonstrierende anzugreifen, auch wenn sie nicht im Dienst sind. Heute ist die Straffreiheit der Polizei so groß wie nie zuvor seit der Revolution.

Hichem Mechichi, der Politiker, der die Koalition anführt, die das Parlament kontrolliert und somit de facto der Regierungschef ist, tritt immer noch in den Medien auf, unterstützt die Polizei und prangert „jede Form der Rebellion“ an. Dies ist keine Überraschung nach dem bereits erwähnten Kauf von Anti-Riot-Fahrzeugen von Marseille Manutention, einer französischen Firma. Frankreich hat Ben Ali und jede tunesische Regierung seither unterstützt, um ihren Markt in ihren früheren Kolonien in Nordafrika zu schützen – Technologieunternehmen, Ölfirmen, Hotels und dergleichen. Die französische Einmischung in tunesische Angelegenheiten wird von den reaktionärsten Akteuren in Frankreich vorangetrieben². Das

aufgebauchte „Anti-Terror“-Verfahren gegen die Aktivist:innen in Tarnac wurde von der französischen Innenministerin Michèle Alliot-Marie angeführt, die auch erklärte, dass Frankreich Truppen zur Unterstützung von Ben Ali schicken sollte, bevor die Unterstützung des Arabischen Frühlings bei Politiker:innen in den USA und Europa in Mode kam.

Feminismus

Feministische Kämpfe waren entscheidend für die neue Welle der Organisierung. Seit der Revolution haben wir eine tunesische Version der #metoo-Bewegung erlebt, mehr LGBTQI-freundliche Räume und mehr progressive Kunst. Dies ist bedeutsam, in einem Teil der Welt, in dem Homo- und Frauenfeindlichkeit weit verbreitet sind.

Anfang Januar 2021 hat der Gouverneur von Gafsa, einem südwestlichen Gouvernourat [Bundesstaat], Frauen, deren Ehemänner berufstätig sind, von der Bewerbung um Regierungsjobs ausgeschlossen. Die Frauen in Gafsa reichten eine Forderung nach einer Massenscheidung ein und sagten, dass alle Frauen in Gafsa, denen das Recht auf Chancengleichheit wegen „ihrer arbeitenden Ehemänner“ verweigert wurde, um eine Scheidung bitten.

„Wir meinen es ernst, wir lassen uns als Gruppe scheiden, wir haben genauso hart studiert, wir haben den gleichen Abschluss, und es ist unser Recht, uns für den gleichen Job zu bewerben“, sagte eine der Demonstrierenden.

Die Polizei ist nicht nur ein Problem während der Proteste, sie ist auch ein Teil des Fundaments der patriarchalen Gesellschaft in Tunesien. Alle Frauen bezeugen sexuelle Belästigung durch die Polizei, es ist eine Art Allgemeinwissen unter Frauen, eine geteilte Erfahrung mindestens einmal im Leben – wenn nicht viel öfter – wenn du eine tunesische Frau bist.

Konfrontiert mit der Ablehnung und Rebellion von Frauen, setzt sich die Polizei den Hut des „männlichen Beschützers“ auf. Während Alkoholkonsum oder das Zeigen von Zuneigung in der Öffentlichkeit in Tunesien keine Straftaten sind, droht die Polizei oft damit, die Eltern von Frauen anzurufen, die sie bei diesen Dingen sehen, was Frauen in noch gefährlichere Situationen bringen kann, wenn sie aus konservativen Familien stammen.

Ich empfehle allen, den Film *La Belle et la Meute* von Kaouther Ben Hania aus dem Jahr 2017 zu sehen, der auf einer wahren Geschichte über eine Frau basiert, die von einem Polizisten vergewaltigt wurde und die Beleidigungen und Demütigungen ausgesetzt war, als sie versuchte, Anzeige zu erstatten. Während diese Geschichte außergewöhnlich klingen mag, ist sexuelle Belästigung durch die Polizei eine tägliche Tortur für tunesische Frauen.

Ahmed Tlili, der bereits erwähnte tunesische Kämpfer, stellt auch fest, dass die Nahdha-Partei ihre Macht im Parlament nutzte, um in allen anderen Institutionen der Gesellschaft Fuß zu fassen. Dies half der islamischen Partei, die konservative Ideologie durch Schulen, Kulturzentren und Medien zu verbreiten. Themen wie z.B. die Ablehnung der Abtreibung, die vor der Revolution nie diskutiert worden waren, gewinnen nun an Bedeutung. Wenn die radikale Linke hingegen versucht hat, neue Ideen durchzusetzen, wurden diese als „elitär und sehr bürgerlich“, ohne Kontakt

zur Arbeiterklasse und den Armen, diffamiert; oder, wenn sie an Boden gewonnen haben, hat die Polizei religiöse Argumente benutzt, um die Unterdrückung der Linken im Allgemeinen und feministischer Aktivist:innen im Besonderen zu rechtfertigen.

Klassenkampf

Der gesamte Süden und Nordwesten Tunesiens ist sozial und politisch marginalisiert, zusammen mit allen Vierteln der Arbeiter:innenklasse. Heythem Guesmi weist darauf hin, dass diese Marginalisierung dem Prozess der Kolonisierung selbst ähnlich ist. Er verweist auf ein unübersetztes Buch von Sghaier Salhi mit dem Titel *Internal Colonialism and Unequal Development*, in dem er erklärt, dass diese Marginalisierung das Ergebnis einer jahrhundertelangen Ausbeutung der ressourcenreichen Regionen im Landesinneren ist, die bis ins 13. Jahrhundert zurückreicht. Dies schuf ein Netzwerk von „Oberschichtfamilien“, die noch heute herrschen.

Wirtschaftliche Möglichkeiten gibt es nur für die Oberschicht; die Arbeitslosenquote in Tunesien hat 35% erreicht. Die COVID-19-Pandemie hat diese Kluft noch verschärft: es wurde berichtet, dass 70.000 Menschen ihre Arbeit verloren haben. Diese Zahlen berücksichtigen nicht den Schwarzmarkt in Tunesien, auf dem die meisten Menschen arbeiten – lokale Märkte, Lebensmittel-Trucks, Schneidereien, Bauarbeiten und dergleichen.

Die Kluft an Möglichkeiten und Rechten erstreckt sich auf wichtige Bereiche. Öffentliche Schulen sind geschlossen, während private Schulen die Ressourcen haben, um online zu unterrichten; öffentliche Krankenhäuser haben ihre Kapazitätsgrenze erreicht, während private Krankenhäuser für Reiche zugänglich sind; sogar Kunst ist exklusiv für reiche Leute in privaten Versammlungen geworden, während Theater- und Musikstätten geschlossen sind. Während die Wirtschaftskrise der Regierung einen Vorwand lieferte, um der Arbeiter:innenklasse höhere Steuern aufzuerlegen und Sozialprogramme zu kürzen, hat es sie nicht davon abgehalten, der Oberschicht Steuervermeidungsprogramme anzubieten, wie z.B. „Im Jahr 2020 werden keine Steuern für Yachtbesitzer erhoben.“

Zwei tunesischen Männern drohen derzeit 30 Jahre Gefängnis, weil sie Marihuana an einem öffentlichen Ort geraucht haben. Der Konsum oder Besitz von Marihuana wird mit einer Strafe von bis zu 5 Jahren geahndet, im Falle des Rauchens an einem öffentlichen Ort mit 10 bis 20 Jahren mehr. Die Anzahl der Jahre unterliegt der Auslegung durch den Richter. Diese Gesetze wurden ursprünglich 1992 geschaffen, als der Schwager des damaligen Diktators Ben Ali in Frankreich verhaftet wurde, weil er in ein Drogenschmuggelnetzwerk verwickelt war. Dieser Skandal setzte Ben Ali unter internationalen Druck – so schuf er ein Gesetz (Gesetz 52 des Strafgesetzbuches), um alle Konsument:innen von Marihuana sowie harten Drogen zu inhaftieren.

Die neue Regierung passte dieses Gesetz unter dem Druck der Öffentlichkeit an und verlagerte das Strafmaß auf null bis fünf Jahre, überließ aber die Auslegung dem Richter. Dies verschärft die Klassendiskriminierung; wir alle wissen, dass eine bürgerliche Person niemals für das Rauchen von Marihuana ins Gefängnis gehen wird. Die Demonstrierenden fordern, dass dieses Gesetz abgeschafft wird.



Heythem Guesmi argumentiert, dass die fundamentalistischen Islamist:innen erfolgreich waren, so viele Freiwillige zu rekrutieren, weil sie in marginalisierten Gemeinschaften, in lokalen Cafés, Moscheen und armen Universitäten eingebettet waren, während die „traditionelle“ Linke elitär und bürgerlich blieb und ein reformistisches Verständnis von Demokratie propagierte. In mancher Hinsicht haben diese Fundamentalist:innen mehr mit der Linken gemeinsam als die Liberalen, da sie die Polizei, den Staat und den amerikanischen Imperialismus bekämpft haben. Die Meinungsverschiedenheit betrifft natürlich die Ziele der Bewegung und die Werkzeuge, mit denen sie kämpfen. Unglücklicherweise waren sie in den letzten zehn Jahren der Demokratie in Tunesien erfolgreicher beim Aufbau ihrer Bewegung und der Durchsetzung ihrer Hegemonie als die Linken, weil sie wussten, wie sie sich mit marginalisierten Gemeinschaften verbinden können.

In Tunesien gibt es eine weit verbreitete Identitätskrise. Das treibt die Menschen dazu, das Land zu verlassen, legal oder illegal, weil sie sich nicht zugehörig fühlen, oder sich ISIS zuzuwenden, die ihnen eine Identität in Form des fundamentalistischen Islamismus liefert. Den meisten Menschen fehlt das Gefühl der Zugehörigkeit, da sie an den Rand gedrängt wurden – mit Ausnahme der Oberschicht, die viele Gründe hat, dem Staat dankbar zu sein.

Die Sprache selbst stellt eine weitere Herausforderung dar, mit der sich die heutige Linke auseinandersetzen muss. Philosophische Texte und Geschichtsbücher – und sogar Artikel über internationale Bewegungen – erscheinen entweder gar nicht auf Arabisch oder nur in schlechten Übersetzungen, und schon gar nicht im tunesischen Dialekt. Heythem hat an einem Podcast gearbeitet, der darauf abzielt, Konzepte und Kämpfe im tunesischen Dialekt zu popularisieren, einschließlich Klassenkampf, Imperialismus, Identität und dergleichen. Obwohl sein Podcast keine neue Philosophie schafft, merkt er, dass er viel Unterstützung und Interesse

nicht nur von Eliten und Gefähr:innen, sondern auch von sogenannten „normalen“ Menschen bekommt.

Rosa Luxemburg argumentierte, dass die Rolle von Militanten, Aktivist:innen und der Linken im Allgemeinen darin besteht, die Mittel für den Kampf bereitzustellen und den Massen Solidarität zu bieten, anstatt „an ihrer Stelle zu denken.“ Eine Partei, die für die Arbeiter:innen spricht, sie „vertritt“ – zum Beispiel in den Parlamenten – und an ihrer Stelle handelt, wird zu einem Instrument der Konterrevolution.

Postkolonialismus

Es ist kein Geheimnis, dass die tunesische Wirtschaft in der Krise steckt. Der Internationale Währungsfonds spielt dabei eine wichtige Rolle, da er sich weigert, Kredite an Tunesien zu vergeben. Im globalen Kapitalismus spielt der IWF die Rolle eines globalen Bürgen für internationale Banken und ausländische Investitionen. Obwohl die IWF-Kredite in der Regel klein und unzureichend sind, hat der IWF zwei Vereinbarungen mit Tunesien in den Jahren 2013 und 2016 getroffen, die nicht angewandt wurden.

Letzten Monat drohte der IWF damit, Tunesien keine Kredite mehr zu gewähren, wenn diese Vereinbarungen nicht umgesetzt werden. Die Vereinbarungen beinhalten die Kürzung der Gehälter der Angestellt:innen des öffentlichen Sektors, die Entlassung eines bestimmten Prozentsatzes von ihnen, die Schaffung eines Komitees unter der Aufsicht des IWF, um den öffentlichen Sektor zu verwalten und die Privatisierung der nationalen Strom-, Wasser- und Telekommunikationsunternehmen. Tunesien hat bereits das Phosphatunternehmen, Tabak und die wenigen Ölfelder im Süden privatisiert.

Diese Vereinbarungen mit dem IWF haben die Zustimmung von Hichem Mechichi, dem de facto Regierungschef, und die Missbilligung von Prä-

sident Kais Saeid erhalten. Wir können diese Uneinigkeit als politisches Geplänkel interpretieren, um zu bestimmen, wer an der Macht bleiben wird. Wenn der Streit nicht gelöst wird, könnte er dazu führen, dass sich das Parlament auflöst und Neuwahlen nötig werden. Laut Nadhmi Boughamoura, einem tunesischen Militanten, ist dies einer der Gründe, warum die Polizei in den letzten Monaten so brutal war. Die islamische Partei hat Angst, dass sie das gleiche Schicksal erleiden könnte wie die islamische Partei in Ägypten im Jahr 2013; deshalb haben sie eine Infrastruktur aufgebaut, die in das Innenministerium, das Rechtssystem und das Militär integriert ist und sich auf einen Aufstand oder eine Revolution gegen sie und die aktuelle Regierung vorbereitet. Sie haben auch versucht, den rechtlichen Rahmen zu entwickeln, um eine bewaffnete Miliz zu bilden, die exklusiv für die islamische Partei ist.

Laut Nadhmi wäre es für Tunesien wirtschaftlich und sozial selbstmörderisch, dem IWF-Plan zuzustimmen. Mehr Privatisierung wird zu mehr Ausbeutung führen und das Gesundheitssystem und das Wenige an sozialer Infrastruktur zerstören, das derzeit existiert. Er sagt: „Die Korruption der bestehenden Parteien zu bekämpfen ist dringend notwendig, aber nicht genug; die Bewegung muss gegen den globalen Kapitalismus sein, indem sie radikal neue sozioökonomische Strukturen aufbaut.“

Ein globaler Kampf

Anstatt diese Situation als eine Angelegenheit lokaler Probleme eines kleinen Landes zu verstehen, sehen wir sie in einem globalen Kontext, denn alle Kämpfe sind in einer globalisierten Welt miteinander verbunden. An einem Ort zu kämpfen bedeutet, überall zu kämpfen. Daraus folgt, dass wir eine internationale Solidarität brauchen.

Im Vorwort ihres Buches *Caliban und die Hexe* erinnert sich Silvia Federici – eine radikale Feministin aus der autonomen marxistischen und anarchistischen Tradition – an die Zeit, als sie Professorin in Nigeria war:

„Die nigerianische Regierung ließ sich auf Verhandlungen mit dem IWF und der Weltbank ein. Das erklärte Ziel des Programms war es, Nigeria auf dem internationalen Markt wettbewerbsfähig zu machen. Aber es war bald offensichtlich, dass es darauf abzielte, die letzten Überreste von Gemeinschaftseigentum und Gemeinschaftsbeziehungen zu zerstören. Es gab Angriffe auf kommunale Ländereien und ein entschiedenes Eingreifen des Staates (angestiftet von der Weltbank) in die Reproduktion der Arbeitskräfte: um die Geburtenrate zu regulieren und die Größe einer Bevölkerung zu reduzieren, die als zu anspruchsvoll und undiszipliniert im Hinblick auf ihre voraussichtliche Eingliederung in die globale Wirtschaft angesehen wurde. . . Ich wurde auch Zeugin, wie eine frauenfeindliche Kampagne angeheizt wurde, die die Eitelkeit und exzessiven Forderungen der Frauen anprangerte.“

„In Nigeria wurde mir klar, dass der Kampf gegen die Strukturanpassung bis zu den Ursprüngen des Kapitalismus im Europa und Amerika des 16. Jahrhunderts zurückreicht.“

Die tunesische Revolution war reformistisch. Heute ist die Hauptangst, die wir auf den Straßen sehen, dass sich die Geschichte wiederholt, indem die Forderungen nach radikalen Veränderungen kooptiert und auf Reformismus reduziert werden. Der einzige Weg, diese Forderungen zu schützen,

ist durch eine internationalistische Bewegung. Heute brauchen wir mehr denn je eine internationalistische Bewegung, um ein Bewusstsein für alle Kämpfe überall zu schaffen und den Kapitalismus zu bekämpfen.

Neue Horizonte

„The Wrong Generation“ ist ein junges tunesisches anarchistisches und antifaschistisches Kollektiv, das mit der orthodoxen Linken bricht. Sie wollen kein Parteiensystem, sie wollen keinen Anführenden oder Wortführenden; sie wollen einen radikalen Wandel. Eines der Mottos, die sie populär gemacht haben, ist „Tahet zliz fama takriz“ (es gibt Wut unter dem Boden) – entweder inspiriert von dem tunesischen Dichter Abou El Kacem Chebbi, der gegen die Kolonisierung kämpfte und sich mit dem Slogan „Vorsicht, es gibt Feuer unter der Asche!“ an die französischen Kolonisatoren wandte, oder aber von dem Motto des Mai-Aufstandes 1968 in Frankreich, „Sous les pavés, la plage!“ („Unter den Pflastersteinen, der Strand!“)

Maryam Mnaouar, eine tunesische Aktivistin seit der Zeit des Ben Ali-Regimes und eine Anwältin, die Protestierende pro bono verteidigt, wurde vom Regierungschef angewiesen, alle Aktivitäten ihrer Gruppe „The Tunisian Party“ für einen Monat einzustellen. So bedrückend dies auch klingt, ist dies ein Zeichen dafür, dass die Regierung ihre Stimme und die zunehmende Unterstützung, die sie erhält, fürchtet.

Nadhmi Boughamoura, die Teil der linken Studentengewerkschaft war und sich derzeit in der kommunistischen Organisation „Struggle“ engagiert, arbeitet nun mit den Demonstrierenden zusammen, um sich unter einer Koalition zu organisieren.

Nadhmi merkt an, dass dies das erste Mal ist, dass wir eine Koalition zwischen Kommunist:innen, Fußballfans, Mitgliedern der linken Studentenunion, Bäuer:innen und Anarchist:innen erleben. Nadhmi weist darauf hin, dass der Monat Januar in Tunesien schon immer symbolträchtig war: Der Brotaufstand von 1984, der Aufstand im Bergbauggebiet von 2008 und die Revolution 2011 fanden alle im Januar statt. Nadhmi merkte jedoch mit einem pessimistischeren Ton an, dass eine der Herausforderungen, die wir angehen müssen, darin besteht, wie wir diesen revolutionären Geist nutzen können und ihn nicht absterben lassen, wie es nach diesen früheren Umwälzungen der Fall war. Die Hauptforderungen dieser neuen Koalition sind die Abschaffung der polizeilichen Unterdrückung und die Ablehnung der vom IWF geforderten Maßnahmen. Maßnahmen einer Organisation, die den globalen Kapitalismus schützt und nicht nur Tunesien, sondern alle afrikanischen Länder ausbeutet.

Die Linke ist noch nicht ausreichend organisiert; wir müssen bessere Strategien kultivieren, um die Regierung zu stürzen und radikale Veränderungen zu erreichen. Heute führen die Gruppen „Wrong Generation“ und „Struggle“ mit unorthodoxen Strategien, während die alten linken Parteien aufgrund ihrer traditionellen Art zu organisieren und zu führen und ihres mangelnden Verständnisses für die Dynamik, die die neue Generation einführt, abwesend sind.

In den 50 Jahren, die auf die Unabhängigkeit Tunesiens folgten, regierten zwei Diktatoren das Land und zerstörten jede Hoffnung auf einen Aufstand. In den zehn Jahren nach der Revolution investierten die Menschen viel Vertrauen in das Wahlsystem und hofften, dass eine faire und gerechte Wahl eine egalitäre Gesellschaft schaffen könnte. Doch diese sehr unterschiedlichen Systeme haben das gleiche Ergebnis hervorgebracht.

Nachrichten-Seiten

- inhiyez.com - ein unabhängiges Medienprojekt, das sich mit Armut, der Arbeiter:innenklasse und den Unterdrückten im Allgemeinen beschäftigt.
- Inkyfada.com/en - Mehrsprachige Nachrichten aus der Region
- Nawaat.org - eine mehrsprachige Nachrichtenseite

CrimethInc. , Übersetzung von SchwarzerPfeil, leicht editiert

¹ Zum Beispiel die Kunstgruppe „Ahel el Kahef“ („Höhlenmensch“). Der Name ist inspiriert von einer Sure im Koran mit dem Titel Alkahef. Es waren Künstler:innen,

die versuchten, die Beziehung zwischen den Menschen und ihrem Land, den Straßen, den öffentlichen Plätzen und der Arbeit auf der Grundlage der tunesischen Zugehörigkeit zu fördern, in einer Zeit, in der es eine klare Identitätskrise gab. Sie sagten: „Mohamed Bouazizi ist der erste plastische Künstler in Tunesien.“ Eine weitere anarchistische Gruppe, die sich am Aufstand von 2011 beteiligte, war die Ungehorsam-Bewegung, die zu Besetzungen, Generalstreiks und breitem sozialen Ungehorsam aufrief. Die Ungehorsam-Bewegung vertrat die Ansicht, dass die Selbstorganisation der rebellierenden Menschen für revolutionäre Aktionen, die mit bürokratischen und hierarchischen Parteien und Gewerkschaften brechen, den einzigen revolutionären Weg darstellt.

² Frankreich wollte seine Kolonien nie aufgeben; dies zeigt sich in der jüngsten Weigerung von Präsident Emmanuel Macron, sich für die französische Brutalität und Ausbeutung in Nordafrika zu entschuldigen. Aber in den 1950er-Jahren musste Frankreich seine Schlachten wahlen. Rebell:innen in Algerien hatten eine hochentwickelte bewaffnete Guerillagruppe gegründet, die FLN. Da Algerien über wertvolle natürliche Ressourcen und eine viel größere französische Gemeinschaft in Oran und Algier verfügte, konzentrierte sich Frankreich darauf, Algerien zu halten und einen Übergang in die Unabhängigkeit zu arrangieren, bei dem die neue Regierung weiterhin die französischen Interessen unterstützen würde. Ben Ali hielt diese Beziehung aufrecht, so dass 50 Jahre lang die französische Kontrolle über den Markt in Tunesien gesichert war – erst 2011 wurde sie bedroht.

CDU entwaffnen - Ein CDU-Politiker drückt ab

In Köln hat der Prozess gegen Hans-Josef Bähler begonnen, der 2019 aus rassistischen Motiven auf einen jungen Mann schoss

Kurz vor Silvester 2019 schoss ein 72-jähriger CDU-Politiker am Köln-Porz Rheinufer von seinem Garten aus auf einen 20-Jährigen und verletzte diesen schwer. Der Name des Schützen wurde erst einige Tage später öffentlich: Hans-Josef Bähler.

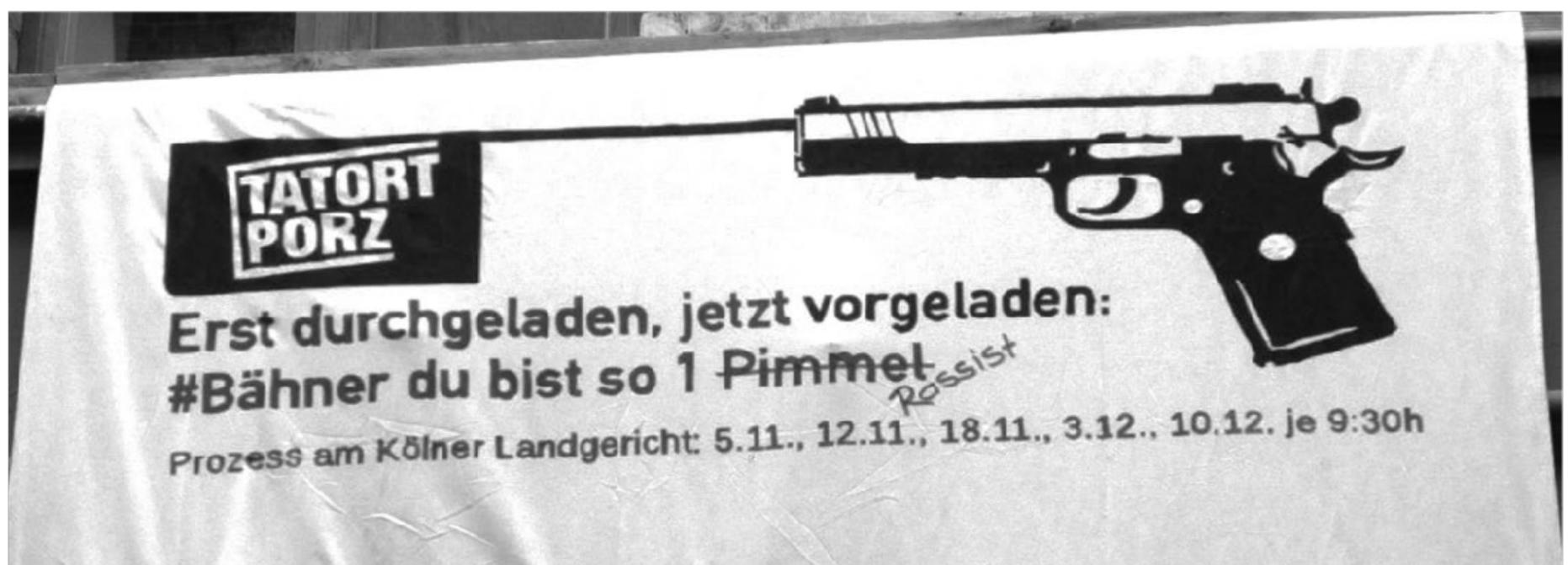
Nun hat am 5. November 2021, nach langer Verzögerung, der Strafprozess gegen Bähler begonnen. Die Initiative Tatort Porz und andere Unterstützer*innen hatten zuvor auf den Prozessbeginn gedrungen. Bähler ist angeklagt den Betroffenen Krys M. mittels Waffe lebensgefährlich verletzt, beleidigt und gegen das Waffengesetz verstoßen zu haben. Verteidigt wird er von Mutlu Günal und Boris Krösing; ersterer hat Bekanntheit erlangt, weil er Salafisten, IS-Mitglieder sowie den radikalen Prediger Sven Lau vertrat.

Rechtsanwalt Günal verkündete bereits vor Prozessbeginn, sein Mandant werde freigesprochen werden. Im Gerichtssaal trat er arrogant auf, wurde

mehrfach vom Richter gerügt. Der Anwältin des Opfers, Edith Lunnebach, begegnete er mit Sätzen wie „Halten Sie mal den Mund“ und unterstellte ihr Unfähigkeit. Am Ende des Prozesstages ließ er vor laufenden Kameras verlauten, Bähler sei das eigentliche Opfer. Wir erinnern uns: Der Betroffene, Krys M., kam nur knapp mit dem Leben davon. Im Zeugenstand berichtete er von anhaltenden Beschwerden wie Schmerzen in der Schulter, Trauma, Alpträumen und Panikattacken.

Bählers Verteidiger wollen den Betroffenen Krys M. als Lügner und eigentlichen Täter darstellen.

Die Taktik von Bähler und seinen Verteidigern verfolgt scheinbar zwei Ziele: Sie wollen Bähler als das wahre Opfer, Krys M. hingegen als Lügner und eigentlichen Täter darstellen. Statt zu seiner Tat zu stehen, die gar nicht zu widerlegen ist, bestreitet Bähler sein rassistisches Motiv und ver-



sucht mittels seiner Anwälte, die Glaubwürdigkeit des Opfers zu erschüttern. Täter-Opfer-Umkehr, eine rassistische Kontinuität in Deutschland.

Der unbescholtene Rassist

Bähners Einlassung, die von Mutlu Günal verlesen wurde, beinhaltete eine Menge für die Tat irrelevante Details, um Bähler als armen Mann, der es nicht leicht hatte, zu inszenieren. Zur Tat sei es nur gekommen, weil er nach dem Rechten habe sehen wollen wollte. Die jungen Leute habe er nur angesprochen, weil die sich zu prügeln schienen. Er habe gewarnt, man solle sein Grundstück nicht betreten, aber, anders als laut Zeugen, nie dazu provoziert. Auch bezüglich des Tathergangs stellt er sich als derjenige dar, der angegriffen wurde: Um sich zu wehren, habe er einen Warnschuss abgeben wollen, aber durch einen Angriff hätte sich der nicht intendierte Schuss gelöst. Ein Unfall. Notwehr. Er habe nicht einmal mitbekommen, dass jemand getroffen wurde. Am Ende habe er sich nicht einmal die Hose anziehen können, als die Polizei ihn, für ihn scheinbar völlig überraschend mit erhobenen Händen heraus bestellte und abführte.

Die Einlassung dreht sich auch um seine Schießsportkarriere. Diese wird durch abenteuerliche Geschichten zum Erhalt der bei ihm gefundenen Waffen, ordentlich erschüttert: Die Waffen seien durch Verstorbene bei ihm gelandet. Zum Teil handele es sich sogar um Waffen von Bekannten der Verstorbenen, die er selbst nicht kenne. Trotz seiner langen Erfahrung und Professionalität im Schießsport habe er schlicht vergessen, die Waffe registrieren zu lassen. Er habe schon an einer Geschichte gearbeitet, wie die Waffe in seinem Garten gelandet sein könnte, um sie dann auch offiziell behalten zu können. Dazu sei er aber nicht gekommen. Laut Polizeiberichten hatte er zunächst ausgesagt, die jungen Männer hätten die Waffe gehabt und in seinen Garten geworfen. Dem widerspricht Bähler nun.

Nicht zuletzt macht er es sich auch mit den Rassismuskorrekturen, die in der Anklage eine Rolle spielen, leicht. Zunächst zog er karitative Gesten aus der Vergangenheit als Feigenblatt heran. Dann räumte er selbstbewusst ein, Kritik an der Flüchtlingspolitik der CDU 2015 gehabt zu haben. Bei rechten Inhalten, die ihm auf sozialen Medien gefielen oder die er geteilt hatte, sei ihm nicht bewusst gewesen, dass sie rassistisch oder antisemitisch seien. Dabei schrieb er selbst: „Die Bilderberger lassen grüßen“. In der Dunkelheit der Tatnacht sei es ihm nicht möglich gewesen, die Jugendlichen zu erkennen. Außerdem fehle ihm das Vokabular für eine rassistische Beleidigung. Rassistisch ist an der Tat laut dieser Erzählung entsprechend gar nichts. Im Gerichtssaal gab es mehrere Fragen, zu denen Krys M. äußerte, dass ihm die Erinnerung fehle. Doch bei der Frage nach rassistischen Beleidigungen sagte Krys M.: „Zu hundert Prozent hat er ›Scheißkanacken‹ gesagt“.

Keinerlei Entschuldigung

Nach dem Prozesstag teilte Krys M. mit, er habe sich gefühlt, als sei er auf der Anklagebank gewesen – ein Ergebnis der Delegitimierungsstrategie von Bähler, Günal und Krösing. Im Verlauf des ersten Prozesstages erhöhten sie während der rund vierstündigen Zeugenbefragung durchweg den Druck auf den Betroffenen und versuchten mehrfach, seine Glaubwürdigkeit anzuzweifeln. So wurde der Betroffene durch eine mehrstündige systematische Täter-Opfer-Umkehr der Verteidigung erneut zum Opfer.

Günal versuchte mehrfach Krys M. in eine Rechtfertigungsposition zu bringen. Ihm wurden unter anderem Erinnerungslücken vorgehalten. Auch dass die Aussage des Betroffenen am Morgen nach dem Schuss, die er unter Einfluss von Schmerzmitteln hatte machen müssen, in der Ausführlichkeit von der Aussage zehn Tage später abweiche, wurde ins Feld geführt. Er solle sein altes Handy der Staatsanwaltschaft übergeben, auslesen lassen und seinen vorigen Anwalt der Schweigepflicht entbinden. Die Verteidigung sprach dem Betroffenen damit grundlegende Rechte ab und versuchte sie gegen ihn auszulegen. Warum? Die Strafverteidigung suggerierte so, man könne Krys M. überführen, wie er sich mit Freunden abgesprochen und den Rassismus im Nachhinein dazu gedichtet habe.

Die Verteidigung bestand auch darauf, dass Krys M. „polizeibekannt“ sei. „Polizeibekannt“ soll wohl in diesem Fall heißen, dass Krys M., nachdem er verprügelt worden war, selbst bei der Polizei Anzeige erstattet hatte. Im Verlauf ermittelte die Polizei auch gegen ihn, stellte die Ermittlungen aber ein. Zudem versuchte die Verteidigung Bähners den Betroffenen zu silenzieren, in dem sie verurteilte, dass Krys M. den Angriff öffentlich gemacht hatte.

Der erste Prozesstag war kein Tag, an dem es um Bähler, seine Tat und seine Waffen ging. Stattdessen geschah, was aus anderen Prozessen, in denen es um rassistische Gewalt geht, bekannt ist: Weiterhin müssen sich Betroffene rassistischer Gewalt wieder und wieder rechtfertigen. Es ist dieselbe Täter-Opfer-Umkehr, die wir unter anderem aus dem NSU-Komplex kennen. Die Verteidigung arbeitet geschickt daran, die aus antifaschistischer und antirassistischer Perspektive auffälligen Aspekte des Prozesses aus dem Schussfeuer zu nehmen. Aufklärung zu den Waffen: unmöglich. Rechte Positionen: uninteressant. Rassismus: ausgeschlossen.

Eine Entschuldigung bei Krys M., für die Verletzung und die körperlichen wie psychischen Folgen, die der Schuss hatte, gab es von Bähler bis heute nicht. Dabei leidet er bis heute unter Schmerzen, die ihm auch die Ausübung seiner Berufstätigkeit erschweren. Die Physiotherapie konnte er sich irgendwann nicht mehr leisten. Dabei müssten Gerechtigkeit und Wiederherstellung für Krys M. bedeuten, dass sein Alltag erleichtert und ihm jegliche Sorgen, die aus der Tat resultieren, erspart werden – psychosozial und finanziell. Bähler muss sich für seine Tat verantworten, nicht der Geschädigte.

12. November 2021: Am zweiten Prozesstag gegen den CDU-Politiker Hans-Josef Bähler haben zwei Freunde des Opfers eindrücklich von der Tatnacht und von den, insbesondere psychischen, Folgen der rassistischen Gewalttat berichtet, unter denen auch sie noch heute leiden.

Die Schilderungen der Geschehnisse der Tatnacht durch die Zeugen, ergänzt durch einen Mitschnitt des Notrufs, widersprachen sämtlich der Version Bähners, die er in seiner Einlassung hatte verlesen lassen.

„Das heute Gehörte entlarvt Bähners Version als Lügengeschichte. Die Legende der Notwehr ist spätestens nach den heutigen Zeugenaussagen komplett in sich zusammen gefallen“, so Berena Yogarajah von der Initiative Tatort Porz.

Auch das Mitwirken von Bähners Ehefrau in der Tatnacht wurde erneut thematisiert. Nach Krys' Schilderung am ersten Prozesstag beschrieben

auch die weiteren Zeugen, dass die Frau während der Tat im Garten gewesen sei und ebenso Beleidigungen geschrien habe. Bähners Anwälte erklärten, sie mache vom Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch.

Die Verteidigung setzte ihre Strategie der Täter-Opfer-Umkehr auch am 2. Prozesstag fort. Die Zeugenbefragung glich erneut einem Verhör. Durch die aggressive und empathielose Befragung wurden die Zeugen über Stunden hinweg herabgewürdigt und unter Druck gesetzt.

„Bähners Verteidiger wirkten zunehmend verzweifelt und aggressiv. Sie bezeichneten die Freunde von Krys als Lügner und verhöhnten sie, als diese von bleibenden Folgen und dem Schock in der Tatnacht berichteten. Ein derart empathieloser Umgang mit Betroffenen von Gewalt ist zutiefst abstoßend. Glücklicherweise ließen sich die Zeugen davon nicht beirren und die Strategie von Günal und Krösing lief ins Leere.“ kommentiert Berena Yogarajah das Gehörte.

19. November 2021: Am dritten Prozesstag gegen das CDU-Mitglied Hans-Josef Bähler hat auch der vierte Augenzeuge nochmals das bisher geschilderte Tatgeschehen des Opfers bekräftigt. Dies gilt insbesondere auch hinsichtlich der von Bähler ausgesprochenen rassistischen Beleidigungen. Er sagte wie schon die Augenzeugen vor ihm aus, dass Bähler das Opfer mehrmals aufgefordert habe, sein Grundstück zu betreten. Danach habe Bähler bis zur Schussabgabe mit der Waffe in der Hand mehrfach versucht, nach dem Kopf des Geschädigten geschlagen.

Alle vier Betroffenen der Tatnacht sagten aus, dass sie bis heute mit den Folgen des Schusses zu kämpfen haben. Der vierte Zeuge berichtete zum Anblick der Waffe in Bähners Hand, er habe so etwas zum ersten Mal in seinem Leben erlebt und hoffe auch, dass es das letzte Mal war.

Am Nachmittag des Prozesstages waren mehrere Polizeizeugen geladen. Auch die Aussagen der Polizeibeamten widersprachen sämtlich den Dar-

stellungen Bähners, die er noch zum Prozessauftritt durch seinen Anwalt Mutlu Günal hatte verlesen lassen.

Bähler hatte noch in der Tatnacht im Streifenwagen ausgesagt, dass er in seinem Garten eine geladene Waffe gefunden habe, nachdem er kurz zuvor draußen einen Schuss gehört haben wolle. Offensichtlich handelt es sich dabei um eine eilig in der Tatnacht aufgestellte Schutzbehauptung. Diese Behauptung hatte in der Tatnacht dazu geführt, dass die Betroffenen auf Schmauchspuren untersucht wurden, deren Ergebnis jeweils negativ war. Heute bestreitet Bähler mittels seiner Anwälte, diese Aussage im Streifenwagen getätigt zu haben. Auch vom anderen Teil seiner Notwehrlage, von Angriffen und Bedrohungen gegen ihn, oder gar einer erlittenen Verletzung, hatte er der Polizei in der Tatnacht nichts berichtet.

Nach Aussage eines geladenen Beamten hatte er auf die eintreffende Polizei zunächst recht kühl und eher gleichgültig reagiert, zeigte aber wohl Unverständnis ob des großen Polizeiaufgebots vor seiner Tür. „Insgesamt machte es den Eindruck als wisse der Beschuldigte, warum die Polizei vor seinem Haus steht“, äußerte der Beamte, der die Festnahme durchgeführt hatte.

„Dies ist nicht die Reaktion eines Mannes, der noch zuvor Angst um sein Leben gehabt haben will. Warum sich die Geschichte Bähners von der Tatnacht bis zur Einlassung bei Prozessauftritt komplett gewandelt hat, muss Gegenstand der kommenden Prozesstage sein.“, kommentiert Berena Yogarajah von der Initiative Tatort Porz.

Für eine lückenlose Aufklärung!!

Die Initiative Tatort Porz begleitet den Prozess gegen den CDU-Politiker Hans-Josef Bähler kritisch.

tatort-porz.org

Solidarität mit Jo und Dy

Spontane Demonstration in München zur Urteilsverkündung

Heute am Mittwoch, den 13.10.21, wurden unsere Genossen Jo & Dy zu 4,5 und 5,5 Jahren Haft verurteilt. Ihnen wird vorgeworfen, an einer physischen Auseinandersetzung mit Faschist:innen beteiligt gewesen zu sein. Um unserer Solidarität Ausdruck zu verleihen und als offensive Antwort auf die Repression gegen Antifaschist:innen haben wir uns spontan mit ca.30 Menschen in München die Straße genommen und mit lauten Parolen, Bengalos und einem Soli-Graffiti, gemacht aus der Demo heraus, unserer Wut Ausdruck verliehen.

Der heutige Tag markiert das Ende, eines seit gut 6 Monaten andauernde Prozess, der so gut wie ausschließlich auf Indizien beruht. Es gibt keinerlei belastbare Zeugenaussagen. Die einzigen Beweise sind DNA Abgleiche, bei denen aber nicht einmal sicher ist, ob sie nicht durch schlampige Arbeit der Ermittler:innen verfälscht wurden. Zusätzlich wird eine dubiose Denunziation einer „Vertrauensperson“ der Bullen angeführt, über die

weiter nichts preis gegeben wird. Alles was für die Angeklagten spricht wird abgetan.

Die politische Dimension ist klar. Mit Jo & Dy sitzt in Stuttgart die antifaschistische Bewegung auf der Anklagebank. Der Fall reiht sich in die seit jüngster Zeit vermehrten Versuche des Staats ein, die gesamte linke Bewegung einzuschüchtern. Ob Jan in Nürnberg, Findus in Stuttgart oder Lina in Leipzig: In konstruierten Verfahren mit mehr als dürftigen Indizien und nahezu null Beweisen werden gerade Aktivist:innen für Jahre in den Knast gesteckt.

Währenddessen werden immer noch Monat für Monat neue rassistische Netzwerke in Polizei und Bundeswehr aufgedeckt. Mit den Demonstrationen von Querdenken und Co. haben rechte Krisenlösungen und Hetze weitere Teile der Gesellschaft für sich gewonnen. Immer wieder versuch-



te rechte Akteure vom III. Weg über AfD und Zentrum Automobil dieses Potenzial für sich zu nutzen. Im Bundestag sitzt nach der Wahl in diesem Herbst auch für die nächsten vier Jahre mit der AfD eine Partei, die als parlamentarischer Arm für die deutsche Rechte fungiert und ihre menschenverachtende Hetze in feinen Anzügen durch die Mikrofone säuselt. Ihren klaren Worten folgen mittlerweile immer öfter auch Taten: München, Halle und Hanau und viele Orte mehr sind dafür blutige Zeugnis.

Während Linke Organisationen und Personen überwacht und von den staatlichen Behörden angegriffen werden, können sich die Rechten in

Knast angegriffen! Free Jo & Dy!

Dokumentation:

„Mit Wut und Hass im Bauch haben wir gestern Nacht [14.10.] die JVA Mannheim mit Spraydose und Farbflaschen verschönert. Wir hinterlassen damit kämpferische Grüße an unsere beiden Genossen Jo & Dy, die für fünfzehn und vierzehn Jahre in den Knast müssen, wie in der Urteilsverkündung in Stuttgart einen Tag vorher bekannt wurde. Die Genossen werden für viele Jahre weggesperrt, weil ihnen vorgeworfen wird drei Faschisten angegriffen und verletzt zu haben.

Sie sollen das getan haben, was wir als Antifaschist:innen für richtig und wichtig halten. Faschos müssen Angst davor haben ihre Ideologie auf die Straße zu tragen. Dafür ist es auch wichtig, dass sie militant angegriffen werden, ihre körperliche Unversehrtheit genommen wird und sie konkret in ihrem Handeln eingeschränkt werden. Wir haben kein Mitleid mit Nazis egal wie schlimm sie getroffen werden und stehen bedingungslos solidarisch hinter den beiden Verurteilten, egal ob sie schuldig sind oder nicht. Wir stehen selbstverständlich auch solidarisch hinter allen anderen verurteilten und angeklagten Antifas wie Lina, Findus, Adel.

An euch alle: Haltet durch! Der Kampf geht draußen weiter, im Herzen sind wir bei euch.

Der bürgerliche Staat geht aktuell besonders aggressiv gegen militante Antifas vor und verhängt harte Strafen gegen Links anstatt etwas gegen Rechte Terroristen oder deren Unterstützernetzwerke zu tun. Uns wundert

aller Ruhe weiter stärken. Das alles macht mehr als deutlich, warum Antifaschismus notwendig ist und bleibt. Wenn wir Sie nicht bekämpfen tut es niemand - und alles andere ist keine Option!

Wir werden uns auch durch ihre Repression nicht einschüchtern lassen. Um dies offensiv zum Ausdruck zu bringen haben wir uns heute in München spontan die Straße genommen und zogen kämpferisch durch ein Wohnviertel. Dabei schrieben wir auf dem Weg an mehreren Stellen aus der Demo heraus Parolen für Jo & Dy an die Hauswände.

An den kommenden Wochenende wird es darüber hinaus Demonstrationen in Nürnberg (16.10 - United against Repression) und am 23.10. in Stuttgart (Linke Politik verteidigen) geben.

Lasst uns als Antifaschist:innen ein deutliches Zeichen setzen und offensive Antworten auf ihre Repression finden. Haltet dafür die Augen für gemeinsame Zuganreisen offen!

Solidarität mit Jo, Dy, Findus, Lina und Jan und allen anderen von Repression betroffenen Antifaschist:innen. Getroffen hat es sie, aber gemeint sind wir alle! Unsere Kämpfe werden weitergehen - auch über die Knastmauern hinweg!

das schon lange nicht mehr – die BRD ist weder gewillt noch in der Lage den Faschismus nachhaltig zu bekämpfen sondern kriminalisiert lieber unseren Widerstand von Links. Ihre Repression soll uns einschüchtern, isolieren und lähmen, daher ist es wichtig offensiv gegen die Angriffe vom Staat vorzugehen & Repression nicht unbeantwortet zu lassen, eine breite Solidarität aufzubauen und unsere Taten politisch zu verteidigen. Nur so können wir dem staatlichen Druck standhalten und als Bewegung sogar gestärkt aus staatlicher Repression hervorgehen. Aus diesem Grund sehen wir den Knast in Mannheim als Symbol staatlicher Repression als geeignetes Ziel und rufen alle Antifas dazu auf für unsere Genossinnen und Genossen in Haft aktiv zu werden.

Egal ob Angriffe gegen Staat & Kapital oder praktische Solidarität mit den Verurteilten. Niemand wird vergessen! Kampf der Klassenjustiz! Free All Antifas!“

anonym

Communiqués verfassen - ja oder nein?

*Wir nehmen u.a. Bezug auf „Einige Gedanken zu Anonymität und Bekenner*innenschreiben“ in Heft #45*

Grundsätzlich wünschen wir uns vermutlich alle, dass eine Aktion „für sich“ steht und spricht und in ihrer Klarheit eine quasi unmissverständliche Zuspitzung unseres Widerspruchs zu den gesellschaftlichen Verhältnissen darstellt. Daher können wir den Wunsch nach einem sehr gesunden Selbstbewusstsein gut verstehen, welches sagt: Wir brauchen eine Sabotage nicht noch erläutern. Die Adressat*innen, also unter anderen die Geschädigten selbst, werden sehr wohl verstehen warum sie angegriffen wurden.

Leider dürfen wir nicht davon ausgehen, dass die Wahrnehmung einer militanten Aktion ein ungestörter Kommunikationsakt zwischen Aktivist*innen und den Rezipient*innen ist, sondern ein leicht zu diskreditierender Akt: Stellen wir uns vor eine linksradikale Gruppe greift den Impferhersteller Biontech an für dessen konsequente Weigerung, die für die Produktion notwendigen Patente freizugeben um das globale Ungleichgewicht der Verfügbarkeit von Vakzinen abzuschwächen. Ohne gesprühte Parole und eine politische Erklärung, die das politische Gefüge analysiert und bloßstellt, wird die Aktion leicht als eine von Coronaleugner*innen „missverstanden“. Sollte der Ausweg sein, sich nur noch militant in unmissverständlichen Kontexten zu verhalten - also derzeit allenfalls in den Themenfeldern Antifaschismus, Antimilitarismus und Antirassismus? Wir glauben nein, denn wir würden ein wichtiges Mittel aus der Hand geben, neue (mitunter komplexe) Konflikte zuzuspitzen.

Eine politische Erklärung sollte keine „einfachen politischen Kategorisierungen“ und „Identitäten“ bedienen - da sind wir ganz der Meinung der Autor*innen aus dem Autonomen Blättchen #45. Aber eben diese unangemessen vereinfachten Kategorien und Erklärungsmuster drohen der militanten Aktion untergeschoben zu werden, zu der keine inhaltliche Bekennung auftaucht. Selten aus Unvermögen, oftmals aus gewollter politischer Diskreditierung anderer Akteur*innen des politischen Diskurses.

Es ist unserer Meinung nach sinnvoll, Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit nicht für die eigene „Identität“ sondern für eine (militante) Position in einem häufig erklärungsbedürftigem Konfliktfeld zu erzeugen. Die politische Erklärung sollte dabei eben nicht eine selbstbezügliche Richtungsweisung für „die Massen“ sein. Glaubt denn wirklich irgend eine der militant agierenden Gruppen aus unserer minoritären Position heraus, eine Meinungs- und Interpretationsvorherrschaft beanspruchen zu können? Wir können das nicht glauben und sind vielmehr der Meinung, dass eine inhaltlich starke, überzeugende Erklärung ein Statement (unter vielen - ohne jedes Avantgarde-Getue) sein kann - mit dem Vorteil, dass die Deutlichkeit z.B. in Verbindung mit einer Sabotagehandlung glaubwürdiger ist, als z.B. eine rein verbale Aufforderung eines klassischen Aufrufs. Hierbei wäre es falsch, die Militanz nur als nachträglich angehefteten Vehemenz-Booster zu betrachten. Eine gelungene militante Aktion zeichnet sich vielleicht durch eine hohe Übereinstimmung zwischen Geschriebenem und Zerstörtem aus. Die Favorisierung der Bekennung vor dem Apell soll nicht heißen, dass wir Texte, Debattenbeiträge und schriftliche Diskussionen weniger wertschätzen, wenn sie nicht mit Taten verbunden

sind. Die Feststellung der Schwäche einer anarchistischen oder autonomen Diskussionskultur, die darin besteht, dass Texte eher ernstgenommen werden, wenn sie mit Angriffen verbunden sind, teilen wir.

Wenn nach dem rechten Brandanschlag in Solingen 1993 militante Antifaschist*innen zu Hunderten die Autobahnen blockieren und in einer Scherbandemo durch die Stadt ziehen - verbunden mit der Aufforderung, dass es keine Alltäglichkeit, keine „Normalität“ neben und nach einer solchen Tat geben dürfe, dann drückt dies selbstverständlich mehr aus als ein Bannerdrop mit selbiger Botschaft. Dieses Mehr ist die Tatkraft, eine Situation des Nicht-Normalen (für Tausende Sicht- und spürbar) herbeizuführen.

Ohne die Bekundung des Willens und ohne eine Vermittlung der politischen Notwendigkeit können Scherbandemo und Autobahnblockade leicht als „verantwortungsloser“ und „wenig zielgerichteter“, „unpolitischer Vandalismus“ diskreditiert werden. Die Entpolitisierung der militanten Aktion durch die Öffentlichkeit ist zwar nicht zwingend, aber sie ist ohne inhaltlich ausgerichtetete Vermittlung leichter möglich, sofern dies von den Herrschenden für deren politische Erzählung für notwendig erachtet wird. „Leichter“ weil auch das Vorliegen einer Bekennung nicht zwangsläufig garantiert, dass die Öffentlichkeit diese auch rezipiert. Wir wollen mit Bekennungen eben nicht der bürgerlichen Medien oder der bürgerlichen Gesellschaft irgendetwas „vernünftig“ vermitteln, wir wollen uns nicht als seriöse Gesprächspartner*innen anbieten, wir wollen weder ihren Respekt, noch ihr Verständnis. Wenn wir die Reichweite ihrer Medien aber nutzen können - warum nicht? Aber wir verlassen uns nicht auf sie. Wir finden es wichtig, eigene Medien zu stärken, zu verbreitern, zugänglicher zu machen. Und wir finden es wichtig, dass unsere eigenen Medien unsere Bekennungen auch abdrucken, egal wie diese geschrieben sind. Denn was bürgerliche Medien aus unseren Bekennungen machen, liegt letztlich nicht in unserer Hand, sie sind aber auch nicht die einzigen Adressat*innen.

Bekennungen wirken auch nach innen, auf unsere Gefährt*innen und Genoss*innen. Nicht im Sinne einer Avantgarde-Politik, sondern als Vorschläge, den Blick mal hier oder dahin zu wenden, als Aufzeigen von Handlungsspielräumen und Widerstandsmöglichkeiten und ganz oft auch einfach nur als Hoffnungsschimmer oder Mutmacher.



Insofern halten wir eine Position des „Sollen die Leute sich doch ihren eigenen Reim darauf machen“ oft verbunden mit einem „Die Leute sind ja nicht doof“ in der Regel für eine lapidar verschenkte Möglichkeit. Nur in den seltensten Fällen ist der politische Rahmen einer militanten Aktion so eindeutig gesetzt, dass sie keiner Erklärung bedarf. Wir sind uns gar nicht sicher, aber die militante Kurzdemo durch die Elbchaussee während des G20-Gipfels 2017 in Hamburg könnte so ein Moment des herrschaftlichen Kontrollverlusts gewesen sein, bei dem eine Erklärung nicht mehr notwendig war. Das hing zusammen mit einer vorherigen Präsenz nicht nur auf der Straße. Ja, die ist leider aber nicht immer gegeben. Wenn es die Stärke einer anarchistischen oder autonomen Agitation auf der Straße ist, die Bekenntnisse überflüssig macht, wir aber diese Stärke gerade nicht haben, müssen wir schlicht damit umgehen und Zusammenhänge halt selbst herstellen, ob frech und rotzig oder elaboriert und „seriös“ ist da erstmal egal.

Wir finden das Beispiel aus dem Blättchen #45 „von SPDlern oder Grünen, die so tun als könnten nur Rechte ein Problem mit ihnen haben, wenn ihre Parteibüros mal wieder in Trümmern liegen“ ganz anschaulich. Während die Autor*in schlussfolgert: „Sobald wir uns die Wahrnehmung der Welt mit den Medien ins Haus liefern lassen, prägen diese unser Denken von der Welt.“, kommen wir zu einem andern, weniger auf uns bezogenen Schluss: Der politische Ausdruck, den ein verwüstetes Parteibüro der Grünen ANDEREN (z.B. Passant*innen) vermitteln kann, hängt maßgeblich von der hinterlassenen Parole oder einer zeitnah veröffentlichten Erklärung, derjenigen ab, die diese Aktion durchgeführt haben. Bleibt diese aus, entsteht der mediale Raum für politische Fehlinterpretation, die den

Getroffenen durchaus opportun scheint: „Bestimmt wieder Neonazis, Querdenker, ... (nichts genaues weiß man nicht)“ Der politische Gehalt der Aktion z.B. gegen das parteipolitische Greenwashing in der Klimapolitik kommt der Betrachter*in mit anderem Wahrnehmungsrahmen nicht unbedingt als erstes in den Sinn - selbst wenn die Gedanken der Aktivist*innen gerade eng um die leeren Versprechungen des Klimagipfels in Glasgow kreisten. In der Regel haben die Akteur*innen auch bei geschickter Wahl des Zeitpunkts und der politisch symbolträchtigen Örtlichkeit nicht die Deutungshoheit bei der Rezeption einer militanten Aktion.

Zudem müssen wir feststellen, dass Ermittlungsbehörden in den letzten Jahren nicht nur bei Großdemonstrationen als eigenständiger politischer Akteur auftreten. Innenministerium, BKA, LKA, Länderpolizeien und Bullengewerkschaft lassen sich schon länger nicht mehr nur vom Anspruch der Presse auf öffentliche Berichterstattung treiben, sondern betten ihre Pressearbeit zu Schnüffel- und Ermittlungstätigkeiten eigenständig, politisch ein in Kampagnen die über die Selbstlegitimation weit hinaus gehen. Eine Bekanntmachung kann diesen weiten Raum für die Behörden enger machen. Manchmal kann schon eine kurze Erklärung helfen, bei der die zentrale Botschaft vielleicht schon im gewählten Gruppennamen auftaucht. Selbst bei ausgeprägter Vorliebe von Behörden und Medien, bewusst unverständlich aus Bekenntnissen zu zitieren, wird zumindest der Name der Gruppierung bei der ritualhaften Überprüfung des Schreibens auf Echtheit genannt.

anonym

Gekappte Verbindungen

Der folgende Text ist eine Übersetzung aus dem Französischen. Ursprünglich stammt er vom sehr lesenswerten Blog *sansnom.noblogs.org* [namenlos/ohne Namen]. Ich habe den Text übersetzt, weil er, wie ich finde, gut an die Diskussionen anknüpft, die in den letzten Autonomen Blättchen aufgemacht wurden. Einerseits die Frage nach Anonymität und Bekenntnerschreiben und andererseits die Frage, wie sich (radikale) Linke und Anarchist*innen verhalten, in Zeiten einer globalen Restrukturierung von Staat und Kapital unter Vorwand einer Gesundheitskrise. Sowie, was Antworten auf und Perspektiven gegen diese Restrukturierung sein könnten. So wurde im Text „Einige Gedanken zu Anonymität und Bekenntner*innenschreiben“, in Autonomes Blättchen Nr. 45 (Juni-August 2021), im Kontext der oft anonym verübten Angriffe auf die notwendige physische Infrastruktur (Funkmasten, Glasfaserkabel, Stromleitungen, ...) für die zunehmende digitale Abrichtung und Unterwerfung unter ein neues Regime der permanenten quantifizierten Transparenz, folgende Frage in den Raum gestellt:

„Angenommen es entwickelt sich eine Form des neuen Maschinensturm gegen die neuen Technologien, wie er schon während der ersten industriellen Revolution stattgefunden hat – wird die radikale Linke die Posi-

tionen der Linken von damals übernehmen und das Pauschalurteil fällen, dass diese Ludditen/Maschinenstürmer*innen alle konservativ seien, da sie etwas „neues“ angreifen? Oder werden sie sich im Angesicht der brennenden Antennen und Serverfarmen ins Getümmel stürzen und eigene Akzente auf der Straße setzen – in Worten und in Taten?“

Und im Text „22 fragmentarische Punkte zum Lockdown“ (auch in Autonomes Blättchen Nr. 45) wurde unter Punkt 5., folgendes formuliert:

„Seit Beginn der Pandemie wurde aus verschiedenen anarchistischen Ecken und Ländern eine klare Kritik, Feindschaft und Offensive gegen den Lockdown und die neue Normalität der sozialen Isolation initiiert und auch klar umrissen, wie rasant sich momentan das technologische Projekt der Macht beschleunigt (die Reise geht gen: digitale Impfpässe + digitale ID + Abschaffung des Bargelds + Tracking der gesamten Bevölkerung + 5G-Ausbau + Digitalisierung und „Home-isierung“ von Arbeit, Schule und Uni + 50%-Nutzungsanstieg des Internets). Trotzdem war diese Kritik (zumindest im deutschsprachigen Raum) nicht fähig eine breitere Dynamik auf der Straße auszulösen. Grund dafür ist, dass (...)

sich nicht nur Anarchisten und Linke sondern auch Anarchisten und Anarchisten auf unterschiedlichen Seiten der Barrikade befinden.“

Wie die Leser*in dieses Textes feststellen wird, hat eine Antifagruppe im Saarland bereits im Rahmen eines kleinen Maschinensturms eigene Akzente gesetzt, wenn auch im Internet und nicht auf der Straße. Damit hat sie ihre Barrikadenseite eindeutig und klar gewählt. Mit der Übersetzung dieses Textes will ich nicht nur auf diese ekelhafte Bullenmentalität und Anbiederung an den Staat hinweisen, sondern die zwei Zitate auch noch um eine Überlegung ergänzen. Also gut, angenommen es kommt wirklich zu einem neuen Maschinensturm und dafür gibt es europaweit Anzeichen. Und große Teile der radikalen Linken und auch einige Anarchist*innen schlagen sich auf die Barrikadenseite von Staat und Kapital, so wie sich das die letzten eineinhalb Jahre (und auch schon davor) angebahnt hat. Was kann es dann heißen, mit jenen (radikalen) Linken und Anarchist*innen einen Bruch zu suchen, wenn man sie als Teil des Machtblocks identifiziert (Zwanzig notwendige Anmerkungen . . . , AB, Nr. 46, Sep-Dez 21), der uns gegenübersteht? Also, wenn man daran festhält, Staat und Kapital zerstören zu wollen, anstatt eine fairere Teilhabe, inklusiveres Management oder eine gerechtere Verteilung von Waren zu fordern. Vielleicht ist der Ansatz Verbindungen zu kappen nicht nur ein Vorschlag, der gegen den technologischen Angriff hilft, sondern im übertragenen Sinne auch eine ganz reale Möglichkeit um dem linken Sumpf zu entkommen.

Saarlouis, eine kleine deutsche Stadt mit 35.000 Einwohnern, die etwa fünfzig Kilometer von Metz (Mosel) entfernt liegt, wird diesseits der Grenze [im Territorium des französischen Staats] außerhalb von Geschichtsbüchern nur selten erwähnt. Diejenigen, die sich nach dem expansiven Frankreich sehnen, werden sich zum Beispiel daran erinnern, dass diese 1680 von Vauban gegründete Festungsstadt bis zum Untergang des napoleonischen Reiches 1815 ein trister Grenzposten blieb, bevor sie während der erzwungenen Besetzung des Saargebiets nach jedem Weltkrieg (1920-1935, 1945-1956) wieder französisch wurde. Die autoritäreren unter ihnen werden sicherlich eine Träne verdrücken, wenn sie erfahren, dass Saarlouis der Geburtsort des Vaters von Marx war, der als Untertan des Königreichs Frankreich geboren wurde und als Untertan des Königreichs Preußen starb, was vielleicht die Rachsucht seines berühmten Nachkommens schürte, die in seinem Brief an Engels vom 20. Juli 1870 während des französisch-preußischen Krieges, wenige Monate bevor die Pariser Kommune die Karten neu mischte, zum Ausdruck kam: „Die Franzosen brauchen eine Tracht Prügel. Wenn die Preußen gewinnen, wird die Zentralisierung der Staatsmacht die Zentralisierung der deutschen Arbeiterklasse begünstigen... Die deutsche Vorherrschaft wird [schließlich] das Gravitationszentrum der westeuropäischen Arbeiterbewegung nach Deutschland verlagern.“

Von vielen vergessen, kam Saarlouis dennoch am 2. Juli wieder in die Schlagzeilen, als die Bild Zeitung zwei Fotos des Gesichts eines unbekannt (maskierten) Mannes in Aktion veröffentlichte, die von einer Überwachungskamera aufgenommen worden waren, und zwar unter der vielsagenden Schlagzeile: „2000 Euro Belohnung: Wer kennt diesen Funkmast-Brandstifter?“ Da die Polizei bis dahin eher diskret mit den Tatsachen umgegangen war, die sie nicht ganz verheimlichen konnte, und sie es sicherlich leid war, im Dunkeln zu tappen, beschloss sie, sich bei ihrer Suche auf die Leser dieses populistischen Blattes zu verlassen, da sie wusste, dass ein großer Teil ihrer Leserschaft aus den Tausenden von



Arbeitern und ihren Familien der Ford-Europe-Autofabrik besteht, die seit etwa fünfzig Jahren das Herzstück der guten Stadt Saarlouis ausmacht. In jedem Fall nichts neues unter der Sonne, so reicht diese delikate Praxis der engen Zusammenarbeit mit der Polizei der Zeitungen des Springer Konzerns bis in die fernen und turbulenten 1960er Jahre zurück, wo diese gegen die so genannte „außerparlamentarischen Opposition“ eingesetzt wurde, die dem Konzern zudem zahlreiche, auch brisante Rückschläge beschert hatte.

In diesen Zeiten von Telearbeit, Fernunterricht und Gesundheitspässen oder Zugtickets auf Smartphones scheint die Lage so ernst zu sein, dass die Behörden eine förmliche fotografische Fahndung mit einer kleinen Prämie für Bürger, die Staatsfeinde jagen, herausgegeben haben. Denn worum geht es wirklich? Nicht weniger als eine Serie von Brandanschlägen auf Mobilfunkantennen, Telefonverteilerkästen und Elektrizitätswerke im Landkreis Saarlouis, die kein Ende nehmen will. Die erste davon war am 30. Mai, als drei Basisstationen im Abstand von wenigen Kilometern nacheinander in Flammen aufgingen, zwei entlang der Autobahn A8 (in Schwarzenholz und Hülzweiler) und die dritte in der Nähe des Saarpolygons, eines gigantischen stählernen Denkmals für den Ruhm des Steinkohlebergbaus auf einer Halde in Ensdorf, wo ein Bild des Wanderers unter dem Mond aufgenommen werden sollte. Jedes Mal wird den Nutzern nicht nur die telefonische Verbindung ihrer Smartphones, sondern manchmal auch das Internet entzogen.

In den darauffolgenden Nächten und Wochen, da es notwendig ist, die Vergnügungen zu variieren und gleichzeitig die geplante polizeiliche Überwachung zu vereiteln, werden diesmal Telefonverteilerschränke und anschließend zwei Umspannwerke angegriffen (das erste in Hülzweiler am 8. Juni und das zweite in Saarlouis am nächsten Tag). Die Uniformierten wollten keine weiteren Angaben über die Liste der zerstörten Infrastrukturen oder die Häufigkeit dieser Angriffe machen, sondern gaben lediglich an, dass sie in der gesamten Region, in Schwalbach, Saarwellingen und Ensdorf sowie in einigen Fällen bis nach Saarlouis selbst stattfanden, so dass sich die Zahl der Brandanschläge bis zum 11. Juni auf neun belief. Die Ermittler beklagten sich auch darüber, dass es kein Bekennerschreiben gab, das ihnen die richtige Richtung hätte weisen können, und fügten hinzu, dass sie sich erst nach mehreren schlaflosen Nächten, in denen sie sich vor bestimmten Einrichtungen versteckten, damit abgefunden hatten, diese Bildfahndung Anfang Juli zu starten, indem sie die Fotos des Saboteurs veröffentlichten, wohl wissend, dass auch die Staatssicherheit an diesem Fall arbeitete, da es sich um „kritische Infrastruktur“ handelt.

Für diejenigen, die denken, dass die Sabotage einer der technologischen Säulen der Herrschaft an sich sicherlich keine schlechte Idee ist und dass die Anonymität dieser Anschläge es auch jeder und jedem ermöglicht, der oder die sie teilt, sich darin wiederzuerkennen und sie weiterzuführen, wäre es schade gewesen, die Anschläge in Saarlouis nicht zu begrüßen. Wenn man andererseits befürchtet, dass diese Angriffe „schwerwiegende Folgen“ haben könnten, indem sie die „Notrufe“ zu den Behörden unterbrechen, wie die örtliche antifaschistische Gruppe Antifa Saar / Projekt AK alarmiert feststellte, die Aussage des Geschäftsführers eines betroffenen Mobilfunkanbieters wiedergebend, ist es sicher, dass Nichtstun nicht die Lösung sein kann. Das gilt umso mehr, wenn man eine so schwere Aufgabe wie den Kampf gegen den Faschismus auf sich nimmt und gleichzeitig blind bleibt für einen technologischen Totalitarismus, dessen schärfste Feinde nur die einfachen Leute sein können.

Zweifellos aus diesem Grund und natürlich nicht, um den Behörden bei der Suche nach dem Schuldigen zu helfen – ooooh nein – haben diese Freunde der Dauerverbindung am 16. Juni die Ergebnisse ihrer eigenen Untersuchung auf ihrer Webseite veröffentlicht, ohne auch nur die (vergeblichen) Schlussfolgerungen der polizeilichen Untersuchung abzuwarten, um herauszufinden, ob lokale Anti-5G-Verschwörungstheoretiker hinter diesen Sabotagen stecken! In der Lagerlogik, die einige Antifas kennzeichnet, z.B. dass wir, wenn ein Feind einen Ort der Unterdrückung angreift (z.B. Neonazis gegen eine Kultstätte oder gegen eine staatliche Kontrollstruktur für Flüchtlinge), diese Orte selbst schützen sollten, anstatt selbst eine dissonante Partitur zu spielen, wären wir neugierig zu erfahren, ob die saarländische Variante so weit gegangen wäre, die Antennen im Falle einer positiven Reaktion auf ihre kleinen Untersuchungen zu schützen.

Wie dem auch sei, lasst uns fortfahren. Nachdem diese Antifagruppe die staatliche Propaganda über die potenzielle Gefährlichkeit dieser Taten aufgegriffen hatte, um ihren Namen präventiv reinzuwaschen; nachdem sie unschuldig darauf hingewiesen hatte, dass „(. . .) es insbesondere in rechtsterroristischen Kreisen nicht unüblich ist auf Bekennerschreiben zu verzichten“; nachdem sie Screenshots von internen Nachrichten der Telegram-Gruppe „Corona-Rebellen“ wiedergegeben hatte, die frühere Sabotageakte gegen Funkmasten (in Italien) unterstützten oder sich darüber freuten; war ihre offizielle Pressesprecherin bestrebt, der Welt die folgende Nachricht zu übermitteln: „Aber so einiges spricht dafür – die Frage, wem so etwas zuzutrauen wäre, ist also leicht zu beantworten. Und die Aussage des Polizeisprechers, dass keine Hinweise auf eine politische Aktion existieren würden, ist schlichtweg falsch.“

Jenseits dieser abscheulichen Ermittlungslogik, die im Namen des antifaschistischen Kampfes freiwillig die Arbeit der staatlichen Repressionsbehörden übernimmt, bleibt eine kleine Frage, die auch die kleine militante Welt diesseits des Rheins zu plagen scheint: Was soll man von Taten halten, die sich gegen technologische Ziele wie Funkmasten richten, deren Motive jedoch unbekannt sind, wenn man weiß, dass es darüber hinaus sehr heterogene Ideen (von denen einige abscheulich sind) gibt, die die verschiedenen Individuen, die sie angreifen, beseelen könnten?

Man könnte nun sagen, dass diese Frage falsch ist, da die Welt nicht voller Anarchist*innen oder Revolutionär*innen ist, und dass sie in jedem Fall unabhängig vom Ziel gestellt werden könnte, unabhängig davon, ob es

sich um ein Wahlbüro, eine Baustelle, ein Nutzfahrzeug dieser oder jener Firma, eine Polizeistation, eine Kirche, ein umweltverschmutzendes Unternehmen, einen Jagdstand usw. handelt. Man könnte nun auch sagen, dass diese Frage sinnlos ist, da der Versuch, den Urheber (und die Ideen dahinter) einer Tat, die kein Bekennerschreiben hinterlassen hat, zu identifizieren – und sei es auch nur hypothetisch – vor allem eine Polizistenmentalität ist. In der Tat finden in dem Kontext, in dem wir leben [Territorium des französischen Staates], tagtäglich Angriffe auf Strukturen aller Art statt: einige dieser Angriffe werden von den Behörden oder den angegriffenen Firmen öffentlich gemacht, wir wissen nicht, wer sie verübt oder was sie motiviert hat, aber das hindert uns weder daran, uns zu freuen, noch daran diejenigen Angriffe zu unterstützen und zu verteidigen, die zu uns sprechen, uns anregen und deren Vermehrung wir uns wünschen, natürlich aus unseren eigenen Gründen, Analysen und Perspektiven, und dann... basta.

Ja, basta. Denn letztlich geht es nicht um das vermeintliche Warum von wildfremden Menschen, über die wir ohnehin nie etwas erfahren werden (außer im Falle einer eventuellen Verhaftung, die wir niemandem wünschen), sondern darum, wie wir inmitten des sozialen Krieges die Handlungen, die uns ansprechen und die mit unseren Vorstellungen resonieren, zum Weiterklingen bringen wollen. Ob sie nun kollektiv oder individuell, diffus oder partikular, weit verbreitet oder bösartig heterodox, völlig anonym oder als subversiv abgestempelt, im Schatten des Rampenlichts oder von den Tätern auf unterschiedliche Weise publik gemacht sind. Je nach Fall können diese Handlungen nicht nur verschiedene Persönlichkeiten ansprechen, sondern auch in einen direkten Dialog miteinander treten, auch wenn sie von denjenigen ausgeführt werden, die sich lediglich gegen diesen oder jenen Aspekt des Bestehenden auflehnen, und es gibt keinen Grund, irgendeinen Teil von ihnen unter dem alleinigen Vorwand zu ignorieren, dass sie ohne einen anderen öffentlichen Ausdruck als ihre Existenz ausgeführt wurden. Denn wenn die Welt auch nicht voller Anarchisten ist, so ist sie doch auch nicht so sehr von Faschisten und Reaktionären bevölkert (als ob die Progressiven besser wären!), und das umso weniger, wenn es um Herrschaftsstrukturen geht, die Gegenstand zahlreicher Anfechtungen und Kritiken sind (was immer man auch von ihrem oft allzu partiellen Charakter [jenem der Anfechtungen und Kritiken] halten mag)... wie es zum Beispiel gerade bei den Funkmasten der Fall ist.

Aber zurück zu Saarlouis selbst und der Untersuchung, die von allen Seiten gegen die neun Sabotagen von Kommunikations- und Energiestrukturen ins Leben gerufen wurde, was war auf dem kurzen Ausschnitt der Videoüberwachung zu sehen, die von den Polizisten und ihren Klempnern gesendet wurde? Ein einzelner Mann, der gegen 2 Uhr morgens den Zaun um eine Funkmast durchschneidet, dann eine brennbare Flüssigkeit auf die Kabel schüttet und sie in Brand setzt. Ist das alles? Ja, Handschuhe, eine Zange, ein Brecheisen zum Aufbrechen des Schlosses, eine mit Benzin gefüllte Flasche, ein Feuerzeug und dann die Abschaltung eines ganzen Bereichs, also sehr einfache Mittel und ein Modus Operandi, der für jeden reproduzierbar ist, was vielleicht die anfängliche Zurückhaltung der Bullen erklärt, mit einem für sie so schlechten Beispiel hausieren zu gehen. Denn wenn jeder etwas schlaflose und entschlossene Einzelne ungestraft die Adern der schönen neuen vernetzten Welt aufschlitzen kann, wohin gehen wir dann, hm?

Oder besser gesagt, das ist nicht alles, denn ein Teil des Gesichts des Fremden wurde trotz seiner Kapuze von einer Infrarot-Wärmebildkamera erfasst, die in etwa fünf Metern Höhe am Mast angebracht war, als er gerade den Kopf und nicht die Augen hob, um das Kabelgewirr zu begutachten, und gerade im Blickwinkel der Kamera und nicht etwas weiter entfernt. Ein nächtliches Videoüberwachungssystem, das angesichts der mehr als 120 Sabotagen von Funkmasten, die von den Behörden seit März 2020 [in Frankreich] offiziell registriert wurden, und der am 9. März dieses Jahres zwischen dem Innenministerium und den Betreibern unterzeich-

neten nationalen Vereinbarung zu deren Schutz auch hierzulande häufiger zum Einsatz kommen dürfte. Diese Vereinbarung wird derzeit von Departement zu Departement unter der Ägide der jeweiligen Präfekten umgesetzt.

An die guten maskierten Leser... hallo!

[Eine Synthese der Saarländischen Presse, 17. Juli 2021]

<https://sansnom.noblogs.org/archives/7466>

Über den Moment hinaus

Anarchistische Bestrebungen im Angesicht der fortlaufenden Katastrophe(n)

Während ich heute angestaubte anarchistische Texte lese, habe ich oft den Eindruck, dass Anarchist*innen vor einem Jahrhundert klarere Ideen über die Welt hatten, für die sie gekämpft haben, und welche Pfad man einschlagen muss, um eines Tages die Freiheit zu erringen, nach der sie sich so sehnten. Heute leben wir in einer düsteren und widerlichen Periode, die uns sehr wenig Hoffnung auf die Zukunft übrig lässt. Jede Spekulation in Richtung revolutionärer Erhebungen wird immer mit einem "Realismus" abgetan, der wenig Platz für Ideale und Utopien lässt. Nichtsdestotrotz, wenn wir entscheiden unsere Leben (oder große Teile davon) dem Kampf zu verschreiben, wieso versuchen wir dann nicht, weiter zu gehen als immer nur im Moment zu handeln, zumindest in unserer Vorstellung? Wieso nicht versuchen darüber zu reflektieren, was wir meinen – und das nicht nur auf einer theoretischen Ebene – wenn wir von "Revolution" sprechen und der Frage, welche "Stadien" so ein Prozess notwendigerweise durchlaufen würde? Oder sollen wir ein und für alle Mal der Möglichkeit von radikaler Veränderung des Verlaufs der Dinge den Tod erklären, unsere Bestrebungen widerrufen und anerkennen, dass unsere Kämpfe und Aktionen nur dazu dienen unserer Existenz Bedeutung und Freude zu geben, um nicht in Depression, Resignation, Apathie und Verzweiflung zu verfallen?

Ich will diese existenzielle Dimension des Kampfes nicht verneinen. Sie ist essentiell und ich bin absolut überzeugt, dass radikale Veränderung nicht ohne sie möglich ist. Nichtsdestotrotz, in bestimmten Momenten des Optimismus sage ich mir, dass wir nicht alleine darin sind, diese Umwälzung zu wollen. Zum Beispiel bei einem unerwarteten Aufeinandertreffen oder einer Geschichte, die das Herz erwärmt, etwa vom sozialen Kämpfen, die eine gewisse Größe auf der Straße erreichen oder von der Verbreitung von verschiedenen Angriffen auf Herrschaftsstrukturen. Aufgrund unserer tagtäglichen Beobachtungen der Schrecken, die diese Welt weitergehen lassen, haben wir die Tendenz zu vergessen, dass die Spannung hin zur Freiheit am Leben erhalten wird auch jenseits jener, die die anarchistischen Ideen kennen und hochhalten. Also, wieso nicht einmal darüber nachdenken, was eine revolutionäre Erhebung implizieren würde, wie die Anarchist*innen das in der Vergangenheit getan haben? Wieso nicht darüber sprechen? Wieso nicht einen Ausblick auf die Zukunft wagen und

das ohne falsche Hoffnungen oder glänzende Illusionen, genauso ohne Zynismus oder Abgebrühtheit?

Vor einem Jahrhundert waren revolutionäre Ideen immer noch weit verbreitet inmitten einer Periode, die vielleicht noch düsterer als unsere war (die Welt kam gerade aus dem ersten weltweiten Massaker). Errico Malatesta schrieb damals:

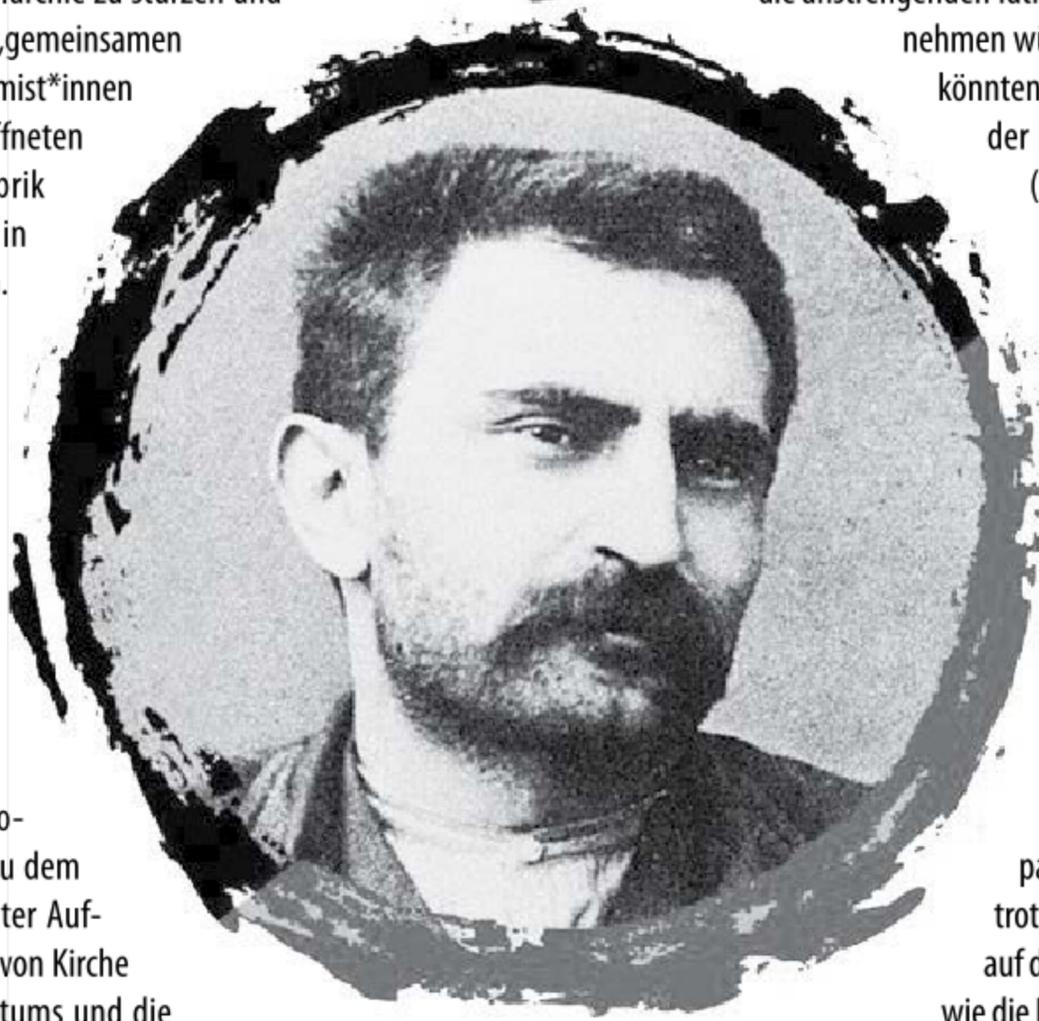
*„Wenn die Monarchie gestürzt ist, die Polizeikräfte zerstört, die Armee aufgelöst, werden wir keine neue Form der Regierung anerkennen, besonders wenn es eine Zentralregierung ist, mit dem Vorwand die Bewegung anzuleiten und zu regulieren. Wir werden den Arbeiter*innen anraten sich vollständig das Land, die Fabriken, die Züge und die Schiffe anzueignen. Kurz – alle Produktionsmittel – um sofort eine neue Produktion zu organisieren, um für immer nutzlose und schädliche Prozesse abzuschaffen (und temporär jene des Luxus) und um den Großteil der Anstrengungen der Produktionskräfte auf die Produktion von Essen und anderem Essentiellem zu konzentrieren. Wir werden die Kollektivierung der Ökonomie und aller existierenden Produkte vorantreiben und die Organisation von lokaler Verteilung sowie dem Austausch unter den Nachbarschaften und weiter entfernten Örtlichkeiten, in Übereinstimmung mit Gerechtigkeit, den Bedürfnissen und den Möglichkeiten, die im Moment gegeben sind. Wir werden die Besetzung von leeren oder wenig bewohnten Häusern vorantreiben, damit keine Person ohne einem Dach über ihrem Kopf leben muss und jede Person wird eine Behausung haben, entsprechend dem Raum der verfügbar ist. Wir werden die Banken, Rechtstitel und alles, das die Macht des Staates und die kapitalistischen Privilegien repräsentiert und garantiert, zerstören. Und wir werden versuchen die Dinge in so einer Art und Weise zu reorganisieren, dass es unmöglich sein wird, dass sich die bürgerliche Gesellschaft erneut ausbilden kann.“*

Das ist eine sehr schematisierte Version davon, aus was eine Revolution besteht und welche Rolle Anarchist*innen laut dem unerschütterlichem neapolitanischem Subversivem darin spielen würden. Ein relativ klares Konzept trotz der großen Hindernisse, die solch ein Prozess bedeuten würde und etwas das von vielen Gefährt*innen während dieser Periode

geteilt wurde. Bestimmt, genauso wie heute, war die anarchistische Bewegung durchzogen von einer Vielzahl von Diskussionen, Debatten und Konflikten. Zum Beispiel gab es jene, die so wie Malatesta für das Aufbauen von föderativen und vereinheitlichenden anarchistischen Organisationen mit formalen Strukturen, einem geteilten Programm, Kommissionen, etc. waren und dann gab es jene, die die individuelle Initiative befürworteten. Die für eine verstreute Propaganda eintraten und für die freie Assoziation basierend auf Affinität, außerhalb jeder permanenten Struktur und ohne jede Art von Zentralisierung. Es gab Anarchist*innen, die für eine Allianz mit politischen Parteien waren (sozialistische, kommunistische, republikanische), um die Monarchie zu stürzen und andere, die vehement gegen diese „gemeinsamen Fronten“ mit Autoritären und Reformist*innen waren. Es gab jene, die den bewaffneten Streik und die Besetzung von Fabrik propagierten, während andere sich in „libertärer Pädagogik“ engagierten. Wieder andere schickten sich an die Repräsentanten und Strukturen der Herrschaft anzugreifen ohne auf die Massen zu warten. Nichtsdestotrotz und trotz dieser großen Unterschiede in ihren Ansichten und Methoden, denke ich, dass ich nicht fehl gehe, wenn ich behaupte, dass die Meisten von ihnen eine Konzeption des revolutionären Prozesses geteilt haben, der ähnlich zu dem oben beschriebenen ist. Bewaffneter Aufstand der Bevölkerung, Zerstörung von Kirche und Staat, Enteignung des Bürgertums und die Kollektivierung des Landes, der Produktionsmittel und der Früchte der Arbeit, sowie die Abschaffung des Eigentums wären alles Stadien, durch welche das Proletariat eine Aneignung ihrer Leben erreichen würde, wodurch sie sich von der Herrschaft der Ausbeuter befreien würden. Das waren nicht einfach nette Worte und die Gefährt*innen aus dieser Zeit waren keine naiven oder irregeleiteten Leute. Sie waren sich bewusst, welch hohen Preis so ein Prozess fordern würde und viele sind beim Versuch so eine Umwälzung herbeizuführen gefallen.

Was können wir behalten von so einer anarchistischen Konzeption von Revolution ein Jahrhundert nach dem Artikel von Malatesta? Ich habe den Eindruck, dass viele Gefährt*innen weiterhin diese verschiedenen Stadien (unter anderen) implizit in ihrem Kopf haben, wie sie von Malatesta beschrieben werden, auch wenn wir heute Anarchist*innen kaum noch darüber diskutieren hören „wie man Revolution macht“. Viele Radikale stellen sich eine Serie von proletarischen Erhebungen vor, die zu einer entscheidenden Konfrontation mit den Kräften der Herrschaft führen und dann zu einer Aneignung der Produktionsmittel. Jedoch haben sich die Dinge verändert seit der Zeit von Malatesta und sie fahren fort sich zu verändern mit solch einer Geschwindigkeit, dass unser Verständnis der Welt immer zu kurz zu kommen scheint, wenn es mit der Realität konfrontiert wird. Anarchie kann nur anti-industriell sein Vor einem Jahrhundert begann die industrielle Gesellschaft bereits mit ihren Minen, Ölfeldern, Fabriken und Zuggleisen ihre Tentakel in einen Gutteil der Erde auszubreiten.

Heute jedoch ist so ein Stufe der Enteignung und des Desasters erreicht, dass wir zurückschauen und sogar manche der grundlegenden Texte des Anarchismus in Frage stellen müssen. Wir sind heute weit entfernt von den großen Hoffnungen, die der Fortschritt ausgelöst hatte – auch unter den Feinden der Herrschaft. So schrieb Malatesta dazumals: „(...) die Produktion, die von allen zum Vorteile von allen ausgeführt wird, mit Zuhilfenahme von Mechanik und Chemie kann unendlich wachsen“. Ein signifikanter Teil der Revolutionär*innen war überzeugt, dass die techno-wissenschaftliche Entwicklung, unter der Kontrolle der Arbeiter*innen und zu ihrem Vorteil, eine Art Wundermittel wäre, welches die anstrengenden Tätigkeiten der Menschheit übernehmen würde. Dieser Ansicht zur Folge könnten die mächtigen Technologien der kapitalistischen Gesellschaft (Züge, Flugzeuge, Autos, industrielle Maschinen) immer noch in einer Gesellschaft ohne Klassen oder Hierarchien hergestellt und betrieben werden. Die Kontrolle der Produktionsmittel müsste lediglich von den Bossen an die „Proletarier“ übergehen.



Die zwei wichtigsten revolutionären Versuche in Europa – in Russland und Spanien, trotz ihrer Unterschiede im Bezug auf die allgemeinen Umstände sowie die Beziehung zwischen Autoritäten und Antiautoritären – zeigen, wie diese Übergabe in der Realität eine neue Hierarchie etablierte und die Arbeitsteilung, Spezialisierung und Entfremdung aufrecht erhielt. Sogar unter den Bannern der CNT in Spanien ging die Ausbeutung der Arbeiter*innen weiter und die Verweigerung, Streiks und Konflikte am Arbeitsplatz vervielfältigten sich. Bereits zu dieser Zeit und auch wenn die Industrialisierung noch sehr neu war (in den 20ern und 30ern des 20ten Jahrhunderts), gab es keine Möglichkeit für eine libertäre Aneignung der industriellen Welt, zumindest nicht im großen Maßstab. Die Fabriken zu behalten, hieß die Ausbeutung zu behalten, jedoch schienen nur wenige Revolutionär*innen dies voll und ganz zu begreifen. Jetzt denken wir für einen Moment an die Leben großer Teile unserer Zeitgenoss*innen. Wenn wir uns ansehen, was hinter jeder Geste und jeder Aktion des „modernen Menschen“ steht, sehen wir ein Szenario von Tod und Zerstörung in gigantischem Maßstab. Wo kommen unsere Kleider und wo kommt unser Essen her? Von endlosen Landflächen, die von der Agrarindustrie kontrolliert, mit Pestiziden überflutet und künstlichem Dünger gedüngt werden, die bearbeitet werden von Maschinen, die von Öl abhängig sind und mehr und mehr von Robotern. Wie bewegen wir uns fort? Mit Maschinen, die hergestellt werden, von Sklaven in allen Winkeln des Planeten, die mit Öl oder Nuklearenergie funktionieren.

Und was lässt sich über Computer, Smartphones und die gesamte Internet-Infrastruktur sagen? Über die Technologien und Drogen, mit denen

wir uns behandeln? Egal von welchem Punkt aus wir starten, wir landen bei Ausbeutung, Verwüstung und vergiftetem Land auf allen Kontinenten. Bei großen Kupfer-, Gold- und Lithiumminen, seltenen Erden und so weiter, mit ihren Seen aus Zyanit und Quecksilber. Bei Millionen von Tonnen von Kohlenwasserstoff, das vom inneren der Erde extrahiert wird und als CO₂ in die Atmosphäre gelassen wird. Bei Kernkraftwerken. Bei Wäldern die kahlgeschlagen werden. Bei enormen Mengen an chemischem, elektrischem und radioaktivem Abfall, der sich überall stapelt. Lebende Spezies verschwinden in einer schwindelerregenden Geschwindigkeit, Wasserquellen gehen dramatisch zurück, das Klima wärmt sich auf. Die „Umweltfrage“ von der „sozialen Frage“ zu trennen macht keinen Sinn und kann nur den Interessen der Kapitalist*innen und Politiker*innen dienlich sein. Es ist klar, dass die menschlichen Wesen wie alle anderen Spezies die Konsequenzen der industriellen Ausbeutung erleiden. Überall geht die Zerstörung des Planeten einher mit endlosen Katastrophen, Hungersnöten und Kriegen um die Kontrolle über die Rohstoffe.

Der Rhythmus der Verwüstungen, der durch die industrielle Herrschaft vorgegeben wird, beschleunigt sich jede Sekunde, jede Minute, die verstreicht. Es ist die Logik, die der Akkumulation und dem Profit inhärent ist, Kosten zu sparen, zu beschleunigen, mehr zu produzieren von demselben und von neuem Zeug. Die Tentakel der Maschine reichen in jeden Winkel des Planeten und darüber hinaus; von den Spitzen der Anden bis zum Grund des Meeres; von Amazonas in die Sahelzone, von unter der Erde bis in den Weltraum, wo tausende Satelliten hin gesendet werden und wo neuerdings auch Rohstoffe abgebaut werden sollen. In dieser Welt, wo alles künstlich wird, wo jedes menschliche Individuum zu einem Rad in der Maschine wird, die niemand voll und ganz kontrollieren kann. In dieser Welt, in der der Verlust von Bedeutung und die Verzweiflung zu Teilnahmslosigkeit, Zynismus und blinder Gewalt werden. . . . kommen wir zurück zu der ursprünglichen Frage; welche Revolution ist möglich und begehrenswert?

Für mich scheint es unausweichlich, dass wir immer öfter Szenarien der gewaltsamen Konfrontation zwischen den Ausgebeuteten und den Ausbeutern sehen werden, zwischen Militärkräften, die eine privilegierte Bevölkerung gegen eine Vielzahl an verhungerten, vergifteten und versklavten Menschen verteidigen (trifft das nicht zu auf diejenigen aus der „Dritten Welt“, die zur Migration gezwungen sind?) und genauso, Kriege ums Überleben unter den Armen. Welche Möglichkeiten der radikalen Veränderung eröffnen sich in so einem Szenario und in welche Richtung müssen wir Anarchist*innen drängen? Eine erste Beobachtung scheint heute unumgänglich. Das Problem ist nicht nur wer die Produktionsmittel und die Früchte der Arbeit besitzt. Das Problem ist tatsächlich die Existenz und die Natur der Produktionsmittel und ihrer Produkte selbst. Die Enteignung und Selbstverwaltung des Bestehenden, der industriellen Maschinerie, der wir alle untergeordnet werden, sind bestimmt keine begehrenswerten Ziele. Und sie sind auch unmöglich. Nehmen wir Erdöl als Beispiel. Dieser Rohstoff ist auf eine eher beschränkte Anzahl an Regionen konzentriert und ohne ihn wird die gegenwärtige Welt enden. Wie würde die Extraktion und die weltweite Distribution durch die Arbeiter*innen selbst verwaltet werden? Wie sollten sie das ohne eine hierarchische und militärische Organisation anstellen? Befreiung ist unmöglich ohne ein Ende der Todesmaschine. Ich bin tief überzeugt, dass dies der einzige Ausweg ist und dass unsere Anstrengungen in diese Richtung gehen sollten, auch wenn so eine Schlussfolgerung absurd oder sogar verrückt in den

Augen großer Teile der Bevölkerung scheinen mag. Der notwendige Pfad – für jene, die nach Freiheit streben oder einfach nur entschlossen sind, die sichere Auslöschung des Lebendigen durch die industrielle Welt aufzuhalten – hat einen lange und kurvenreichen Weg zur Folge. Ich denke, dass wir nicht länger die Größe der Hindernisse und die Herausforderungen dieses Weges vermeiden können.

Eine schmerzhaft Spaltung

Es ist keine Übertreibung einen großen Teil der Menschheit als einen unheilbaren Patienten zu beschreiben, dessen Überleben einzig von der Verbindung mit dem Stromnetz abhängt. In einem Feature der Revue Militaire Suisse, die der Blackout-Hypothese gewidmet war, wird dies sehr klar gezeigt vom Gesichtspunkt einer Evaluierung der Grade der gegenseitigen Abhängigkeit von Infrastruktur, die als „kritisch“ eingestuft wird. Das Konzept von „Kritikalität“ definiert die Kapazität der Komponenten eines Systems, potentielle Störung zu verbreiten. „Eine externe Störung verursacht lediglich lokale und kleine Schäden in einem System „niederer Kritikalität“, da die Komponenten so eines Systems kaum miteinander verbunden sind oder gar nicht. Im Gegensatz dazu verbreitet sich eine Störung in einem System „hoher Kritikalität“ in große Teile des Systems wobei es beachtliche Schäden verursachen oder bestimmte Komponenten zerstören kann. Wenn die Kritikalität höher ist, erhöht sich die Möglichkeit eines Schneeballeffekts, der sich von einem System zum nächsten, von einer kritischen Infrastruktur zur nächsten fortsetzen kann. Folglich wird eine Gesellschaft mit beschränkter gegenseitiger Abhängigkeit zwischen den verschiedenen kritischen Sektoren weniger betroffen sein im Falle eines Blackouts als eine Gesellschaft mit höherer gegenseitiger Abhängigkeit wie in den sogenannten entwickelten Ländern. Die Schäden werden viel beträchtlicher sein für eine ultra-verbundene Gesellschaft.“

Unter den genannten „kritischen Infrastrukturen“, spielen jene, die für die Energieversorgung verantwortlich sind, eine vitale Rolle. Eine anhaltende Unterbrechung der Energieversorgung eines Landes, würde einen Stopp der Informations- und Telekommunikationssysteme provozieren, der Banken und der Finanzdienstleister, dem Transport von Waren, aber auch der Versorgung von trinkbarem Wasser und von Krankenhäusern. Laut dieser Studie würde eine Unterbrechung der Energieversorgung von acht Tagen einen Kaskadeneffekt auslösen, der dazu in der Lage wäre den definitiven Kollaps der Gesellschaft auszulösen. Sicherlich, die Megamaschine wird kollabieren und mit ihr werden wahrscheinlich unzählige Mensch sterben, aufgrund ihres Mangels an Autonomie (was Wasser, Essen und Gesundheit beinhaltet). Laut denselben Expert*innen im Dienst der Herrschaft ist diese Szenario keine Science-Fiction. Die elektrische Infrastruktur ist veraltet, fragil und die „Risikofaktoren“ werden immer mehr. Naturkatastrophen (Überschwemmungen, Schnee, Hitzewellen, Eis, Wind und Sonnenstürme, Pandemien, etc.), Überladung des Netzes, industrielle Explosionen und Unfälle (in der Industrie, auch nuklearer Art), technische und digitale Probleme, Sabotagen, Attacken, Cyberattacken oder menschliches Versagen sind alles potentielle Auslöser.

Betreffend der Verbindung zwischen einer möglichen Pandemie und einem Blackout, legt dieser Text von 2018 dar: „eine Pandemie kann die Anzahl der verfügbaren Angestellten einschneidend reduzieren. Sie können fehlen, weil sie krank sind oder weil sie sich um andere kümmern müssen oder weil sie sich um ihre eigene Gesundheit fürchten. Unter diesen Be-

dingungen könnte das elektrische Netz unterbesetzt sein; ein Faktor, der zu einem Blackout führen könnte.“

„Das Risiko eines Blackouts erhöht sich proportional mit der Zunahme der Hyper-Konnektivität“

Zwei Jahre später inmitten der Covid19-Krise ist das Bild des Kollaps sehr präsent. Staaten vermehren ihre Aufrufe nach „Resilienz“, danach sich immer prekäreren Verhältnissen anzupassen, jedoch sicherlich ohne eine Kurswende zu versuchen. In einem verzweifelten Manöver den Marsch des Fortschritts fortzusetzen, unternimmt die Herrschaft paradoxerweise Maßnahmen, die ihr eigenes Funktionieren fragiler machen. Telearbeit, 5G und alles Digitale erhöht den Grad der Kritikalität jeder Komponente des Systems. Wie die Revue Militaire Suisse unterstreicht: „Das Risiko eines Blackouts erhöht sich proportional mit der Zunahme der Hyper-Konnektivität“. Der suizidale Marsch der techno-industriellen Gesellschaft wird mit sich einen Teil der Menschheit hinwegfegen, bzw. ist bereits dabei dies zu tun. Sollten wir handeln um den Kollaps zu begünstigen bevor die technologische Kontrolle omnipräsent ist, bevor die letzten Wälder ausgelöscht sind, bevor die wilde Fauna vollständig verschwunden ist, bevor die Luft nicht mehr geatmet werden kann?

Die Subversiven des 21ten Jahrhunderts sind auf grausame Art mit dieser Frage konfrontiert. Durch das Niveau der gegenseitigen Abhängigkeit unserer am Totenbett liegenden Spezies und ihrer tödlichen Kreationen, sind wir eingeklemmt zwischen der „Sicherheit“ eines fatalen Schicksals und der Unsicherheit eines Pfades von Freiheit und Revolte. Heute mehr als gestern können Aktionen, die auf Unterbrechungen abzielen, schwerwiegende Konsequenzen haben. In diesen letzten Jahren haben wir zu verschiedenen Anlässen die staatliche Propaganda gehört gegen die Sabotagen von Infrastruktur und Telekommunikation; es wären „unverantwortliche“ Aktionen, die das Leben von Menschen gefährden würden, besonders das von älteren Menschen, die nicht in der Lage wären die Notfalldienste zu erreichen.

Es ist eine Erpressung, die die Mächtigen nutzen und immer nutzen werden, um die Rebell*innen zu isolieren und unterdrücken. Es soll ihnen das Gewicht aufbürden für die generalisierte Enteignung und Misere, den Verlust der Autonomie, die sozialen und ökologischen Desaster, die von diesem todbringendem System verursacht werden. Nebenbei bemerkt, derselbe Diskurs, der heute gegen die Saboteur*innen verwendet wird [174 sabotierte Funkmasten zwischen März 2020 und 2021 im französischen Territorium], wurde gestern gegen die Gelbwesten eingesetzt, die Straßen blockierten mit schwerwiegenden Konsequenzen für die Gesellschaft.

Und es könnte gegen jeden Streik verwendet werden, der schnell Knappheiten provoziert. Jede radikale Aktion gegen den Kurs, den diese Gesellschaft eingeschlagen hat, sei es der Ausdruck einer Handvoll Rebell*innen oder eine aufständische Masse, wird chaotische Situationen hervorbringen und manchmal große Schwierigkeiten für die Bevölkerung. Das hat vor einem Jahrhundert gestimmt und heute umso mehr, wo ein großer Teil der Bevölkerung nicht mehr in der Lage zu sein scheint, ohne technologische Prothesen zu leben. Auf der anderen Seite, wenn wir nicht die Verantwortung für die Enteignung und den Verlust der Autonomie der Menschheit übernehmen können, und dies sollte unseren Aktionen keine Bremsen auferlegen, sollten wir absolut die Verantwortung für unsere

Entscheidungen und Aktionen als Anarchist*innen und Revolutionär*innen übernehmen. Wir haben uns nie entschieden in diese Welt geboren zu werden, nichtsdestotrotz machen wir jeden Tag Entscheidungen, die in die eine oder andere Richtung ausfallen können und es liegt an jedem Individuum und jeder Gruppe, die Auswirkungen ihrer Aktionen zu messen und evaluieren.

Persönlich denke ich, auch wenn wir von der weit verbreiteten Passivität der Massen oder ihrer Unterstützung für die Werte der Herrschaft angewidert sein können, dass es keine wünschenswerte Veränderung geben kann, die ausgehend von einem Hass gegen so eine unwirkliche und generische Kategorie wie „die Leute“ oder „die Menschheit“ agiert. Das ist der Grund, wieso ich denke, dass Diskurse, die sich für „Katastrophen“ starkmachen und mit einer Art mystischem Glauben auf den „Kollaps“ warten, gefährlich sind. Wir können nicht – wie es die Verteidiger*innen der bestehenden Ordnung tun – Aufstände und tödliche Ereignisse (Unfälle, Knappheiten, Umwelt- und Klimaereignisse, etc.) gleichsetzen, die die Normalität unterbrechen können. Auch wenn wir in beiden Fällen großen Veränderungen und dramatische Konsequenzen beiwohnen können, ist das erste ein soziales Phänomen, das durch Verweigerung und – eventuell – durch den Willen zur Veränderung motiviert ist, welches den Samen für etwas radikal Anderes transportieren kann; während das zweite neue Bedingungen sind, vielleicht sogar noch härtere, welche – sogar wenn sie einen „Kollaps“ des techno-industriellen Systems verursachen können – nicht mechanistisch eine Veränderung der sozialen Beziehungen auf denen dieses System basiert herbeiführen werden. Auf schematische und ohne Zweifel vereinfachte Art und Weise ausgedrückt: ein „Kollaps“ der durch eine Serie von Revolten und Aufständen kreierte wird, kann die Tür für neue Formen der Solidarität und freiere und dezentralisiertere sozialen Organisation öffnen, während ein „Kollaps“ der durch „äußere“ Bedingungen aufgezwungen wird, eher den Effekt hätte Panik zu verursachen, sowie ein Bedürfnis nach Sicherheit und einen Wettkampf ums Überleben.

Natürlich wird in beiden Fällen beides vorhanden sein; Egoismus und Solidarität, genauso wie das Aufkommen von freieren Formen der Organisation und autoritäreren Strukturen. Jedoch zu denken, letzten Endes gehe es nur darum, dass die Welt von heute kollabiert, ohne Blick auf die Ursachen, würde bedeuten jede Anstrengung für eine revolutionäre Erhebung überflüssig zu machen. In so einem Fall wäre alles was wir zu tun hätten, den Prozess des Kollaps zu beschleunigen oder hervorzurufen, der vermeintlich beinahe automatisch auch eine Umwälzung der sozialen Beziehung mit sich bringen würde.

Diese Sicht der Dinge lässt keinen Raum für Ideen, Individuen und Subjektivität. Aktionen von Minderheiten Ich denke nicht, dass ein apokalyptischer Kollaps, wie er im Kino oder in der Literatur erdacht wird, wünschenswert ist. Meine Aktionen zielen nicht darauf ab den Tod von Millionen zu verursachen, mein Kampf – unser Kampf – zielt nicht auf die Auslöschung des Menschen sondern auf den Tod eines Systems, das die Auslöschung von tausenden Spezies verursacht und welches, wenn es davor nicht gestoppt wird, vielleicht einmal uns vom Antlitz der Erde tilgen wird.

Ich sehe keine anderen Alternativen; entweder wir fahren fort mit höchster Geschwindigkeit auf eine Serie unausweichlicher Katastrophen zu zu-

steuern (etwas das bereits begonnen hat, nebenbei bemerkt) oder wir werden uns dessen bewusst, ziehen die Notbremse und verlassen den verdammten Zug. Zwischen März 2020 und März 2021 inmitten einer Periode techno-polizeilichen Generalanierung der Gesellschaft unter Vorwand einer Gesundheitskrise, haben wir alleine in Frankreich von 174 Akten der Sabotage – beinahe jeden zweiten Tag eine – gehört, die auf die Telekommunikationsinfrastruktur abgezielt haben.

Unglücklicherweise aufgrund der Repression, haben wir erfahren, dass Leute mit sehr verschiedenen Ideen, Perspektiven und Lebenspfaden diese Angriffe ausgeführt haben. Nichtsdestotrotz wurden durch diese Aktionen ähnliche Bedenken und eine bestimmte Übersättigung gegenüber der Hi-tech und ultra-verbundenen Welt ausgedrückt. In diesem Kontext ist ein Dialog eröffnet worden zwischen jenen, die ausgehend von einem antiautoritären Blickwinkel eine Perspektive der direkten Aktion gegen die Venen der Herrschaft teilen. Es scheint mir interessant die Fäden wieder aufzunehmen in dieser Debatte, die nicht nur die Fragen der „Strategien“ behandeln, sondern auch nach der Bedeutung und den Zielen der subversiven Aktionen.

In einem Text mit dem Titel *“Quelques réflexions sur les attaques d’antennes relais”*, der zuerst bei Indymedia Nantes publiziert und der dann vom anarchistischen Bulletin Avis des tempêtes wiederveröffentlicht wurde, wird die Frage aufgeworfen „weiter zu blicken“ als zu jenen „Löchern, die im Netz verursacht werden und für die ein paar Stunden und in den besten Fällen Tage gebraucht werden, um repariert zu werden.“ Während der/die Autor*innen die Relevanz von Funkmasten als Ziele unterstreichen, die zugänglich über das Territorium verbreitet sind, schlagen sie vor, weiter zu gehen, sich zu koordinieren, „um sich auf die kritische Teile des Systems zu konzentrieren, wenn wir wirklich verletzende Schläge austeilen wollen“.

Zwei Attacken während des Großen Lockdowns von März bis Mai 2020 werden als Beispiele erwähnt; das Durchtrennen von einigen Glasfaserkabelsträngen in der Region von Paris am 5ten Mai, das zu einem signifikantem Zusammenbruch der Telekommunikation führte (die Verbindung zwischen lokalen und Europäischen Datenzentren wurden durchtrennt, mehr als 100.000 Menschen hatten weder Telefon- noch Internetverbindung, einschließlich großer Firmen und Polizeistationen) und die koordinierten Brandstiftungen am 17ten Mai von drei Funkmasten um Grenoble (hunderttausende Menschen ohne Internet, Fernsehen, Radio und das für mehrere Tage).

Die Autor*innen des Textes erwähnen auch die Wichtigkeit der elektrischen Infrastruktur für das Funktionieren des techno-industriellen Systems und die Möglichkeiten, die sich aus einem Blackout heraus für Subversive ergeben. In dieser Perspektive, wird die Notwendigkeit betont, Schritte zu unternehmen „ausgehend von einer Praxis, die als ein Konflikt niedriger Intensität zusammengefasst werden kann, hin zu einem offeneren Konflikt“, dies wird begründet mit der Dringlichkeit, die sich aus der Zerstörung ergibt, die von dieser Gesellschaft verursacht wird, welche die Natur verwüstet und überall seine totale Kontrolle aufzwingt, es ist aber auch gezeichnet von einem bestimmten Pessimismus gegenüber der Möglichkeit einer generalisierten Erhebung; „es ist keine Zeit mehr darauf zu hoffen, dass sich eine x-te soziale Bewegung in eine unkontrollierbare verwandelt, wenn wir nur genügend Fenster einschlagen oder darauf zu hoffen, dass durch kleine verbreitete Beispiele der Sabotage eine immer

unterwürfigere Masse sich in eine wilde und widerständige Masse verwandeln würde“.

Mindestens zwei Texte sind auf den Text *„Ein paar Reflexionen“* gefolgt. Der Text *„A l’assaut de l’existant“*, der im Juli an das Bulletin Avis de tempêtes gesendet und in der Ausgabe vom 15ten August abgedruckt wurde und ein zweiter Text, *„Ethique et stratégie“*, der als Beitrag des Pamphlets *„Des sines, pas de savants. Récits et réflexions en temps de confinement“* veröffentlicht wurde, „geschrieben von mehreren Händen im Sommer 2020“. Der erste, auch wenn er keine direkte Antwort auf den Text ist, der auf Indymedia veröffentlicht wurde, analysiert die Verbreitung von Angriffen auf die Infrastruktur der Herrschaft von einer anderen Warte aus. Während er von derselben – individuellen – Dringlichkeit ausgeht, gegen „diese Welt der organisierten Unterwerfung, Resignation und Passivität“ zu handeln ohne zu warten, denkt die Autor*in, dass die „einfache Vermehrung der Aktionsgruppen“ unglücklicherweise nicht ausreichen wird, um die Strukturen der Herrschaft und die sozialen Beziehungen, welche ihre Grundpfeiler sind, zu zerstören. Aktionen, die von einer kleinen Anzahl ausgeführt werden „bedeuten nicht unbedingt, in Isolation zu handeln und wenn die Stärke nicht in der Anzahl liegt sondern in ihrem verbreiteten und unkontrollierbaren Charakter, dann wird die Frage (...) wie man, wenn man von sich selbst ausgeht, zur Ausweitung oder Eskalation des sozialen Krieges beitragen kann.“ Während zahllose Akte der Sabotage gegen die Telekommunikationsinfrastruktur analysiert werden, kritisiert die Autor*in eine Sicht auf den Angriff, die sich auf die Idee der Effektivität versteift und zeigt, dass sie anhand von Kriterien analysiert werden können, die nicht rein quantitativ sind (eine maximale Anzahl von Menschen zu erreichen, eine Unterbrechung zu erzeugen, die so lange wie möglich dauert um repariert zu werden), indem zum Beispiel die Charakteristika des Ortes und des Moments des Angriffs in Betracht gezogen werden, oder spezifische Projekte oder Firmen die von der Sabotage getroffen werden.

Abschließend, diesem Text zufolge, muss eine quantitative Ansicht nicht die Oberhand über die qualitative Dimension der Aktion übernehmen; „können wir nicht einfach sagen, dass eine Sabotage erfolgreich war (oder „effektiv“) wenn wir erreicht haben, was wir erreichen wollten, mit den Mitteln, die wir verwendet haben? Das ist zuerst und vor allem eine Frage der Singularität, das ist ein Moment, wenn wir nach der Aktion greifen können, für einen flüchtigen Moment die Qualität spüren, wenn wir endlich einen Griff nach unsere Leben und nach den Sternen wagen?“ Die Kritik, die im Text *„Ethique et stratégie“* formuliert wird, stimmt ein in einen bestimmten Aspekt, der vom Text *„A l’assaut de l’existant“* aufgemacht wird. Der Text vergleicht die unterschwellige Haltung vom Text *„Quelques réflexions“* mit dem Ökologismus von Deep Green Resistance. Was hier kritisiert wird, ist eine „systemische, kybernetische und katastrophische“ Haltung von Ökologie, welche „gefangen in einer Verteidigungshaltung und eine Heiligsprechung des Lebendigen“ sei.

Die Autor*in von *„Ethique et stratégie“* hält fest: *„ich kämpfe nicht, um ein Ökosystem zu retten, genauso wenig für soziale Gleichheit. Ich kämpfe dafür zu erfahren, dass diese blutige Welt nicht unbeweglich ist, dass die Megamaschine nicht unzerstörbar ist, dass der Leviathan kein allmächtiger Gott ist.“* Ausgehend davon wird jedes Kriterium einer objektiven Effektivität zur Seite gewischt: *„die einzige Strategie, die für mich einen Sinn ergibt,*

ist jene, die aus einer Analyse jeder Situation, jeder Erhebung, jeder Person besteht, die für sich selbst handelt.“

Die Infrastruktur von Telekommunikation und Energie werden von der Autor*in als „strategische Ziele“ gesehen, da „sie erlauben mit Möglichkeiten des Blackouts zu experimentieren und darüber hinaus um zu versuchen, mit dem Mythos einer Gesellschaft, die aus unzerstörbaren Netzwerken bestehen würde, zu brechen. (...) Es gibt jedoch keine gemeinsamen Sache „die es zu tun gilt“ (...) Der Angriff ist eine Infragestellung, ein Mittel um Wissen über die Welt zu bekommen und gleichzeitig eine Kritik in Aktion“.

Ich teile Aspekte der Kritiken, die von den beiden Texten aufgeworfen werden, die ich hier kurz zusammengefasst habe. Zu denken, dass eine Aktionsgruppe oder verschiedene Aktionsgruppen die Ausbeutungs-, Kontroll- und Entfremdungsmaschine ein für alle mal stoppen können durch die Zunahme der Stärke oder Effektivität ihrer Aktionen bringt bestenfalls (wie im Text *“Ethique et stratégie”* betont wird) den alten Mythos der Revolution zurück und im schlechtesten die Illusion einer Omnipotenz, die uns leicht hinüberwerfen kann in die Welt der Autorität und ihre militaristische Logik. Das ist der Grund wieso ich jede Konzeption zurückweise, die auf der einen Seite eine Handvoll von Revolutionär*innen sieht und auf der anderen die bösen Mächte, als wenn es dazwischen nur Passivität und Resignation gäbe.

Die Herrschaft entsteht zuerst und vor allem aus einer komplexen Anordnung von sozialen Beziehungen und diese Beziehungen werden durch Konflikte durchkreuzt. Wie es eine Gefährt*in vor ein paar Jahren geschrieben hat; „Gefange*r der Ideologie des Sieges zu bleiben bedeutet nicht zu verstehen, dass eine aktive Minderheit, wie sie auch immer beschaffen sein mag, niemals wirklich gewinnen kann, da dieser Sieg die Niederlage jeder Möglichkeit wirklicher grenzenloser Freiheit wäre. Wenn wir von Sieg sprechen wollen, dann zuerst von den Massen in der Revolte, frei assoziiert in neuen sozialen Kreationen, befähigt verschiedensten, unglaublichen und vitalen Formationen Leben einzuhauchen; Formationen einer Art, dass selbst die uneingeschränkste Vorstellungskraft sie nicht fassen kann, da sie ausgeht vom repressiven Sumpf, der uns heute unterdrückt und umgibt. [...] Der Kampf hat viele Nuancen, aber ein Ziel; so zu handeln, dass er so weitreichend wie möglich werden kann.“

Für mich hat das rein gar nichts damit zu tun, darauf zu warten, dass sich die Massen bewegen um erst dann anzugreifen, genauso wenig mit der nervtötenden Idee, die immer wieder daherkommt „wir sollten nichts tun, was die Massen nicht verstehen“, was bedeutet, wenn wir diese Logik konsequent durchdenken, unsere Konfliktlevel soweit zu verengern bis wir im Sumpf von Forderungen und Reformismus verenden. Nebenbei bemerkt, die „Massen in Revolte“ (um diese zuvor gebrauchten Worte aufzugreifen), haben nur eine eigene Existenz von einem abstrakten und ideologischen Gesichtspunkt aus. Ich bevorzuge es von einer Vielzahl von Individuen auszugehen, die einander auf der Reise des Kampfes finden, und, besser, der Selbstbefreiung, und folglich in einer gewissen Weise, dagegen zu rebellieren zur Masse gemacht zu werden. Jedoch, um noch einmal darauf einzugehen, ich denke dass es keine mechanischen Gesetzmäßigkeiten gibt im Bezug auf Aufstände und Revolutionen. Ich denke, dass es zuerst an den Initiativen von Minderheiten liegt und der Verbrei-

terung von revolutionären Ideen, dass der Konflikt sich vertiefen und einen Bruch erreichen kann.

Auch wenn bestimmte Bedingungen des sozialen Ausschlusses, der Unterdrückungen und der Ausbeutung den Leuten so aufs Gemüt drücken können, bis sie einen bestimmten Teil der Individuen dazu drängen die Ketten nicht mehr länger zu akzeptieren, sowie die Leiden und Herabwürdigungen nicht länger hinzunehmen. Die Verweigerung einer bestimmten Unterdrückung – zum Beispiel, die aufgezwungene patriarchale Ordnung, die Polizei, die Lohnsklaverei oder industrielle Verschmutzung – können Ausgangspunkte sein. Jedoch wird diese Weigerung nicht ausreichen um die Revolte über bestimmte Grenzen hinaus zu tragen, jenseits derer Rekuperation nicht mehr möglich ist. Ich bin überzeugt, dass eine Propagierung von Horizonten der Freiheit, von radikal anderen Welten, die sich zuerst in uns selbst entwickeln, diese Möglichkeit öffnen können. „Wir“ – diese viel angepriesene „aktive Minderheit“ – müssen diese Vorstellungen der Freiheit kultivieren. Und das nicht nur durch Theorien und Geschriebenes, sondern und vor allem durch Aktionen, die die Ursachen unserer Enteignung und Ausbeutung ins Visier nehmen. Das ist es, was Anarchist*innen vor einem Jahrhundert „Propaganda der Tat“ nannten.

Die Aktion von Minderheiten ist zuerst die individuelle, qualitative Erfahrung, die der Reproduktion des Alltagslebens, des geistbetäubenden Trosts der Arbeit, dem Gehorsam und der Passivität, radikal entgegengesetzt ist. Der Grund der Aktionen bleibt jedoch nicht auf diese individuelle Dimension beschränkt. Jeder Schlag gegen die herrschende Ordnung ist auch Teil eines größeren Kontexts, wo er verschiedene Bedeutungen und Perspektiven haben kann, indem er die Fragilität der Herrschaft aufzeigt und die Messlatte der Möglichkeiten vergrößert. Auch wenn eine Aktion oder eine Serie von Aktionen, die von einer kleinen Minderheit der Bevölkerung ausgeführt wird, nicht genug ist um den Lauf der Dinge zu ändern, stimmt es, dass jeder Akt der Revolte, jede direkte Aktion wichtig ist und ihre eigene Bedeutung hat. Jedoch haben bestimmte Attacken – die auf wichtige Netzknoten abzielen – eine stärkere Auswirkung auf den Fluss von Gütern und Daten und erlauben, dass die Kritik in Aktion dieser tödlichen Normalität eine größere Menge von Leuten erreicht. Bestimmte Ziele bedürfen mehr Recherche, mehr Anstrengung, mehr Vorstellungskraft und mehr Organisation als andere, jedoch bedeutet das nicht, dass diese Aktionen nicht „reproduzierbar“ wären. Eine Hierarchisierung der Aktionen vorzunehmen wäre ein Fehler, den wir auf jeden Fall vermeiden müssen. Jedoch impliziert der Vorschlag, eine Koordination zwischen den Aktionsgruppen zu erschaffen um schwerwiegendere Unterbrechungen zu verursachen, nicht eine antiautoritäre Ethik im Namen der Effizienz zu opfern. Die Frage ist viel mehr: Was erwarten wir von einer Aktion?

Für mich wäre es illusorisch und gefährlich zu denken, dass die Aktionen von Minderheiten ein magischer Schlüssel wäre um die Herrschaft zu beenden. Kleine Gruppen können den Leviathan verlangsamen, aber sie können ihn nicht ein für alle mal anhalten. Wir können die Herrschaft nicht auf ihre technologische Werkzeugkiste reduzieren, genauso wenig wie wir die Auswirkung von Aktionen auf die Schäden reduzieren sollten, die sie verursachen und die Bedeutung unterschätzen, die sie tragen in einer Situation, die nicht vollständig befriedet ist. Hier und Jetzt, jedoch mit einem Auge in die Zukunft In den kommenden Jahren werden wahrscheinlich Kämpfe gegen die industriellen Zerstörung zunehmend eskalieren, einhergehend mit einer Erhöhung sozialer Spannungen, einem

ökologischen und gesundheitlichen Desaster, Energieknappheit, zunehmender Ausplünderung und Verwüstung von Territorien.

Eine anarchistische Kritik der techno-industriellen Gesellschaft kann viele Ohren erreichen. Der Horror, der durch die Ausbeutung des Lebendigen verursacht wird, wird immer offensichtlicher in den Augen vom immer mehr Leuten. Wenn wir denken, dass es um uns herum nur eine „Masse von Menschen gibt, die in Komplizenschaft mit dem System ist“, dann entscheiden wir uns, all die unterschiedlichen Akte der Verweigerungen zu ignorieren, die beginnen hier wie dort zu explodieren. In diesem Fall können wir dem Glauben an eine reinigende Katastrophe verfallen und einer narzistischen Glorifizierung unserer eigenen Aktionen. Im Gegenteil, wenn wir uns die Gefängniswelt, die uns umgibt, mit einem immer klareren Blick ansehen, können wir die Bruchstellen in den Wänden sehen, die uns einsperren. Bruchstellen, die wir in Brüche ausweiten können, in einem Kampf, der das Bestehende nicht erobern, sondern zerstören will und die Basis für ein neues Leben legen will. Es geht nicht darum auf die Massen zu warten, sie von der Legitimität unserer Ideen zu überzeugen, Schritt für Schritt zu handeln ohne die ehrlichen Arbeiter*innen zu verschrecken. Aber es geht auch nicht darum der Macht einen Privatkrieg zu erklären, „die Leute“ zu verachten und Aktionen zu fetischisieren. Wir sind Anarchist*innen, wir handeln als Anarchist*innen, ausgehend von unseren ethischen Positionen, unseren Analysen und unseren Perspektiven. Schließlich sind unsere Worte, unsere Taten und vielleicht sogar unsere Leben Vorschläge, was sich grundlegend unterscheidet von den autoritären Projekten der Revolution und Gesellschaft wie jene der Marxist*innen mit ihren Programmen.

Einen Vorschlag in Aktion zu formulieren, bedeutet nicht ein Anführer im Kampf zu sein und noch weniger diesen aufzuzwingen, sondern einen Diskurs und eine Praxis zu erschaffen, die das Potential haben Bruch und Veränderung herbeizuführen. Im worst-case-Szenario werden diese Vorschläge ignoriert, lächerlich gemacht oder falsch verstanden; jedoch werden wir unsere Leben in der Schönheit unserer Ideen gelebt haben, wir werden gebrannt haben, jedoch mit unserem eigenen Licht, wir werden nicht im Schatten einer Kirche gelebt haben. Und im besten . . . wer kann sagen was in der Zukunft passiert? Wenn ich zehn oder fünfzehn Jahre zurückblicke muss ich sagen, dass ich wenige der vielen Explosionen der Wut vorhersagen hätte können, die passiert sind, und ich denke nicht, dass sie aufhören werden, im Gegenteil. Dieser Text ist eine Einladung nicht den Blick auf die Zukunft zu verschließen, sich nicht davor zu fürchten über den Moment hinauszugehen und in Rahmen eines revolutionären Vorschlags zu denken. Aufzuhören an den Mythos der Revolution zu glauben,

aufzuhören an den Mythos des Fortschritts zu glauben . . . das bedeutet gewiss sich von schweren Fesseln zu befreien. Jedoch bedeutet dies nicht ein Projekt der radikalen Veränderung der Welt aufzugeben. Diese Erhebung kann nur auf lange Zeit gedacht werden und ich stelle mir das als einen langsamen Prozess der Zersetzung vor.

Was würde passieren wenn immer zahlreichere Akte der Sabotage gegen vitale Infrastrukturen der Herrschaft beginnen würden die vernetzte Verbundenheit, von der die Ökonomie und der Staat abhängig sind, erheblich zu unterbrechen? Wenn der Widerstand gegen das, was uns schadet (Minen, Energie- und Transportinfrastruktur, etc.) zu Brutstätten von Autonomie und Aufstand werden würden und wenn Staaten beginnen würden die Kontrolle über bestimmte Teile ihrer Territorien zu verlieren? Wenn ein Teil der Menschheit beginnen würde die Metropolen zu zerstören und den Raum zu verändern, indem sie ihn dem Griff von Ökonomie und Macht entreißen und so ungesehene Formen der Aktivität, der Beziehungen und des Austauschs erschaffen? Das hört sich heute vollkommen unwirklich an, es ist jedoch die Richtung, in die unsere Anstrengungen meiner Meinung nach gehen müssen.

Es geht nicht darum ein Programm aufzustellen und vorherbestimmten Pfade zu verfolgen, sondern darum uns zu trauen unsere Begierden auszudrücken, auch wenn wir eine sehr kleine Minderheit sind, die in diese Richtung gehen will. Sind es nicht genau Bestrebungen (genauer, utopische Bestrebungen) die wir brauchen – um zu kämpfen, um uns die Stärke anzueignen zu kämpfen im Angesicht einer düsteren Realität, die alle Hoffnung und die Möglichkeit auf Veränderung abgetötet hat. Ein Blick in Richtung dessen, was wir wollen, scheint mir heute notwendig, um Analysen zu entwickeln, die in der Lage sind unseren Anstrengungen von Agitation und Aktion eine Stoßrichtung zu verleihen. Ohne sich in Wunschenken zu ertränken, ohne uns selbst und andere zu belügen, jedoch beharrlich in unserem Willen nach Aufstand und Veränderung.

Bismuto

Zuerst publiziert als *Au-delà de l'immédiat* in *Sans Détour* (journal anarchiste aperiodique), Ausgabe 4, März 2021; dann als *Beyond the Moment* in *The Local Kids* (A compilation of texts, a contribution to a correspondence between those who desire anarchy and subversion), Ausgabe 7, Sommer 2021. Übersetzt aus dem Englischen.

Offener Brief

an die Geschäftsführung der Göttinger Sport und Freizeit GmbH & Co. KG



Sehr geehrter Andreas Gruber,

„Das Badeparadies Eiswiese dient der Entspannung und Erholung.“ So steht es in ihrer Haus- und Badeordnung für das Badeparadies Eiswiese, das von Ihnen geführt wird. Genau zu diesem Zweck ist das Badeparadies am 04.08.2021 von einer Person aufgesucht worden, die später aus dem Badeparadies verwiesen und mit einem Hausverbot belegt wurde. Warum? Weil sie Brüste hat. Ihre Bademeister*innen haben ihr deshalb „das weibliche“ Geschlecht zugeordnet, welches immer wieder von struktureller Diskriminierung betroffen ist. So auch hier.

Wir vom Göttinger Bündnis „Gleiche Brust für Alle“ wenden uns erneut, dieses Mal mit einem Offenen Brief, an Sie. Warum wählen wir die Öffentlichkeit? Weil strukturell diskriminierende Muster aufgedeckt werden müssen, um sie anzugehen. Weil Sie in Ihrer Funktion (nicht als Person!) Wächter der strukturellen Diskriminierung im Badeparadies Eiswiese und den Göttinger Freibädern sind und wir Sie bitten, sich an unsere Seite zu stellen. *Werden Sie zum Vorreiter für das gleiche Recht am freien Oberkörper für Menschen aller Geschlechter! *Beenden Sie die Diskriminierung von allen Personen im Badeparadies Eiswiese und in den Göttinger Freibädern!

Im Folgenden möchten wir auf Ihr Schreiben, mit dem Sie uns am 13.10.2021 auf unsere Beschwerde nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz geantwortet haben, eingehen und vorab noch einmal den Sachverhalt erklären.

Was ist passiert? Besagte Person war in Badehose und ohne (Bikini-)Oberteil schwimmen, so wie etwa die Hälfte aller anderen Badegäste auch. Zwei Ihrer Bademeister*innen haben der betroffenen Person ein weibliches Geschlecht zugeschrieben und ihr deshalb abgesprochen, dass sie selbst darüber entscheiden könne, welche Badekleidung sie tragen möchte. Unter Androhung eines Polizeieinsatzes und eines Hausverbots wurde mensch dazu gedrängt, sich ein Oberteil anzuziehen. Die betroffene Person hat sich verbal für ihre gleichberechtigte Teilhabe am Badespaß eingesetzt und den Bademeistern erklärt, dass ihr Verhalten eindeutig sexistisch und ungerecht war. Trotz der Zusage des Bademeisters, dass kein Hausverbot erlassen und nicht die Polizei gerufen würde, wenn die Person innerhalb von 5 Minuten die Eiswiese verlassen würde, wurde die Polizei gerufen.

In Ihren AGB steht: „*dass im gesamten Badeparadies Eiswiese Folgendes [sic!] nicht gestattet ist: Das Baden ohne Badekleidung außerhalb der*

Saunalandschaft. Das Tragen von Badekleidung mit Nieten oder Reißverschlüssen. [...]“

Selbst gegenüber der Polizei haben Ihre Bademeister*innen jedoch behauptet, in der Badeordnung würde stehen, dass geschlechtsspezifische Badekleidung zu tragen sei. Dies ist mitnichten der Fall.

Was wiederum in ihrer Badeordnung steht: „*Für einen angenehmen Aufenthalt sind gegenseitiges Verständnis und Rücksichtnahme gegenüber anderen Besuchern erforderlich.*“

Diese gegenseitige Rücksichtnahme jedoch *regelmäßig zum Nachteil eines Geschlechtes auszulegen*, steht im Widerspruch mit Ihrem eigenen Grundsatz dergenseitigen Rücksichtnahme.

Nach diesem Vorfall haben sowohl wir als auch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes Ihnen ja bereits dargelegt, dass dieses Verhalten mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz nicht vereinbar ist (nach § 1 AGG und § 19 AGG). Denn laut diesem darf kein Mensch aufgrund seines Geschlechts benachteiligt werden.

Wie bereits erläutert: Das Geschehene beruht darauf, dass die Betroffene von den anwesenden Bademeister*innen in eine Geschlechtskategorie (=weiblich) einsortiert wurde. Das bedeutet: Ihr Körper wurde nicht einfach als Körper eines handelnden Subjekts mit dem Wunsch, sich zu entspannen gesehen, sondern es wurde von Männern behauptet, der Oberkörper sei - aufgrund seiner „Weiblichkeit“ - etwas sexuelles und gehöre deshalb versteckt. Das ist etwas, worunter Menschen, die keine Cis-Männer sind, seit Jahrtausenden leiden: Aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit vom Subjekt zum Objekt degradiert zu werden und im gleichen Zuge dafür schuldig gesprochen zu werden, sexuelle Gefühle bei (heterosexuellen) Cis-Männern auszulösen. (Erklärung: „Cis“ bedeutet, dass das bei der Geburt zugewiesene Geschlecht auch der tatsächlichen Geschlechtsidentität einer Person entspricht.)

Das Problem sind allerdings nicht die Brüste. Die sind einfach. Nippel sind Nippel und ein paar Gramm Fettgewebe mehr oder weniger dürfen nicht darüber entscheiden, wie viele Freiheiten eine Person hat. *Das Problem ist die Sexualisierung der Brüste* durch den normativen patriarchalen Blick.

Zudem ist es trans- und interfeindlich, einer Person ein Geschlecht zuzuschreiben und ihr daraufhin Rechte zu verwehren. Sie bzw. Ihre Bademeister*innen haben nicht das Recht, einer anderen (Ihnen fremden)

Person, ein Geschlecht zuzuweisen (und im Übrigen können sie das auch nicht). *Geschlecht als solches ist ein soziales Konstrukt*. Das beinhaltet auch, wie neue Forschungsergebnisse zeigen, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt. Und laut Bundesverfassungsgericht ist *die individuelle Entscheidung eines Menschen über seine Geschlechtsidentität zu respektieren*(BVerfG, Beschluss vom 15.08.1996 - 2 BvR 1833/95 = NJW 1997, 1632, 1633).

Sie schrieben uns: „Unsere Badeordnung dient insoweit dem Schutz der Intimsphäre unserer Gäste, als nämlich bei allgemeinem Badebetrieb das eine Geschlecht vor sexuell motivierten Verhaltensweisen und Blicken des anderen Geschlechts (oder sonstiger anderer Geschlechter) besser geschützt werden soll durch die Bedeckung der primären und sekundären Geschlechtsmerkmale; das Schwimmbad soll sozusagen nicht zum Schauplatz von triebhaften Personen werden, sondern dem unbeschwernten Freizeitspaß aller im Wasser dienen.“

Eine Verhüllungspflicht für Menschen, die Opfer werden könnten, ist kein Schutz.

Es ist Nötigung. Es ist vielleicht der Weg des geringsten Widerstands. Aber nicht der Weg der Gleichberechtigung. Wir fordern nicht weniger und nicht mehr, als dass Frauen, Trans*personen, Inter*personen und nicht-binäre Menschen sich genau so im Schwimmbad aufhalten dürfen, wie es von Ihnen männlich gelesene Personen üblicherweise auch tun.

Wir sind der Meinung: Wenn ein Mensch in Ihrem Schwimmbad (sexuell) belästigt oder anderweitig diskriminiert wird, haben Ihre Bademeister*innen dafür zu sorgen, dass die Belästigung gestoppt wird. Denn die Belästigung ist der Fehler und nicht die Bekleidung. Es wäre Aufgaben der Bademeister*innen, dem/der Belästiger*in klar zu machen, dass keinerlei Belästigung und sexualisierte Gewalt in Ihrem Schwimmbad gestattet wird und ggf. die belästigende Person aus dem Bad zu verweisen. Hier wäre ein Hausverbot und das Hinzuziehen der Polizei gerechtfertigt, aber doch nicht, wenn ein Badegast einfach in Ruhe schwimmen möchte!

Die Schuld an einem Übergriff der betroffenen Person zu geben, anstatt die Verantwortung bei der übergriffigen Person zu sehen, ist außerdem eine gefährliche Täter*innen-Opfer-Umkehr: Der betroffenen Personen werden Rechte vorenthalten und Freiheiten verwehrt. Gleichzeitig wird für die gewaltausübende Person argumentiert, das Vergehen verhamlost und teilweise sogar als nachvollziehbar dargelegt. Mit solchen Verharmlosungen und Schuld-Zuschreibungen an die betroffene Person verhindern sie keine sexualisierte Gewalt, sondern bieten ihr sogar einen Nährboden, indem Sie Übergriffigkeit mit der Auswahl der Kleidung legitimieren.

Desweiteren beziehen Sie sich auf Wikipedia, wo in Bezug auf die sekundären Geschlechtsmerkmale steht „Beim Menschen zählen dazu auch die weibliche Brust und der männliche Bartwuchs.“ (Es fehlt im Artikel: die männliche Brustbehaarung). Sie schreiben: „In diesem Sinne unterscheiden wir nicht nach Männern, Frauen und sonstigen Geschlechtern, sondern fordern die Bedeckung aller jeweils vorhandenen primären und sekundären Geschlechtsmerkmale mit Ausnahme des männlichen Bartwuchses, den wir für unerheblich halten.“ („Mit Ausnahme des männlichen Bartwuchses“ ist schon deshalb falsch, weil der Artikel gar keine abschließende Aufzählung vorgenommen hat, erkennbar am „auch“. Dar-

aus zu schließen, die Brustbehaarung wäre kein sekundäres Geschlechtsmerkmal, ist abwegig.)

Was bedeutet, dass Sie einerseits die Bedeckung ALLER primären und sekundären Geschlechtsmerkmale fordern, gleichzeitig aber aus reiner Willkür den Bartwuchs (und die Brustbehaarung) davon wieder ausschließen.

Dies zeigt ein weiteres Mal auf, dass es Ihnen schlichtweg darum geht, die ungleiche und ungerechte Behandlung in Ihren Einrichtungen schön zu reden und zu legitimieren, ganz im Sinne des: „Das haben wir schon immer so gemacht“.

Denn wenn Sie tatsächlich die konsequente Umsetzung Ihrer eigenen Aussage durchziehen würden, müssten Sie wohl auch allen Menschen mit Bartwuchs und Brustbehaarung verbieten, diesen zu zeigen. Und das klingt absurd, nicht wahr?

Wir versprechen: Von unseren Brüsten geht keine Bedrohung aus. Wir brauchen keine Doppelmoral. Was Sie für Brustbehaarung und „männliche Nippel“ unterstellen, können Sie getrost auf Brüste und „weibliche Nippel“ übertragen.

Wir wollen uns nur entspannen und erholen. Da stört ein Oberteil. Oder würden Sie im Schwimmbad gern ein Oberteil tragen wollen?

Zum Argument, Sie wollten Kinder schützen:

Nippel – egal welcher Art - sind keine Gefährdung für Kinder. Im Gegenteil: Die meisten Kinder sind sehr gut mit Nippeln vertraut.

Nackte Brüste im Schwimmbad führen zu keiner frühzeitigen Sexualisierung und sind genauso (wenig) belästigend wie ein männlich einkategorisierter Oberkörper mit Brustwarzen. Im Gegenteil: Heranwachsende Mädchen* müssen sich verhüllen, sobald sich eine „sichtbare Weiblichkeit“ entwickeln - das ist die Sexualisierung.

„Du bist nun eine Frau, zieh` dir etwas an!“ So lernen alle, die als Mädchen* einkategorisiert werden, dass sie falsch seien. Dass sie sich schämen müssten für ihr Geschlecht. Dass es nicht ok ist, wie sie sind.

Auch Heranwachsende, die männlich sozialisiert werden, lernen etwas dabei: Sie lernen, für ihre sexuellen Gefühle andere Menschen (die mit den Brüsten) verantwortlich zu machen. Sie lernen, ihre Sexualität nicht selbst kontrollieren zu müssen, sondern diese Kontrolle extern über Kleidungsvorschriften für von ihnen weiblich gelesene Menschen erledigen zu können. Sie lernen, dass sich für sie ein Problem löst, wenn Frauen und andere Geschlechter in ihrer Entfaltung eingeschränkt werden. Und es wird ihnen unterstellt, dass sie gar nicht in der Lage seien, ihre Gefühle und Begierden zu reflektieren und selbst zu kontrollieren. Dieses Rollenbild zwingt auch Männern und Jungen eine Erwartung auf, die sie in ihren Verhaltensoptionen einschränkt.

Desweiteren werden hierdurch Männer unter den Generalverdacht gestellt, sexualisierte Übergriffe zu begehen - was gegenüber allen, die das nicht tun, völlig ungerecht ist.

Wir denken noch einen Schritt weiter: Wenn Kinder damit aufwachsen, (im Schwimmbad) verschieden aussehende Brüste und Nippel zu sehen, dann werden sie lernen, dass diese etwas natürliches sind, die zu Körpern einfach dazu gehören. *Sie werden lernen, dass sich kein Mensch für seine Brust oder seinen Körper schämen **muss** und es nicht in Ordnung ist, die Körper anderer Menschen zu beleidigen oder herabzuwerten.*

Wenn wir ihnen vorleben, dass niemand das Recht hat, jemand anderen zu belästigen oder zu sexualisieren und dass solche Übergriffe, auch im Schwimmbad, nicht akzeptiert werden, dann tun wir damit einen wichtigen Schritt im Kampf gegen jene sexualisierte Gewalt, die Sie bereits angesprochen haben.

Denn wenn die nächsten Generationen mit dem Wissen aufwachsen, dass kein Kleidungsstück einen sexuellen Übergriff rechtfertigt, dann wird dies auch dazu führen, dass es weniger sexualisierte Gewalt und Belästigungen geben wird.

Die Oben-Ohne-Demonstrationen in Berlin, Augsburg, Nürnberg und vielen weiteren Städten im Juli und August, die nach einem ähnlichen Vorfall in Berlin ins Leben gerufen wurden, zeigen eindeutig, dass das Thema von gesellschaftlicher Relevanz ist und nun endlich angegangen werden muss.

Dies wird bestätigt durch die Umfrage von SternTV, bei der sich am 10.10.2021 62,1% der Abstimmenden für das gleiche Recht auf einen freien Oberkörper ausgesprochen haben.

Bei Ihnen im Briefkasten dürften erste Rückmeldungen dazu eingegangen sein, dass viele Göttinger Bürger*innen hinter unserem Anliegen

stehen und sich wünschen, dass es allen Geschlechtern gleichermaßen ermöglicht werden muss, oben ohne schwimmen zu dürfen. Es werden sicherlich weitere folgen.

Und was soll schon dabei sein, das Verbot zu kippen?

Uns ist wichtig klarzustellen: Es geht uns nicht darum, dass alle Menschen ab jetzt oben ohne baden sollen! Wir wollen einfach nur, dass es nicht mehr verboten ist. Und dass alle das gleiche Recht haben, es zu dürfen, wenn sie es wollen. Beendigung der Diskriminierung. That's it. Dazu müssen Sie nicht einmal Ihre AGB ändern. Nur die Auslegungspraxis.

Lieber Andreas Gruber: Sie können die nötige Änderung vorantreiben, statt auf der Bremse zu stehen. Einige Beispiele: Wie Sie wissen, wurde das Frauenwahlrecht hart erkämpft und ist gerade einmal hundert Jahre alt. Bis 1977 konnten Ehemänner darüber entscheiden, ob ihre Ehefrauen arbeiten gehen und erst seit 1997 ist Vergewaltigung in der Ehe strafbar. Seit 2018 gibt es die rechtliche Möglichkeit des Geschlechtseintrags „divers“. Auch deshalb ist Ihre binäre Kleiderordnung nicht mehr zeitgemäß. Vieles hat sich glücklicherweise geändert und jetzt ist es Zeit für die nächste Veränderung. Sie können Ihren Teil dazu beitragen!

- Wir sind gerne bereit, eventuelle Rückfragen zu beantworten und uns mit unseren Perspektiven und Ideen an der Ausgestaltung und Umsetzung der neuen Badeordnung zu beteiligen.
- Wir freuen uns auf einen fruchtbaren Austausch!

Mit erwartungsvollen Grüßen

Das Bündnis Gleiche Brust für Alle Göttingen



Zur Operation Sibilla

gegen die anarchistische Bewegung in Italien

Wir, Soligruppe für Gefangene, haben Texte aus dem anarchistischen Infoportal Round Robin zu der letzten Operation gegen die anarchistische Bewegung in Italien übersetzt. Dieses Mal richtet sich die Repression der Staates gegen eine anarchistische Publikation namens „Vetriolo“. Wir werden in kommender Zeit weiter darüber berichten.

ROS [SONDEREINSATZKOMMANDO DER CARABINIERI] DURCHSUCHTE DIE WOHNUNGEN VON DUTZENDEN VON GEFÄHRTEN IN GANZ ITALIEN

Am 11.11.2021 um 4 Uhr morgens durchsuchten die ROS [Sondereinsatzkommandos der Carabinieri] auf Anweisung von Staatsanwalt Comodi im Rahmen einer von den Sesselfürzern Nobili und Basilone eingeleiteten Untersuchung die Wohnungen von Dutzenden von Gefährten in ganz Italien.

Alfredo, der wegen dem Schuss auf den Generaldirektor von Ansaldo Nucleare, Adinolfi, und wegen der „Operation Scripta Manent“ inhaftiert ist, wurde über eine weitere Präventivhaft informiert; ein weiterer Gefährte steht unter Hausarrest, vier weitere wurden verpflichtet, sich in ihrem eigenen Wohngebiet mit regelmäßigen Meldungen (A.d.Ü., bei den Bullen) aufzuhalten.

Der Hauptvorwurf lautet, eine Vereinigung zu terroristischen Zwecken gegründet und gefördert zu haben, ein Vorwurf, der sich insbesondere auf die Zeitung „Vetriolo“ und einige in ihr veröffentlichte Artikel bezieht.

Im Zusammenhang mit dieser Operation wurde den Redakteuren von Round Robin noch am selben Abend mitgeteilt, dass gegen sie ermittelt wird: Die Anschuldigungen (Drohungen, Anstiftung zu Straftaten, Vereinigung zu terroristischen Zwecken) stehen im Zusammenhang mit der Veröffentlichung einiger Schriften, die nach Ansicht der Polizei von einigen der Gefährten, gegen die ermittelt wird, unterzeichnet sind.

Als Round Robin wollten wir immer allen anarchistischen Ideen und Debatten Raum geben und sind stolz darauf, die Schriften der angeklagten Gefährten veröffentlicht zu haben.

Trotz der Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, dass die Website fast einen Monat lang nicht erreichbar war, werden wir nun zurückkehren, um den Beiträgen, die uns erreichen, Raum zu geben, egal was die beschissenen Diener der Macht denken.

- Solidarität mit den Gefährten bei denen die Hausdurchsuchungen waren und gegen die ermittelt wird.
- Immer mit erhobenem Haupt.
- Es lebe die Anarchie!

Quelle: Round Robin, *die Übersetzung ist von uns*

Op. Sibilla – Communiqué der Solidarität

Am 12. 11. 2021 veröffentlicht: „Um mit der Ausbeutung und der Unterdrückung zu brechen, ist es notwendig, dass die verletzte und mit Füßen getretene Würde in die Tat umgesetzt wird, denn wir sind der festen Überzeugung, dass „Freiheit“ keineswegs das Recht und die Pflicht ist, der Autorität zu gehorchen, sie ist keine Existenz, die man auf den Knien bringt. Die Freiheit liegt – hier und jetzt – in der Herausforderung aller Macht, in dem wilden Wunsch nach der praktischen und konkreten Zerstörung der Autorität.“

Am Donnerstag, den 11. Oktober, wurde im Morgengrauen die Operation „Sibilla“ eingeleitet, die von den Staatsanwaltschaften von Perugia (Staatsanwältin Manuela Comodi) und Mailand (Staatsanwalt Alberto Nobili) koordiniert wurde und in deren Folge eine Reihe von Gefährten und Gefährtinnen in verschiedenen italienischen Städten durchsucht wurden. Es waren die Carabinieri der ROS (unter dem Kommando von General Pasquale Angelosanto), die die vom GIP Valerio D’Andria angeordneten Maßnahmen durchführten, für die sechs anarchistischen Gefährten und Gefährtinnen durch einen Beschluss zur Anwendung von Vorsichtsmaßnahmen erreicht wurden und gegen die wegen Anstiftung zu Straftaten in Verbindung mit Terrorismus und Umsturz der demokratischen Ordnung ermittelt wurde.

Die Untersuchung stützt sich auf fünfjährige Recherchen über die Veröffentlichung der anarchistischen Zeitung Vetriolo, einer Zeitschrift, die den Staat und das kapitalistische System stets mit präzisen Analysen kritisiert und anarchistischen Gefangenen durch die Veröffentlichung ihrer Schriften eine Stimme gegeben hat. Es ist klar, dass diese x-te repressive Maßnahme die Stimmen der radikalen Kritik am Bestehenden zum Schweigen bringen möchte. Im heutigen gesellschaftlichen Kontext wird die autoritäre Wende des Fortschritts jeden Tag deutlich. Wir haben es bei den repressiven Maßnahmen der ersten Abriegelung, den Ausgangssperren, dem Versammlungsverbot und der Hausarrestierung von Millionen von Menschen gesehen. Wir sehen es auf den zunehmend militarisierten Straßen, an Arbeitsplätzen mit der Erpressung des grünen Passes, an den Grenzen von Staaten wie in Weißrussland, wo Migranten von der polnischen Armee, die die Festung Europa verteidigt, zurückgewiesen werden und dem Hungertod oder der Kälte überlassen werden.

Wir sind uns bewusst, dass all dies nicht aufhören wird, sondern immer schlimmer werden wird. Dies erfordert Analysen, Entschlossenheit und Praktiken, die den Schlägen, die das Kapital auslöst, gewachsen sind. Wenn der Staat und die Justiz die Gefährten und die Gefährtinnen mit diesen Montage/Ermittlungen isolieren wollen, werden sie auf der anderen Seite immer Individuen finden, die bereit sind zu kämpfen, um die gleichen Praktiken und revolutionären Ideen zu verwirklichen.

- Solidarität mit Vetriolo, dem Circolaccio und unseren Freunden und Gefährten, gegen die ermittelt und gefahndet wird!
- Tod dem Staat und dem Kapital!
- Freiheit für alle!

Solidali genovesi (solidarische Genuesen)

Internationalismus lässt sich nicht verbieten

Solidaritätserklärung mit der Internationalistin María und gegen ihre Zwangsausreise und Aufenthaltsverbot in Deutschland

Im Oktober 2021 wurde unserer spanischen Genossin und Freundin María von drei Zivilbeamt:innen der Polizeiinspektion Halle ein Bescheid der Ausländerbehörde Magdeburg ausgehändigt. Laut diesem Schreiben wird sie aufgefordert, innerhalb von 30 Tagen das Land zu verlassen. Sie habe ihr Freizügigkeitsrecht als EU-Bürgerin verwirkt. Zusätzlich wird ihr in dem Bescheid ein Einreise- und Aufenthaltsverbot für 20 Jahre ausgesprochen. Begründet wird diese Maßnahme damit, dass María eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland darstelle.

Des Weiteren wird sie beschuldigt, sich ohnehin schon zu lange in der BRD aufzuhalten. Es sei nicht zu erkennen, dass sie einer versicherungspflichtigen Arbeit nachgehe, wie sie sich finanziere, dass sie sich aufgrund familiärer Bindungen in Deutschland aufhalte oder über einen festen Wohnsitz in Deutschland verfüge.

Was wird vorgeworfen?

María wird vorgeworfen, dass sie ihren Aufenthalt und ihr Leben in Deutschland ausschließlich dafür nutze, um an politischen Aktivitäten im Zusammenhang mit der kurdischen Freiheitsbewegung in der BRD teilzunehmen oder selbst Aktivitäten dahingehend zu organisieren. In diesem Rahmen trete sie als Bindeglied zwischen der linksradikalen Szene und der PKK (Partiya Karkarên Kurdistan/ Arbeiterpartei Kurdistan) auf.

Seit 2014 sei sie immer wieder durch ihre Teilnahme an Kundgebungen, Demonstrationen und Ähnlichem aufgefallen. Unter anderem im Hambacher Forst oder auf Veranstaltungen und Demonstrationen in Leipzig, Magdeburg oder Berlin. Des Weiteren werden ihr ihre akademischen Fähigkeiten im IT-Bereich sowie ihre guten Kenntnisse der kurdischen Sprache zum Vorwurf gemacht. Diese Fähigkeiten werden als Befähigung, ein Netzwerk aufzubauen und damit als Bindeglied zwischen der linksradikalen Szene der BRD und der kurdischen Freiheitsbewegung zu dienen, gewertet.

Aufgrund ihrer klaren politischen Haltung, die sie in ihrem Leben einnimmt und sich dabei klar gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg stellt, wird ihr eine ideologische Festigkeit vorgeworfen, wodurch keine ersichtliche Abkehr ihrer Aktivitäten zur Unterstützung der kurdischen Freiheitsbewegung zu erwarten sei. Diese Punkte rechtfertigen laut Ausländerbehörde Magdeburg María für eine Gefahr für die Sicherheit der BRD zu erklären und ihr ein Einreise- und Aufenthaltsverbot für 20 Jahre auszusprechen. Die Dauer einer Maßnahme, die sonst nur bei Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Terrorismus ausgesprochen werden kann.

Eine neue Stufe der Kriminalisierung der kurdischen Bewegung und der Solidaritätsbewegung

Die sicherheitspolitischen Entwicklungen in Deutschland, wie zum Beispiel die Verschärfung der Polizeigesetze, die zahlreichen §129 a & b

Verfahren¹, die Ausweitung rassistischer Kontrollen und des Überwachungssystems, die Kriminalisierung von linkem, feministischem und migrantischem Aktivismus zeigen, dass mit allen Mitteln versucht wird, emanzipatorische und revolutionäre Bewegungen zu unterbinden. Sie sollen bereits in ihrer Entstehung angegriffen, kriminalisiert und verboten werden. Dabei wird gegen María versucht einen Präzedenzfall zu schaffen, den es in dieser Form in Deutschland bisher nicht gegeben hat. *Zum ersten Mal wird von der BRD eine Ausreiseverfügung und Aufenthaltsverbot gegen eine EU-Bürgerin mit der Begründung des politischen Aktivismus im Kontext der kurdischen Freiheitsbewegung erlassen.* Somit versucht sich der deutsche Staat eine Tür zu öffnen, politisch Aktive ohne deutschen Pass zu kriminalisieren und bei Belieben abzuschieben.

Allgemein werden in Deutschland aufgrund des PKK-Verbots alle hier lebenden Kurd:innen unter Generalverdacht des „Terrorismus“ gestellt. Dies sehen wir aktuell auch bei den Versuchen, die Initiative „Verbot aufheben“, welche sich für eine Entkriminalisierung der PKK und die Aufhebung des PKK-Verbots einsetzt, zu kriminalisieren. Dass es diesmal eine Internationalistin trifft, stellt einen weiteren Angriff auf die Solidarität mit der kurdischen Freiheitsbewegung dar.

Versuch einen Präzedenzfall zu schaffen

Die BRD zeigt mal wieder, was sie unter Demokratie versteht. Unter dem Vorwand der Prävention und Gefahrenabwehr werden ihre „bürgerlichen Grundrechte“ aufgehoben und María wird indirekt zur Gefährderin für die BRD erklärt. Mit politischer Willkür werden öffentliche, gerechtfertigte und vor allem feministische Aktivitäten, wie die Besuche von der Kundgebung der internationalen Kampagne der kurdische Frauenbewegung „100 Gründe, um den Diktator zu verurteilen“ gegen das Ermorden und Entführen von Frauen und Mädchen oder Kundgebungen zum 8. März, sowie die Teilnahme an Demonstrationen und Veranstaltungen gegen die deutsche Kriegspolitik und für die Freiheit von Abdullah Öcalan, zum Anlass für Kriminalisierung und Verfolgung genommen.

Die Angst des deutschen Staates wird deutlich, indem er mit dem Angriff auf María versucht besonders politische Frauen und die Solidarität mit der kurdischen Frauenbewegung zu kriminalisieren. Aktuell scheinen Frauen immer mehr ein Dorn im Auge des deutschen Staates zu werden. Dies sehen wir an Lina², die seit über einem Jahr in Untersuchungshaft sitzt und an der ein sexistischer Schauprozess geführt wird und an Ella, die für ihren Kampf gegen den Klimawandel inhaftiert wurde.

Der Versuch einen Präzedenzfall zu schaffen, stellt nicht nur eine Gefahr für Internationalist:innen dar, die sich mit der kurdischen Freiheitsbewegung solidarisieren, sondern kann bei Erfolg auch theoretisch auf alle anderen politisch aktiven EU-Bürger:innen in der BRD angewandt werden, deren Residenzstatus angezweifelt wird und die aufgrund ihrer politischen Haltung kriminalisiert werden sollen.

Dass grundlegende Rechte, wie Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Bewegungs- und Aufenthaltsrecht angegriffen und aufgehoben werden, ist in der BRD gang und gäbe. Deswegen gilt es, sich dagegen zur Wehr zu setzen und gegen diese Entrechtung zu kämpfen!

Solidarität auf allen Ebenen!

Es wird juristischen Widerstand gegen diesen Angriff des deutschen Staates geben, aber ebenso bedarf es einer breiten Öffentlichkeit und Solidarität mit der kurdischen Freiheitsbewegung. Dieser Fall ist nicht einzeln zu betrachten, sondern im Zusammenhang mit der gängigen Kriminalisierung der Solidarität mit Kurdistan zu sehen. Es geht auch um den generellen Angriff auf revolutionäre und kämpferische Ansätze. Beispielhaft dafür sind die Verurteilungen in Nürnberg, im Rahmen der Prozesse um den Jamnitzer Platz, das Verfahren gegen Dy und Jo, das Antifa-Ost-Ver-

fahren, die Prozesse gegen Aktive des Hambacher Forst und die §129b Verfahren gegen kurdische und türkische Aktive.

Gerade jetzt ist es wichtig, dass wir entschlossen und gemeinsam Schulter an Schulter stehen und zeigen, dass ein Angriff auf eine, ein Angriff auf uns alle ist. Es kann jederzeit Personen treffen, die sich für ein freies Leben einsetzen. Deshalb sollte dieser Angriff der Funken sein, der das Feuer in unseren Herzen mit voller Kraft nach außen trägt. Organisieren wir unsere Wut und kämpfen wir konsequent für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Denn unsere Leidenschaft für den Kampf um Befreiung ist stärker als ihre Repression.

Solidarität mit María und allen von Repression betroffenen!

„Grupo Internacional“ - Unterstützungskreis von Freund:innen und Genoss:innen in Solidarität mit María und der kurdischen Freiheitsbewegung

Leipzig: Peilsender und Wanze in Auto entdeckt

Am 18. November 2021 wurde im Auto eines Freundes Überwachungstechnik entdeckt, die wahrscheinlich einer staatlichen Behörde zuzuordnen ist. Es handelt sich um ein größeres Gerät mit einem GPS-Tracker der Firma „u-blox“ sowie um ein kleineres Audioaufnahmegerät. Die Geräte waren hinter einer Verkleidung der vorderen Deckenbeleuchtung versteckt. Sie waren durch ein Stromkabel miteinander verbunden und bezogen ihren Strom aus der Zuleitung zur hinteren Deckenleuchte. Dazu wurde offenbar ein eigens auf das Automodell angepasster Y-Adapter verwendet. Die Audio-Einheit zapfte das bereits vorhandene Mikrofon der Freisprecheinrichtung an, welches sich hinter einer Abdeckung über dem Rückspiegel befindet. Ob die Freisprecheinrichtung unter diesen Umständen noch funktionierte, ist nicht bekannt.



Beide Einheiten waren mit Schaumstoff und Gaffa-Tape umwickelt, vermutlich um bei Bewegungen des Autos keine Geräusche zu machen. Das größere Gerät verfügt u. a. über einen GPS-Empfänger „u-blox MAX-M8“, einen Kartenslot mit einer 16 GB großen microSD-Karte, einen Mobilfunkchip „u-blox LISA-U230“ nebst Telekom-SIM-Karte, sowie ein abnehmbares dreipoliges Antennenmodul. An der Seite befindet sich die Inventarnummer „2044 ID93 142“. Die Auswertung der SD-Karte lässt darauf schließen, dass die Vorrichtung mindestens seit Anfang September im Einsatz war, möglicherweise auch bereits drei Monate früher. Es ist davon auszugehen, dass das Gerät zwischengespeicherte Standortdaten nach dem Versenden mit Nullen überschreibt.



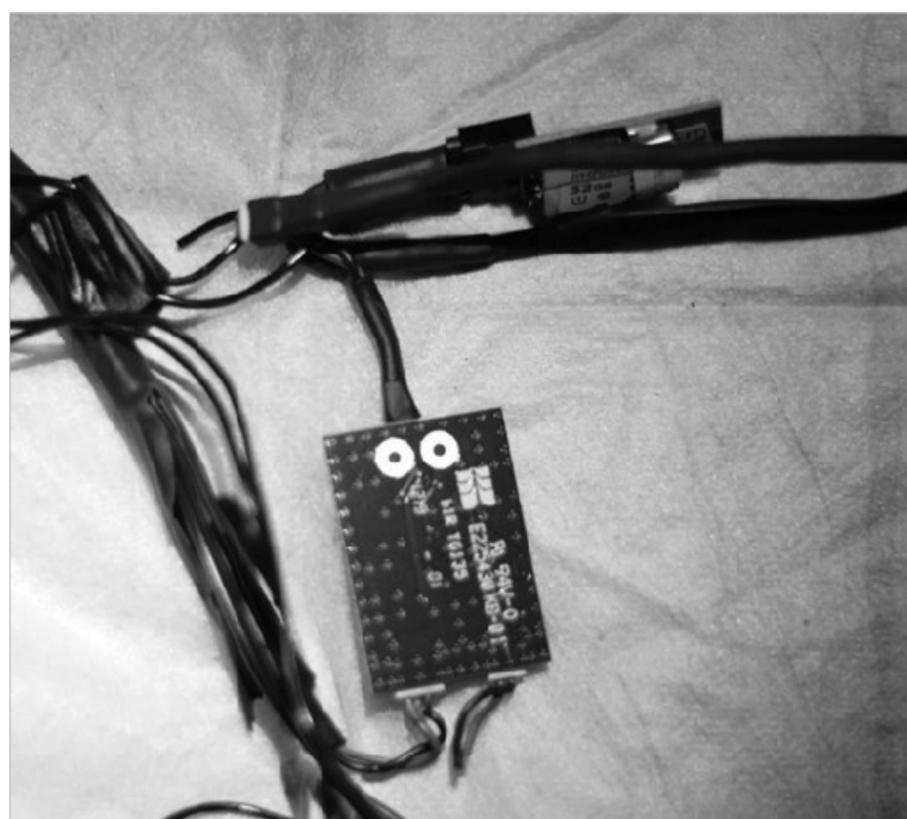
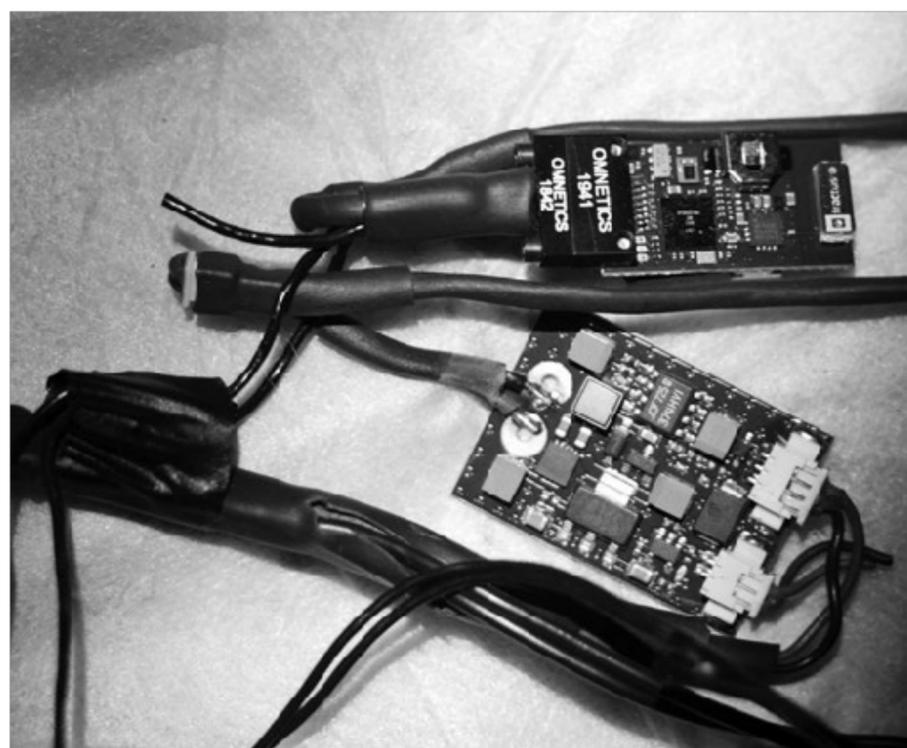
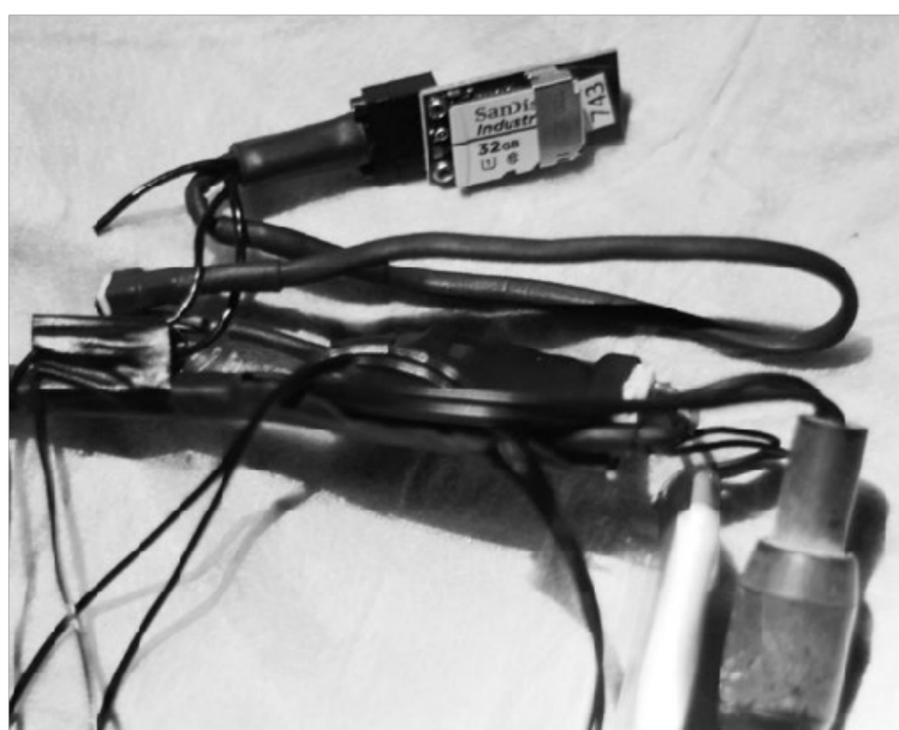
Die kleinere Einheit enthält einen Spannungswandler, einen Lithium-Ionen-Akku mit 3,7 V und 550 mAh und eine kleine Platine. Die Einzelteile sind mit Schumpfschlauch verbunden. Auf der kleinen Platine befindet sich u. a. eine 32 GB große microSD-Karte und die Antenne „NN01-104“ der Firma Ignion (ehemals „Fractus“), die auf das 2,4-GHz-Frequenzband ausgelegt ist und damit etwa Bluetooth- oder WLAN-Signale senden und empfangen kann. Mobilfunktechnik ist nicht vorhanden, es ist aber denkbar, dass Audiomitschnitte per WLAN oder Bluetooth an das größere Gerät

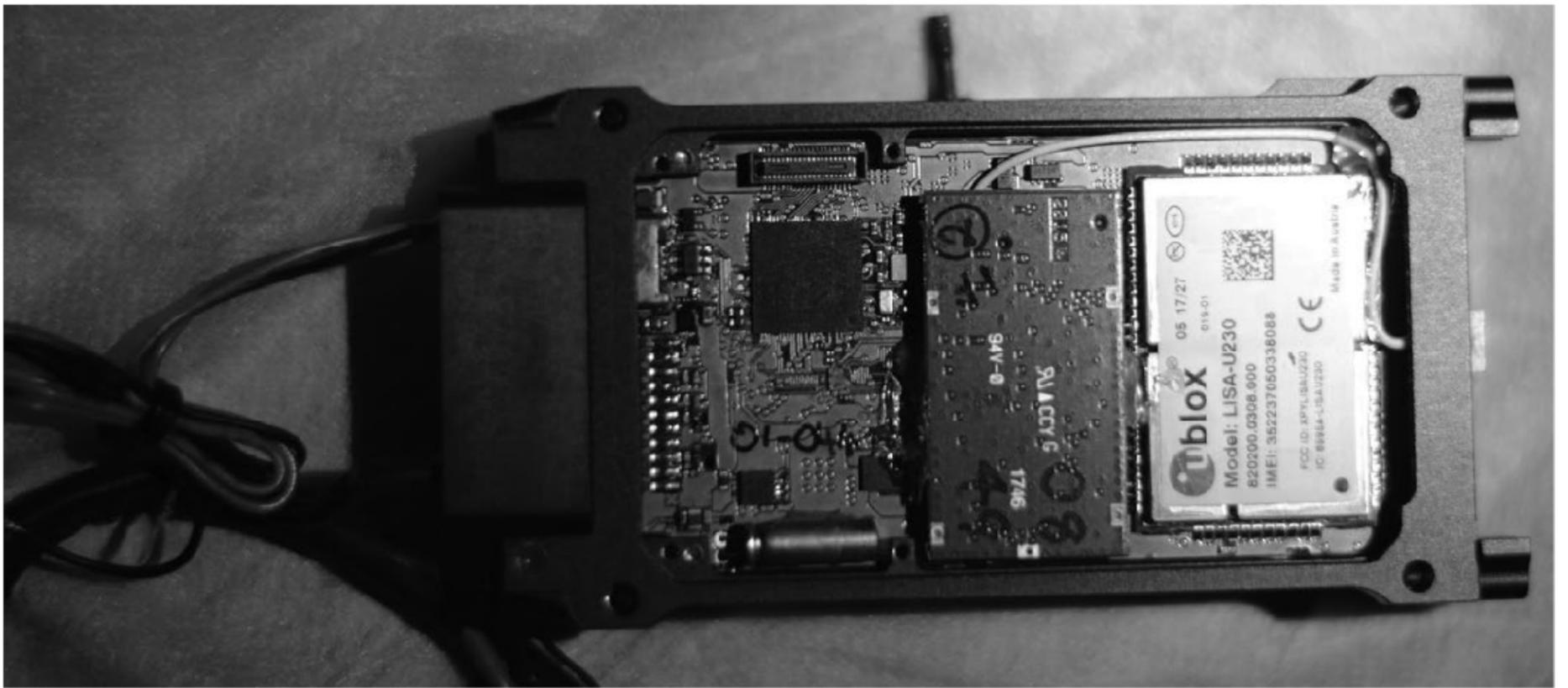
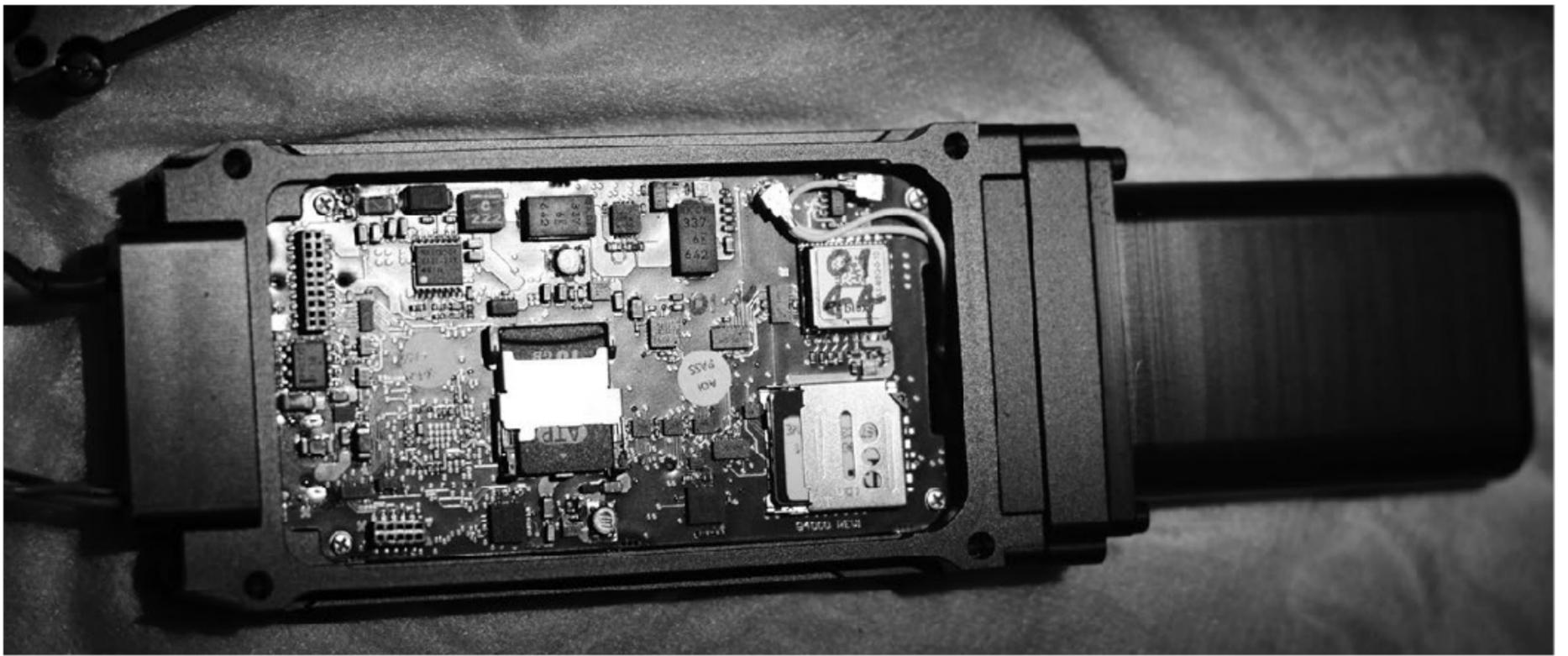
übermittelt und von dort versendet wurden, oder womöglich aus naher Entfernung über WLAN oder Bluetooth abgerufen wurden.

Das Verwanzen von Autos ist meist Teil umfangreicherer Überwachungsmaßnahmen. In vergangenen Fällen folgten auf die Enttarnung von Überwachungsmaßnahmen nicht selten direkt Hausdurchsuchungen. Macht euch bewusst, dass Überwachung uns alle treffen kann, und lest und lernt von anderen Fälle aufgeflogener Überwachungsmaßnahmen von Polizei und Verfassungsschutz:

- GPS-Tracker in Leipzig 2013 und weiterer Fund kurz darauf
- GPS-Tracker in Schleswig-Holstein 2013
- Kamera in Leipzig 2014 und weiterer Fund kurz darauf
- GPS-Sender und Abhörgerät in einem Auto, Athen/Berlin 2020

Räumt eure Wohnungen auf, checkt eure Autos und beobachtet sorgsam eure Umgebung! Falls ihr selbst überwacht wurdet, informiert potenzielle weitere Betroffene! Beteiligt euch nicht an Spekulationen und redet nicht mit den Cops. Anna und Arthur halten's Maul!





Kieswerk geht in Flammen auf

4.11.2021: Oberhaching - Im Kieswerk an der Oberhachinger Lanzenhaarer Straße ist in den frühen Morgenstunden ein Feuer ausgebrochen. Die Polizei geht Brandstiftung aus. Gegen 5 Uhr morgens wurde die Wehr über die Brandentwicklung im Kieswerk informiert. Teile der Förderanlage und Baumaschinen wurden in Brand gesetzt, informiert die Polizei. Beinahe wurde das ganze Kieswerk zerstört, da sich das Feuer entlang des Förderbandes ausbreitete. Feuer in Oberhaching: Intensive Löscharbeiten - Eine Million Euro Sachschaden Dies konnte von den Einsatzkräften durch die Vornahme mehrerer Rohre, u. a. über zwei Drehleitern, gerade noch verhindert werden. Bei Ankunft der Kräfte hatten sich die Flammen durch die brennbare, ca. 1,50 Meter breite Gummiauflage bereits auf die komplette Länge des Förderstrangs ausgebreitet. Durch die intensiven Löscharbeiten von Feuerwehr und Brandfahndung konnte der Brand rund eine Stunde später gelöscht werden.

Der Schaden beläuft sich auf rund 1 Million Euro. Nach den ersten Ermittlungen ergaben sich Hinweise auf eine vorsätzliche Brandstiftung, weshalb diese noch vor Ort durch die Münchner Kriminalpolizei übernommen wurden. Eine sofort eingeleitete polizeiliche Fahndung blieb bislang ohne den gewünschten Erfolg. Brand in Kieswerk: Waren politische Motive im Spiel? Die Kriminalpolizei ermittelt in alle Richtungen zur genauen Brandursache, es werden noch umfangreiche Spurensicherungsmaßnahmen durchgeführt. Auch politische Motive werden nicht ausgeschlossen, weshalb auch der Staatsschutz in die Ermittlungen involviert ist. Im Landkreis hatte es bereits im August in einem Kieswerk gebrannt. Zusammenhänge mit anderen Brandfällen sowie etwaige politische Motive geprüft.

<https://www.merkur.de/lokales/muenchen-lk/oberhaching-ort29194/oberhaching-brandstiftung-im-kieswerk-91092071.html>

600 Meter Förderband in Kiesgrube gehen in Flammen auf



Rund eine Woche lang stoppte der Kiesabbau im Forst Kasten, nachdem bei einem Feuer rund 600 Meter des zum Kiestransport genutzten Förderbands zerstört wurden. Eine Million Euro Sachschaden soll zudem durch das Feuer entstanden sein. Längst ist der Schaden nicht wieder repariert. Zum Kiestransport in das mehrere Kilometer entfernte Kieswerk müssen nun zehn Lastwagen eingesetzt werden, bis das Förderband wieder erneuert ist, womit in frühestens zwei Monaten gerechnet wird.

Das zerstörerische Feuer brach in der Nacht auf Dienstag, den 3. August aus. Als die Feuerwehr gegen 04:30 Uhr alarmiert wurde, konnte sie nur noch Schadensbegrenzung betreiben. Auf einer Länge von rund 600 Metern stand das Förderband in Flammen, die starke Rauchentwicklung erschwerte die Löscharbeiten. Sie dauerten mehr als 5 Stunden an, auch weil es in einer Kiesgrube nicht so einfach ist, an Löschwasser zu kommen. Die Bullen gehen mittlerweile von Brandstiftung aus. Unmittelbar an die Kiesgrube angrenzend, in der sich der Brand ereignete, befindet sich der

„Forst Kasten“, um dessen geplante Rodung sich bereits in der Vergangenheit Protest in Form von Baumbesetzungen und Kundgebungen geregt hatte. Und auch sonst genießt das Unternehmen „Glück“, das die Kiesgrube betreibt, keinen sonderlich guten Ruf in der Nachbarschaft.

Kein Wunder, zerstört es doch seit Jahren schon die angrenzenden Waldflächen. Einige der selbsternannten Sprecher*innen des jüngsten Protestcamps im Forst Kasten distanzieren sich übrigens von dem Brand in der Kiesgrube, der im Gegensatz zu dem von ihnen veranstalteten politischen (Wahl)Spektakel (bei dem auch Politiker gern gesehene Gäste waren und einer Vereinnahmung durch diese nur dann entgegengetreten wurde, wenn sie der falschen Partei angehörten), den Kiesabbau und damit die ökologische Zerstörung für eine Zeit lang zu stoppen vermochte.

Sie betonen, dass sie nur „friedlichen“ Protest anzuzetteln beabsichtigen würden. Manchmal jedoch, da läuft die Wut der Menschen aus dem Ruder und lässt sich von irgendwelchen Bewegungsstrateg*innen, die ausschließlich ein Interesse daran haben, das Bestehende zu erhalten, nicht länger auf die ritualisierten, ebenso wie in aller Regel nutzlos bleibenden Formen des Protestes einengen. Auf dass sich die Wut der Menschen mehr noch auf unkontrollierte Weise Bahn brechen möge und sich in unintegrierbaren und unvereinnahmbaren Angriffen gegen das Bestehende äußere!

Aus Zündlumpen Nr. 85

Greenwashing der Atomenergie

Noch nie seit Beginn der Industrialisierung wurde so viel Kohlendioxid in der Atmosphäre nachgewiesen wie im vergangenen Jahr. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr ist sogar noch höher ausgefallen als die durchschnittliche Zunahme in den vergangenen zehn Jahren, so die Weltorganisation für Meteorologie. Die Verlangsamung der Wirtschaftsaktivitäten durch die Corona-Pandemie war nur ein kurzzeitiger Effekt und ist längst durch einen deutlichen Wiederanstieg der Treibhausgasemission in der Atmosphäre kompensiert.

Die weltweit ergriffenen und angestrebten Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels reichen nicht aus. Die Energiewende verläuft nach Einschätzung der Internationalen Energieagentur (IEA) weltweit viel zu langsam. Mit den derzeitigen Plänen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen gelänge der Weltgemeinschaft bis zum Jahr 2050 gerade einmal eine Verringerung von 40 Prozent (statt der im Pariser Abkommen von 2015 geplanten 100%). Dies würde den globalen Temperaturanstieg bis Ende des Jahrhunderts im günstigen Szenario auf 2,1 Grad begrenzen. Im ungünstigen Fall berechnen die Wissenschaftler*innen eine Erwärmung um 2,6 Grad im Vergleich zu vorindustrieller Zeit, mit womöglich katastrophalen Folgen.¹ Um das eigentlich angestrebte 1,5-Grad-Ziel noch halten zu können, müsste die Welt die jährlichen Treibhausgas-Emissionen in den nächsten acht Jahren halbieren.

Renaissance der Atomkraft

Im frischen Wind dieser dringend notwendigen Dekarbonisierung erlebt eine grün-gewaschene Atomenergie neuen Zuspruch. Im aktuellen französischen Wahlkampf überbieten sich die Kandidaten und Kandidatinnen in ihren Plänen für die Atomkraft. Die rechtspopulistische Marine Le Pen will sechs neue AKW bauen und im Gegenzug Windräder demontieren. Der aufstrebende rechtsextreme Eric Zemmour will gleich zehn neue Meiler errichten. Auch der französische Präsident Macron kündigte im Oktober zur Unterstützung der ökologischen Wende die Förderung kleiner modularer Atomreaktoren SMR (Small Modular Reactor mit einer Leistung zwischen 25-500 Megawatt) an: „Ohne Atomkraft kann Europa seine Klimaziele nicht erreichen“¹. Bis 2030 will er eine Milliarde Euro in die Technik der Mini-AKW investieren. Benötigt werden diese Reaktoren seiner Meinung nach für eine dekarbonisierte Wasserstoffherzeugung. Bei der Erzeugung von Wasserstoff als Energieträger gehen 2/3 der ursprünglich aufgewendeten Energie verloren. Nur 1/3 kann am Ende z.B. in Wasserstoff betriebenen Motoren genutzt werden. Im Schnitt benötigt ein Brennstoffzellenfahrzeug die 2,5-fache Menge an Strom, um die gleiche Strecke zurückzulegen, wie ein Batterie-betriebenes Fahrzeug.

In einem Aufruf, der parallel in mehreren europäischen Zeitungen erschien, verlangten der französische Wirtschafts- und Finanzminister Le Maire und weitere Minister aus Rumänien, Tschechien, Finnland, der Slowakei, Kroatien, Slowenien, Bulgarien, Polen und Ungarn ein klares Bekenntnis der EU: „Kernenergie muss wie alle anderen kohlenstoffarmen Energiequellen behandelt werden.“ Das Gütesiegel „Do No Significant Harm“ (kurz: DNSH) sollen Technologien erhalten, die eine starke Verminderung der Treibhausgase ermöglichen und zugleich keine signifikanten neuen Umweltschäden anrichten. Ob die Kernkraft das DNSH-Kri-



terium erfüllt, darüber wird aktuell gestritten. Die EU-Kommission hat die DNSH-Frage zunächst an ihren wissenschaftlichen Dienst, das Joint Research Centre, weitergereicht. Dessen Gutachten fiel im Juli dieses Jahres zugunsten der Kernenergie aus.²

Auch die Britische Regierung hat im Oktober den Bau neuer Atomkraftwerke angekündigt um CO₂ einzusparen. Ab 2030 will Rolls-Royce neu entwickelte Mini-Atomkraftwerke bauen und hat sich hierfür Entwicklungsgelder in dreistelliger Millionenhöhe gesichert. 84 Reaktoren seien derzeit in 18 Ländern im Bau, so die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA), insgesamt werden 70 verschiedene Typen der Mini-Atomkraftwerke entwickelt. Russland hat mit der „Akademik Lomonossow“ das erste SMR-Kraftwerk entwickelt - gleich ein schwimmendes. Es liegt im Nordpolarmeer vor Anker, unweit Stadt Pelenek.

Es gibt kaum noch Zweifel, dass die EU-Kommission die Kernkraft als „grüne“, nachhaltige Energie einstufen wird. Mit der sogenannten „Taxonomie“ (eine Art Nachhaltigkeitslabel) legt Brüssel fest, welche Technologien mit den Klimazielen der EU vereinbar und damit förderungswürdig sind. Damit wäre der Weg für Investitionen in neue Atomkraftwerke frei. Die Entscheidung der Kommission wird im Dezember erwartet. Beim letzten EU-Gipfel Ende Oktober hatten sich zwölf Staaten, geführt von Frankreich, für die Aufnahme von Atomenergie in die Taxonomie ausgesprochen. Die Gruppe der Gegner umfasst dagegen nur fünf Staaten, darunter Deutschland. Doch selbst in Deutschland, wo nach dem Super-GAU in Fukushima 2011 der „endgültige Ausstieg“ aus der Atomkraft besiegelt wurde, mehren sich rechtskonservative Stimmen, die ‚klima-bewusst‘ eine Revival der Atomenergie fordern. 2022 sollen die letzten Meiler abgeschaltet werden. Jetzt – im Zuge eines (halbherzigen) „Kohleausstiegs“ bis 2038 – wollen einige den atomaren Rückwärtsgang einlegen. Ein CDU-Positionspapier des Bundesausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern erwägt die Rückkehr zur Kernkraft. Das ist Wasser auf die Mühlen des konservativen Parteiflügels: Man wolle „Technologie-offen“ bleiben. Auf der Liste der Unterstützer*innen dieser Idee steht unter anderem die eingangs erwähnte internationale Energieagentur IEA, die Subventionen für die nukleare Energieerzeugung fordert. In ihren Analysen wird die Atomenergie in einem Zug mit erneuerbaren Energien als klimafreundliche Energiequelle genannt.

Das ist nachweisbar unsinnig. Nur wer den Blick auf den reinen Reaktorbetrieb einschränkt, kann ein AKW klimagasfrei nennen: Wenn die ge-

samte Kette Bergbau, Aufbereitung, Anreicherung, Transport, Kernspaltung berücksichtigt wird, entspricht der Klimagasausstoß eines AKW dem eines Gaskraftwerks – das ungelöste Entsorgungsproblem noch nicht mal eingerechnet.

Um Kohle, Öl und Gas zu ersetzen, müssten hunderte AKW gebaut werden. Beim derzeitigen Verbrauch von Uran beträgt die Kapazität nur einige Jahrzehnte. Kommen hunderte neuer Anlagen dazu entsprechend weniger. AKW werden für Laufzeiten von etwa 40 Jahren kalkuliert – wenn viele neue Anlagen hinzukommen, geht diese Rechnung nicht mehr auf.

Der sogenannte ›energy cliff‹ beschreibt den Moment, bei dem zur Herstellung eines Brennstoffes genauso viel Energie investiert wird, wie

dieser dann freisetzen kann. Beim Uran ist die kritische Stelle der Abbau. Ab einer Konzentration von 0,04% Uran im Erz ist der cliff erreicht: Bei niedrigerer Konzentration ist es wirtschaftlicher, die Energie, die in den Abbau gesteckt wird, direkt zu nutzen und das Uran in der Erde zu lassen. Aktuelle Minen bauen bereits Erz mit weniger als 1% Urangehalt ab – der cliff ist nicht mehr weit. Ergo: Atomenergie als Lösung des Klimawandels zu propagieren ist Augenwischerei.

Eine politisch geförderte Rückkehr des Dinosauriers der Atomenergie als sogenannte ‚Brückentechnologie‘ wäre ein GAU für die Klimabewegung. Diese muss nun neben dem intensiven Widerstand gegen eine verlängerte Kohleverstromung ebenfalls deutlich machen, dass jede nukleare Option an ihrem heftigen und breiten Widerstand scheitern wird.

[K] Feuer für Strabag

Dokumentation:

„Wir haben heute Nacht (28.11.2021) den Strabag Standort in Köln angegriffen und diesen um ein Auto erleichtert.

Als Ziel haben wir Strabag ausgewählt, weil das Unternehmen seit Jahren von der Klimakrise profitiert und diese auch maßgeblich mitverursacht, da sie deutschlandweit Autobahnen bauen und unter anderem am Bau der A49 beteiligt sind. Für den Bau dieser Autobahn muss ein Teil des Dannenröderforsts weichen. Auch dort haben wir wieder gesehen wie sich der Staat mit brutalen Mitteln gegen die Interessen der Bürger:innen und für den Profit der Großkapitalist:innen entscheidet.

Seit dem 01.10. läuft in ganz Deutschland die heiße Phase der Rodungs-saison an. Dutzende Waldbesetzungen und Freiräume, welche sich gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur stellen sind hier bedroht.

- Ob Osterholz, Moni oder Lützerath: Wir bleiben alle!
- Wir werden die Angriffe auf unsere Wälder nicht unbeantwortet lassen . . .
- Freiheit für Ella!
- Freiheit für alle Gefangenen!
- Für die Anarchie!“

anonym

Von einer Schwachstelle zur nächsten

Auf einer mikroskopischen Ebene kann die Zerstörung von Autonomie (die Reduzierung von Räumen um sein Leben selbst zu bestimmen) durch die Einführung von immer mehr technologischen Prothesen nur einer beißenden Verzweiflung Platz machen. Eine Empfindung welche mit dem Grad an Geringschätzung und Abnutzung, dem man unterworfen ist, entspricht. Das Rad des Fortschritts dreht sich immer schneller. Früher konnten breite Umwälzungen in der Gesellschaft mehrere Generationen umfassen. Heutzutage scheint es manchmal, dass man mit dem Abstand von einer Generation nicht mehr in der selben Welt geboren wird. Die Geschwindigkeitsexplosion bedarf einer außergewöhnlichen Fähigkeit der Menschen sich anzupassen. Als Erwiderung darauf gibt es eine ganze Spannweite funktionaler „Defekte“ gegenüber der Welt. Das kann sich zum Beispiel in neurotischen oder körperlichen Krankheiten niederschlagen. Menschliche Wesen leben nicht isoliert im Weltraum sondern bewohnen tatsächlich diesen Planeten. Jede Anpassung an ihren „Lebensraum“ beeinflusst ihre Möglichkeiten und Fähigkeiten zu reflektieren, aber auch zu fühlen und zu handeln. Das ist natürlich kein Privileg der hyper-technologischen Gesellschaft, die wir heutzutage kennen. Man könnte sagen, dass jede Zivilisation auf diese Art funktioniert. Somit er-

fordert die Frage mehr Tiefe: Von welchem Punkt an führt die Anpassung an einen Lebensraum zu einem Autonomieverlust, zu einer Unterdrückung von Freiheit? Wenn nicht jede Anpassung an sich gegensätzlich zu Freiheit ist? Aber das sind Fragen welche die bescheidene Reflexion dieses Artikels überschreiten.

Nehmen wir ein bisschen Abstand von Alltag und versuchen auf einer makroskopischen Ebene zu denken. Die Expansion des techno-industriellen Molochs – welches wir wie Lewis Mumford die „Megamaschine“ nennen könnten – scheint mit einem Anstieg seiner Verletzbarkeit einher zu gehen. Wenn die Systeme komplexer sind und die Techniken komplizierter werden, sind sie auch verletzlicher für einen simplen Zusammenbruch, einen Unfall, ein unvorhergesehenes Ereignis. Denn dieses hat nicht nur einen Effekt auf eine isolierte Komponente, sondern auf das ganze System. Oder wie es Günther Anders zusammenfasst: „Je größer die Maschine, desto ernsthafter gefährdet sind die Teile, welche vor ihrer Fusion mit der größeren Maschine alleine operiert haben.“ Und er schlussfolgerte logisch, dass „je größer der maschinelle Komplex ist, die Katastrophe desto größer ist, wenn der Komplex zusammenbricht.“ Natürlich ist das eine

Theorie – oder eher eine Beobachtung – welche sich die Ingenieure des Systems seit einer langen Zeit zu Herzen genommen haben. Die Fragilität von Datennetzwerken, die Abhängigkeit von einem zentralen Stromnetz, die just-in-time-Produktion welche auf die Begrenzung von Vorräten abzielt, die Vernetzung von Systemen (sogar die lebensnotwendigsten wie die Trinkwasserversorgung hängt vom richtigen Funktionieren von elektronischen Pumpen ab); all dies inspiriert weiterhin tausende Studien, Projekte und Strategien um die „Resilienz“ des Systems zu erhöhen. Aber nicht ohne im Angesicht des technologischen Fortschritts bitterlich zu bemerken, dass es dem Versuch gleich kommt ein Loch dadurch zu stopfen, dass man den Wasserhahn aufdreht.

Die Fragilität der Megamaschine ist nun Teil des Diskurses über den „Kollaps“. Die neue Hypothese ist, dass das technologische System auf Grund verschiedener Gründe, – die von einem Mangel an Energieressourcen bis hin zu Klimaveränderungen reichen – in Richtung eines totalen Versagens steuert. Wir wollen keine „katastrophische“ Version des Systems, welche ein paar Ausnahmen ausgenommen, sich als nützliche Verteidigung des gegenwärtigen Systems erweist. Der Katastrophismus bewirbt nur Vorbereitungen für das Überleben, während man auf die drohende Flut wartet, anstatt sich auf Angriffe oder Aufstände zu konzentrieren (auch in seinen anti-autoritärsten Formen). Nichtsdestotrotz müssen alle Aspekte beachtet werden. Erst dadurch, dass wir die Welt in ihrer Ganzheit betrachten, können unsere Perspektiven relevant werden. Und nicht dadurch nur Luftschlösser zu bauen oder mit unseren Tagträumen über die ewigen Rebell*innen zufrieden zu sein. Es ist zumindest lächerlich über Aufstände zu reden ohne die Frage der Metropolen, des Klimawandels, der kulturellen Abflachung, des brodelnden religiösen Hasses oder des sozialen Kannibalismus zu beachten. Das Nachdenken über anarchistische Kritiken der Macht kann, wie auch immer sie aussehen mögen, eine unerwartete Tiefe über die Frage der Autonomie und Freiheit annehmen, wenn man mit der Beschleunigung von zerstörerischen klimatischen Ereignissen und dem frenetischen Rennen eines wütenden Industrialismus konfrontiert ist. Das hängt auch davon ab, dass die Anarchie den Balast der alten Skelette los wird, welche dieser immer noch anhängen – alle Arten von Programmen, die Angst vor dem Unbekannten, der von den Linken ausgeliehene Viktimismus, vom marxistischen Materialismus ausgeliehener Determinismus etc.

Es liegt noch ein langer Weg vor uns. *„Wir dürfen uns nicht wundern, dass der Machtkomplex in mehr als einer Ära schwerwiegende Veränderungen durchgemacht hat. Obwohl er gegenüber jedem Frontalangriff immun ist, außer dem eines Machtsystems von gleicher Größe, sind diese Giganten besonders verletzlich für gezielte Guerillaangriffe und -überfälle, gegen welche ihre Massenformationen so hilflos sind wie es der schwer bewaffnete Goliath gegen den flinken David war, welcher sich entschied nicht die selben Waffen zu wählen oder die selben Stellen der Anatomie anzugreifen.“* (Lewis Mumford, „Der Mythos der Maschine“ 1970)

Wie steht es also mit der Verletzbarkeit der Megamaschine? Ist sie echt oder ist sie einer der vielen Gespenster, der ein Reisegefährte der Revolutionäre war? Es gab die Märchen von der historischen Mission des Proletariats, von den inhärenten Widersprüchen des Kapitalismus, vom kommenden Erwachen der noch schlafenden Massen, von der Revolution als „Großer Abend“, vom progressiven Verschwinden von Massakern und

Hass innerhalb Menschheit, von der durch Kriegen und Katastrophen verursachten Katharsis.

Genug Gründe um vorsichtig zu sein. Eine weitverbreitete Revolte wie die in Chile 2019 führte nicht zum offenen Aufstand. Die Erhebungen in der arabischen Welt wurde in Blut erstickt und haben den Weg für neue Monster geöffnet. Die Multiplizierung der Angriffe auf Funkmasten oder Glasfaserkabel verursachte keinen staatlichen oder ökonomischen Zusammenbruch. Das heißt nicht zu verneinen, dass Schläge ausgeführt wurden. Sicherlich, sie waren nicht tödlich, aber sie haben ihr Potential gezeigt, genauso wie ihre Mängel. Also lasst uns die Fragilität untersuchen, welche hier nicht synonym mit „sozialer Revolution“ benutzt wird, sondern viel eher mit Möglichkeiten der Freiheit oder einer stattfindenden Ausbreitung von Chaos, sei dies „gut“ oder „schlecht“.

Und zu diesem Ziel, betrachten wir eines der Rückräder der Megamaschine genauer: Das Stromnetz. Am 9. Januar 2021 um 14:04 leuchteten die Alarmsysteme rot auf, als das europäische Stromnetz einen scharfen Abfall in den Frequenzschwankungen der andauernden Zufuhr sieht (50 Hertz) [im Nord-Westen, das Gegenteil passierte im Südosten]. Der Grund für diese Frequenzabweichung ist immer noch nicht sicher, es liegt aber wahrscheinlich an dem Ausschalten eines Schutzschalters (Unfall, Fehlverhalten, Sabotage. . . keine Klärung in dieser Frage) in einem Umspannwerk in Kroatien. Das europäische Stromnetz ist von Warschau bis Paris verbunden und von Istanbul bis Kopenhagen. Und damit dieses Netzwerk funktioniert, bedarf es einer stabilen Frequenz. Das Gleichgewicht zwischen Zufuhr und Bedarf an elektrischer Energie muss zu jeder Zeit garantiert sein. Das Netz handhabt die Schwankungen dadurch entweder zeitweise die Produktion von Elektrizität zu reduzieren oder zeitweise mehr Elektrizität zu liefern oder den Verbrauch zu reduzieren, besonders bei riesigen Abnehmern.

Um das Netz zu stabilisieren wurden deswegen im Januar 2021 ganz schnell mehrere große Industrieanlagen abgetrennt (besonders in Italien, Frankreich, Österreich, Rumänien etc.). Aber auch mehrere Hochspannungsleitungen wurden abgetrennt (14 insgesamt), da sie nicht den richtigen elektrischen Druck aufrechterhalten konnten und da die Spannung schnell einen andere Weg zu anderen Leitungen finden wird, kann dies zu Überspannung führen. Also ist die Gesamtheit der Leitungen des Stromnetzes vom Risiko eines Schneeballeffekts bedroht. Auf österreichischer Seite sprach der Sprecher des Elektrizitätsnetzwerkes EVN von einem „beinahe Blackout“. Der Vorfall erreicht das dritte von vier Warnstufen der europäischen ENTSO-E Klassifizierung („Notfall – Verschlechtertes Situation, Netzaufteilung auf großer Ebene eingeschlossen. Hohes Risiko für benachbarte Systeme. Sicherheitsprinzipien werden nicht erfüllt. Globale Sicherheit ist gefährdet.“) Auf ihrer Seite prahlt der französische Netzbetreiber RTE mit ihren „Verteidigungsbarrieren“, welche daraus bestehen die Verbindung zu zwei großen industriellen Zonen getrennt zu haben und mehr Elektrizität durch Gaskraft- und Wasserkraftwerke zugeführt zu haben. Was sicher ist, ist dass das europäische Netz – ein Gigant, welcher die Bezeichnung der Megamaschine verdient – verletzlich ist, besonders wegen seiner Größe und Zentralisierung.

Lasst uns auch die neuen Energiequellen erwähnen (Windkraft und Solaranlagen): Sie können per Definition nur zeitweise Strom liefern und deswegen all diese Schwankungen der Frequenz nicht ausgleichen und

auf plötzliche Anforderungen antworten. Sie können nicht ohne die Unterstützung der „konventionellen“ Elektrizitätsproduktion funktionieren (wie Kohle oder Gaskraftwerke). Ihre Vermehrung ist deswegen ein weiteres Element der Instabilität und Fragilität für das elektrische Netz. Um das zu verbessern, werden überall ein paar wenige Mega-Batterien gebaut. Sie seien im Fall fähig Elektrizität zuzuführen. Aber ihre Effektivität ist noch fraglich. In Frankreich begann RTE gerade im Sommer 2020 diese Mega-Batterien in Vingeane (Côte d'Or), Bellac (Haute-Vienne) und Ventavon (Haute-Alpes) zu bauen, zusätzlich zu ihren Projekt eines Wasserkraftwerkes für die Produktion und das Speichern von Energie in Fos-sur-Mer (Bouches du Rhône).

Dieser „Vorfall“ in einem schlichten lokalen Trafoumspannwerk mit ernsthaften Konsequenzen, erinnert uns an eine eher laut widerhallendes Ereignis auf der anderen Seite des Ozeans. Am 17. April 2013 um rund 1 Uhr morgens, öffnet jemand den technischen Tresor neben einer Trafostation in Coyote (Kalifornien) und zerschneidet Glasfaserkabel. Es braucht einen Moment bis dies die Betreiber bemerken. Zehn Minuten später wird ein anderer Glasfaserkabelstrang in einem nahen Gullydeckel durchtrennt. Dreißig Minuten verstreichen bis die Überwachungskameras ein fernes Leuchten aufzeichnen. Die Ermittler glauben, dass dies ein Signal von einer Taschenlampe war. Kurz danach um 1:31 a.m. kriegt eine Polizeistation einen Anruf von einem Betreiber der Energiezentrale, der Schüsse gehört hat. Die Polizei kommt 10 Minuten später, aber alles ist wieder normal. Sie kommen eine Minute nachdem ein weiteres Signal per Taschenlampe das Ende des Angriffs markiert. Auf was haben die mysteriösen Angreifer geschossen? Auf die großen Transformatoren dieses Umspannwerks. Das sind einfache Gegenstände, nichts weiter als Kupferspiralen in Metallgehäusen. Wegen der Hitze, die sie produzieren, haben sie auch Tanks mit Kühlflüssigkeit. Es waren genau diese Tanks auf welche die Schüsse zielten. Nachdem sie mit hunderten Schüssen durchlöchert waren, begann die kostbare Flüssigkeit herauszulaufen. Die Bullen bemerkten nicht, dass 200.000 Liter Öl langsam ausliefen. Nach einer kurzen Weile, überhitzten die Transformatoren und explodierten. 17 von 21 Transformatoren des Umspannwerks waren außer Gefecht. Einer oder zwei weitere hätten Kalifornien sofort in Dunkelheit gehüllt. Bei diesem Anlass konnte die Elektrizitätsfirma schnell den Strom um das Umspannwerk herum umleiten. Das Silicon Valley bekam weiterhin Elektrizität, aber wurde gebeten seinen Stromverbrauch für den Tag zu begrenzen. Es dauerte 27 Tage um den Schaden zu reparieren. Wie das FBI selbst zugab: „Es braucht keinen sehr hohen Grad an Training oder Zugang zu Technologie um diesen Angriff auszuführen.“ Wenn mehrere Unterstationen im gleichen Zeitraum angegriffen werden würden und ein Umleiten verhindert werden würde, wäre es eine ganz andere Geschichte.

Bezüglich des Themas „Blackout“ warnten Ingenieure und Offiziere vor der Fragilität des Netzes in einem kürzlichen Report der Schweizer Militärzeitung (Nummer 5, 2018). Sie entwickelten mehrere hypothetische Szenarios – ihre Schlussfolgerung? Den Grund eines Zusammenbruchs des Stromnetzes beiseite gelassen, geht es in groben Zügen ungefähr so: Wenn das Blackout nicht länger als einen Tag andauert, geht die Wiederherstellung schnell. Wenn das Blackout länger als 48 Stunden dauert, wird die Wiederherstellung des Netzes unwahrscheinlich oder sogar unmöglich. Die ganzen Instrumente welche die Netzwerke kontrollieren, werden selbst von Elektrizität betrieben und haben nur eine Selbstständigkeit von 2 bis 5 Tagen. Wenn sie erst einmal keine Batterie haben, muss jemand los

um sie mitsamt des Restes des Netzwerkes zur selben Zeit wiederzuzustarten. Deswegen ist externe Unterstützung notwendig, wenn das Netz nicht nach 5 Tagen wiederhergestellt ist. Im Fall dass ein Blackout nur regional ist, können Notfall- und Reperaturteams zum Ort entsandt werden. Wenn es national oder kontinental ist, kann die Situation andauern und sogar für das ganze Netz fatal sein.

Ein anderes Beispiel, dieses Mal aus der digitalen Welt. Am 10. März 2021 bricht ein Feuer im Rechenzentrum von OVH in Straßburg aus. Die Privatfirma OVH ist der größte Webanbieter in Frankreich. Das Feuer begann angeblich im Keller des Gebäudes, wo die elektrischen Versorgungsanlagen sind. Die Firma gibt an, dass ein Wechselrichter (welcher die elektrische Frequenz verändert) Feuer gefangen hat. Diese Begründung hört sich schlüssig an, außer dass den Berichten der Angestellten und Feuerwehrleute zu Folge sich das Feuer extrem schnell ausgebreitet hat. Das könnte auf mehrere Brandherde hindeuten. Jeder kann über den Ursprung des Feuers spekulieren, die Autoritäten können mitteilen, was ihnen passt (es ist immerhin der wichtigste Anbieter Frankreichs, Speerspitze der Rechenzentren) aber ein weniger „unfallartiger“ Grund bleibt plausibel. Darüber hinaus gibt es weltweit sehr wenige Beispiele für Rechenzentren welche durch technische Defekte in Flammen aufgingen. Dies gesagt, sei es Versagen oder etwas anderes, das Ergebnis war sehr „handfest“ (Verzeihung für das Benutzen eines so antiquierten Wortes in dieser virtuellen Welt).

Hunderttausende Webseiten gingen offline, riesige Datenmengen von Firmen und Behörden wurden verloren. Wie eine Mini-apokalypse in der Cloud. Es ist nicht einmal notwendig ins Detail zu gehen um die Verletzbarkeit der digitalen Megamaschine zu verstehen. Ein bedeutender Teil hängt von einer einzelnen, physischen Infrastruktur ab. Diese hängt selbst von der ununterbrochenen Verbundenheit von Glasfaserkabeln und der dauerhaften Stromversorgung ab (denn Notstromkreise können nicht das ganze Netz ersetzen). Die vergangenen Monate haben uns viele Beispiele für die Verletzbarkeit der digitalen Netzwerke gezeigt. Wir könnten an die Feuer an Funktürmen und Sendemasten denken, welche die Kommunikation von Millionen unterbrochen haben (wie im Fall des Feuers eines Funkturms in Marseille im Dezember 2020 und in Limoges im Januar 2021), oder die Sabotage von Glasfaserkabeln (wie den angriff in Crest im Februar), oder die händischen Schnitte und das Verbrennen von Glasfaserkabeln (wie in Pierrelat im selben Monat). Lasst uns wetten, dass die selbe Verletzbarkeit in allen Netzwerken gefunden werden kann, ebenso dem elektrischen, welches alles nährt, das ausbeutet, zerstört und kontrolliert. Um zu verstehen wie man einschneidend handelt, müssen wir sicherlich die Gespenster loswerden, die unsere Seele heimsuchen und verstehen (mit allem, was dies einschließt) dass wir uns auf feindlichem Territorium befinden und dementsprechend handeln müssen.

Mit Freude in unseren Körpern und Freiheit im Herzen.

Zuvor publiziert als „*D'une vulnérabilité l'autre*“ in „*Avis de tempêtes (Bulletin anarchiste pour la guerre sociale)*“ Nummer Issue 39, March 2021. Sowie in „*The local Kids*“ nr. 7 Summer 2021 als „*From one vulnerability, another*“.

Bevölkerungsmangement

Ungleichbehandlung durch BigData und Künstliche Intelligenz

Die Corona-Pandemie entfesselt derzeit verhaltensökonomische Ansätze der sogenannten *Solutionist*innen* (technologie-fixierte Problemlöser*innen). Die offensichtlichsten Ausprägungen der Kontaktreduktion in Hochinzidenzperioden sind der Boom an *zoom*-Sitzungen (virtuelle Zusammenkünfte per Videotelefonie) nicht nur im Arbeitskontext, sowie der steile Aufstieg von Lebensmittel-Lieferdiensten im urbanen Raum. Deren prominentester Vertreter in Deutschland *Gorillas* wurde in der Pandemie (August 2020) gegründet. Beides sind sogenannte digitale Plattformen, die den pandemischen Impuls nutzen, unser soziales Leben weit über die Pandemie hinaus umzustrukturieren.

Die Solutionistin* löst zu ihrer eigenen Legitimation als »Problemlöser*in« in der Regel technologisch fassbare, leichter zu lösende Ersatzprobleme, die sich der Technokrat gerne zunutze macht.

Beispiel 1: Warum sollte eine Großstadt in den teuren Ausbau nicht mehr ausreichender öffentlicher Verkehrssysteme investieren, wenn sie reichhaltige Fahrgastdaten zur Verfügung hat, um personalisierte Anreize für Fahrgäste zu schaffen, die diese von Fahrten zu Spitzenzeiten abhalten? Lösungen des eigentlichen Problems auf der Angebotsseite, wie der Bau weiterer U-Bahnlinien, sind deutlich teurer als eine (künstlich intelligente) Flexibilisierung des Fahrpreises. Diese regelt auf der Nachfrageseite dynamisch zu hohe Fahrgastzahlen in Spitzenzeiten herunter und schafft Anreize zu Zeiten von Fahrgastflauten.

Beispiel 2: Die Corona-Warn-App steht ebenfalls für eine technologie-affine Problem-Nicht-Lösung. Für die Ermittlung des Infektionsrisikos werden Dauer und Nähe eines Kontakts zwischen zwei Personen (deren Smartphones) in Bluetooth-Reichweite erfasst. Da Smartphones keine Entfernungen messen können, versuchen die App-Programmierer*innen aus der gemessenen Signalstärke der empfangenen Bluetooth-Funksignale die Distanz zwischen den beiden beteiligten Smartphones abzuschätzen. Das ist in geschlossenen Räumen (insbesondere in Bussen und Bahnen) nachweislich derart ungenau¹, dass die Kontaktnachverfolgung per Tracing-App für Gesundheitsämter schlicht unbrauchbar ist². Die Bluetooth-Technologie ist für die Abstandsmessung weder gedacht noch geeignet³. Dennoch war die Corona-Warn-App 2020 das von der Bundesregierung propagierte Herzstück der Krisenbewältigungsstrategie (bis zum Zeitpunkt der Verfügbarkeit von Vakzinen). Sie sollte neben den altbackenen Instrumenten wie Masken, Abstandsregeln und Lockdown innovative Handlungsfähigkeit und Kontrolle suggerieren.

Solutionismus bietet Lösungen für gesellschaftliche Probleme über neue Technologien, die oftmals an den Problemen vorbeigehen. Das eigentliche Problem wird zum Teil nicht einmal ansatzweise gelöst, vielmehr vertauscht der Solutionismus (bewusst) Problem und Lösung: Statt ein konkretes Problem mit einer spezifischen technischen Erfindung zu lösen, preist die Solutionist*in technische Erfindungen als Lösung für Probleme

an, von denen sie nicht weiß, nicht wissen will oder sogar verschleiern will, welcher Art und Komplexität sie sind.

Die aktuelle Corona-Krise wird zum Anlass genommen, um die Durchsetzung disruptiver Technologien zu beschleunigen – oftmals zugunsten paternalistischer Verhaltenslenkungsmuster, die schon vor 50 Jahren nicht fortschrittlich waren. Wer immer noch George Orwells »1984« als Blaupause für den neuen Typ des *Überwachungskapitalismus* bemüht, unterschätzt sowohl die Technokratie als auch ihren vermeintlich neutralen Steigbügel, den Solutionismus. Letzterer gibt vor, mit seinen »pragmatischen« Problemlösungsstrategien »post-ideologisch« zu sein. Tatsächlich ist die Radikalität, mit der Technokrat*innen den Solutionismus zum einzig denkbaren Ansatz für komplexe gesellschaftliche Probleme erheben, alles andere als unideologisch. Man muss die konsequente Art, lediglich digitale Pflaster auf die eklatantesten Wunden des krisenhaften Kapitalismus zu kleben, sehr wohl als Ideologie – nämlich als Ideologie der Politik-Vermeidung – begreifen. Mit der disruptiven Neusetzung gesellschaftlicher Strukturen macht er seinerseits (eine andere) machtvolle Politik: Technokrat*in und Solutionistin* versuchen alles, außer den Markt, zu zerstören und zu revolutionieren. Die resultierenden digitalen Plattformen sind (Un-)Orte der Isolation und Individualisierung, nicht der Kollektivität und Solidarität.

Die Coronakrise scheint noch viel mehr als die Klimakrise dazu geeignet zu sein, das technokratische Instrumentarium als Standardoption für die »Lösung« existenzieller Probleme festzuschreiben. Darüber schrumpft (selbstverstärkend) die Vorstellungskraft, eine Welt jenseits der Technokratie auch nur zu erdenken.

Insbesondere in Situationen existenzieller Angst verfangen abstrakte Versprechen politischer Emanzipation weit weniger als das reduktionistische »Versprechen« z.B. einer App, die Leuten sagt, ob sie sich sicher fühlen dürfen und wie sie ihren Alltag noch sicherer machen können. Eine post-solutionistische Krisenpolitik ist mit der voraussichtlichen Permanentisierung eines *war-on-virus* aktuell nicht in Sicht. Vielmehr machen unterschiedlich subtile Formen des Techno-Autoritarismus das Rennen.

Dieser Beitrag soll zeigen, dass insbesondere die auf künstlicher Intelligenz und BigData basierenden Ansätze des Solutionismus auf diskriminierende Ungleichbehandlung setzen. Eine gesellschaftliche Entsolidarisierung ist dabei nicht nur ein Nebeneffekt, sondern Programm.

Algorithmen

Klassischer Algorithmus

Den klassischen Algorithmus können wir vereinfacht als Abfolge von *Wenn-Dann*-Beziehungen verstehen. Schon in dieser mathematisch formalisierten Beschreibung ist kein Platz mehr für Ambivalenz, über-

1 <https://www.scss.tcd.ie/Doug.Leith/pubs/luas.pdf> und <https://medium.com/personaldata-io/inferring-distance-from-bluetooth-signal-strength-a-deep-dive-fe7badc2bb6d>

2 Das gilt ebenso für die personalisierte Form des Tracings z.B. mittels *Luca-App*.

3 <http://www.disskursiv.de/2020/11/18/solutionismus/>

geordnete Kontextabhängigkeit oder Skeptizismus – ganz unabhängig von der Übersetzung des Algorithmus in ein ausführbares Computerprogramm.

Ein Beispiel: Ein Krankenpfleger berichtet, wie sich sein Arbeitsalltag durch die Einführung einer digitalen Zeiterfassung verändert hat. Per App auf seinem Dienst-Tablet werden nun seine Ankunfts- und Abfahrtszeit bei jeder Patient*in erfasst – einfach durch Anklicken auf deren Namen im Tages-Dienstplan. Daraus wird die Pünktlichkeit, seine Arbeitsleistung im statistischen Vergleich mit anderen Kolleg*innen vermessen und das für bestimmte Pflgetätigkeiten zugestandene, mittlere Zeitkontingent neu definiert. Ein banales Programm, ganz ohne künstliche Intelligenz. Die Auswirkungen gegenüber der alten, analogen Zeiterfassung sind jedoch gravierend. Ein nachträgliches Ausgleichen unterschiedlich zeitaufwändiger Patient*innen auf dem Zettel ist nicht mehr möglich. Wenn das Waschen und Anziehen von Patient*in A schneller ging als vorgesehen, kann dieser Zeitgewinn nicht mehr für ein aufbauendes Gespräch mit der darauf folgenden Patient*in B genutzt werden. »Schieben« geht nicht mehr – Die App zwingt die Pflegekraft, den Auftrag für Patientin A vor Abreise in Richtung Patientin B (inklusive Zeitstempel) abzuschließen.

Allein die Feinvermessung der Arbeitsabläufe mündet so in eine Enteignung der Arbeitstätigkeit zugunsten einer Effizienzsteigerung – nichts Neues, sondern lediglich die digitalisierte Version der Fließbandidee. Amazon treibt das Monitoring und den Echtzeit-Performance-Vergleich seiner Mitarbeiter*innen in einem nicht-einsehbaren Ranking besonders weit. Die Intransparenz der Rangliste führt dazu, dass die Mitarbeiter*innen ihre »Selbst-Optimierung« bereits verinnerlicht haben, aus Angst, unter dem (ihren Arbeitsplatz gefährdenden) Leistungsdurchschnitt zu liegen.⁴

Statistik auf großen Datenmengen

Unter bestimmten Bedingungen lässt sich die *Wenn-Dann*-Beziehung des klassischen Algorithmus umkehren: Dies ermöglicht im Weiteren die Berechnung der zu einer erwünschten *Dann*-Folge notwendigen *Wenn*-Basis. Bei komplexeren Problemen (z.B. menschlichen Verhaltens) reißt dieser Umkehrfaden jedoch schnell ab – zu viele mögliche Parameter machen die *Dann-Wenn*-Umkehrung (für den Einzelfall) uneindeutig.

Sammelt man hingegen sehr viele Verhaltensdaten und lassen sich mehrere unterschiedliche Datenbanken verknüpfen, werden unerwünschte *Dann*-Folgen mit hoher Genauigkeit vorhersehbar und ermöglichen ein lenkendes Eingreifen in die *Wenn*-Basis. So lässt sich zumindest im statistischen Mittel ein bestimmtes Verhalten unterdrücken und anderes fördern.

Künstliche Intelligenz (KI)

Eine derzeit für das Lösen von Optimierungsaufgaben besonders vielversprechende Klasse *künstlich intelligenter Algorithmen* sind sogenannte »selbst-lernende neuronale Netze«. Diese Algorithmen »lernen« auf der

Basis von Trainingsdaten und passen »selbständig« ihre Muster (die Lösungsstrategie) dem zu lösenden Problem an. Mit jedem neuen Datensatz, auf den das zugehörige Programm angewendet wird, verändert es sich. Auch hier ein Beispiel: Amazons selbstlernende Rekrutierungssoftware versuchte auf Basis von 5.000 bereits bewerteten Bewerbungsmappen zu »lernen«, welche Muster in den Bewerber*innendaten zu einer positiven Beurteilung geführt haben können. Die Gewichtung z.B. der Abschlussnoten im Vergleich zur bereits gemachten Arbeitserfahrung und anderer Parameter für das Endergebnis der Bewertung verändert sich mit jeder weiteren Anwendung des Programms auf neue Bewerbungsunterlagen.

Die Veränderung des »selbst-lernenden« Programms hat den schwerwiegenden Effekt, dass das Bewertungsergebnis des Programms in Anwendung auf eine einzelne Bewerbungsmappe nicht mehr vorhersagbar ist. Die (veränderliche) Gewichtungen der Bewertungskriterien sind für die Betrachter*in intransparent – sie sind sogar für die Programmierer*in nicht mehr nachvollziehbar und damit auch nicht korrigierbar! Wir werden auf die Nichtnachvollziehbarkeit dieser *Wenn-Dann*-Beziehung als kritische Eigenschaft zurückkommen.

Im konkreten Fall von Amazons Rekrutierungssoftware stellte sich heraus, dass das Programm nach der Trainingsphase das Muster *männlich* für besonders erfolgversprechend hielt und fortan weibliche Bewerberinnen im Bewerbungsprozess ausnahmslos benachteiligte. Amazon musste die Software ausmustern. Ein nachträgliches Justieren der Programmparameter war nicht möglich.

Korrelation versus Kausalität

Chris Anderson (ehemaliger Chefredakteur des Technologie-Magazins *Wired*) läutete bereits 2013 in einem Essay »Das Ende der Theorie« ein. Er schrieb, man brauche keine semantische oder kausale Analyse mehr – eine statistische reiche völlig aus:

»Wir leben in einer Welt, in der riesige Mengen von Daten und angewandte Mathematik alle anderen Werkzeuge ersetzen, die man sonst noch so anwenden könnte. Ob in der Linguistik oder in der Soziologie: Raus mit all den Theorien des menschlichen Verhaltens! Vergessen sie Taxonomien, die Ontologie und die Psychologie! Wer weiß schon, warum Menschen sich so verhalten, wie sie sich gerade verhalten? Der springende Punkt ist, dass sie sich so verhalten und dass wir ihr Verhalten mit einer nie gekannten Genauigkeit nachverfolgen und messen können. Hat man erst einmal genug Daten, sprechen die Zahlen für sich selbst.«⁵

Mehr noch: Anderson diskreditierte darin *Nicht-BigData*-Ansätze wie etwa die klassische Theoriebildung in der Physik als »Schöne Geschichten-Phase einer Disziplin, die an Datenhunger litt«⁶. Beinahe könnte der Eindruck entstehen, Anderson habe recht: Die erfolgreichste Variante künstlich-intelligenter Sprachübersetzungs-Software von Google verzichtet fast vollständig auf grammatikalische Vorgaben der beteiligten Sprachen. Die Übersetzung basiert ausschließlich auf ausreichend vielen Textdaten, die in einen selbst-lernenden Algorithmus zur Sprachmustererkennung

4 <https://www.theverge.com/2019/4/25/18516004/amazon-warehouse-fulfillment-centers-productivity-firing-terminations>

5 Anderson, Chris 2013: Das Ende der Theorie. Die Datenschwemme macht wissenschaftliche Methoden obsolet, in: Geiselberger, Heinrich / Moorstedt, Tobias (Hg.): Big Data - Das neue Versprechen der Allwissenheit, Berlin: Suhrkamp. S.124-131

6 ebda, S.127

eingespeist werden. Google versucht also gar nicht erst, eine Sprache ›zu verstehen‹ – das heißt, per Abstraktion Sprachregeln abzuleiten und sich somit eine Theorie der Sprache zu erarbeiten. Stattdessen wird die Wahrscheinlichkeit einer treffenden Übersetzung ganzer Wortgruppen durch zwei Dinge erhöht: die stetige Erweiterung der Vergleichsdatenbanken bereits getätigter Übersetzungen und eine darauf basierende, sich automatisch anpassende Neugewichtung ›erkannter‹ Übersetzungsmuster. Nach Milliarden dementsprechend „übersetzer“ Texte könnten KI-Enthusiast*innen behaupten, diese erlernten Gewichte (Korrelationen) gäben eine Art ›Grammatik‹ der Sprachübersetzung wieder.

Der entscheidende Punkt ist: Diese ›Grammatik‹ ist nicht extrahierbar – die Allgemeinheit profitiert nicht in einer von der künstlich-intelligenten Maschinerie abstrahierbaren Form von diesem Übersetzungswissen. Das Wissen ist nicht von der immer größer werdenden Sprachmusterdatenbank abzutrennen: Wir lernen nichts über das Wesen der beteiligten Sprachen. Googles Übersetzungsassistent ist eine ›Black Box‹. Google häuft Herrschaftswissen an und behauptet, einen Beitrag zur allgemeinen Verständigung und zur Wissensvermehrung zu liefern – für alle frei zugänglich.

Joseph Weizenbaum, selbst KI-Pionier in den 1960er Jahren und später einer ihrer prominentesten Kritiker, warf den KI-Technokrat*innen die bewusste Verschleierung des Unterschieds zwischen (phänomenologischer) *Beschreibung* und einer *Theorie*, die semantische bzw. kausale Zusammenhänge aufzeigt, vor. Besonders fatal werde dies bei der Modellierung des Menschen mit seinen Persönlichkeitseigenschaften. Hier geben KI-Enthusiast*innen das Datenabbild eines Menschen für den Menschen selbst aus. Das meint, die Beschränkungen einer modellhaften Beschreibung nicht nur zu vergessen, sondern bewusst zu vertuschen. Weizenbaum prognostizierte fatale Folgen bis hin zum Verlust der Eigenständigkeit in einer von Künstlicher Intelligenz fremdbestimmten Welt digitaler Dienste.

Die Kausalität ist, anders als die Korrelation, ihrem Wesen nach überprüf-, hinterfrag- und angreifbar. Sie ist nicht proprietär und eignet sich daher weniger zum Aufbau von Machtgefälle.

Diskriminierende Algorithmen

KI-basierte Analyse-Software wird mittlerweile standardmäßig zur Verhaltens erfassung und -lenkung eingesetzt. In vielen Lebensprozessen begegnen wir mehr oder weniger aufwändig programmierten, künstlich intelligenten Assistenten – in jeder Spracherkennungssoftware beispielsweise oder bei der individuellen Profilerstellung durch Datensammelndienste wie Google, Facebook, Palantir oder Amplitude. Wer erhält welche individuellen Bonusmöglichkeiten beim (Online-)Einkauf, bei der Kranken- oder Kfz-Versicherung?

Doch dabei bleibt es nicht. Zunehmend regelt die algorithmische Verhaltensanalyse auch die Beziehung des Einzelnen zum Staat – zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, zum Sicherheitsapparat und zur Politik⁷.

Auf Grundlage von prognostizierten Verhaltensweisen, Risiken oder Effizienzpotenzialen wird Bevölkerung automatisiert *ungleich behandelt*.

Die künstlich intelligente Vorhersage der interessierenden (sensiblen) *Verhaltensdaten* erfordert dazu eine möglichst detaillierte Erfassung und anschließende Bewertung von sogenannten *Hilfsdaten*.

So werden etwa aus den *Hilfsdaten* eines individuellen Browserverlaufs die sensiblen *Verhaltensdaten* zur sexuellen Orientierung einer Person mit hoher Trefferquote vorhergesagt. Genau wie bei Amazons künstlich intelligenter Analyse von Bewerbungsmappen benötigt die selbstlernende KI *Trainingsdaten* – also Personen, die sowohl ihre Browserverläufe, als auch Angaben zu ihrer sexuellen Orientierung offenlegen. Anhand dieser Trainingsdaten lassen sich Muster erkennen – also statistische Häufigkeiten (Korrelationen), die angeben, wie oft welche Eigenheiten des Browserverlaufs mit welchen sexuellen Vorlieben verknüpft sind.

Diese Korrelationen geben jedoch nur Auskunft über die statistische Gruppe dieser Trainingspersonen. Eine induktive Verallgemeinerung über die Trainingsdaten hinaus ist die (unzulässige) Grundlage der prädiktiven Verhaltensanalyse: Die ermittelten Korrelationen werden genutzt um aus beliebigen (anderen) Browserverläufen die sexuelle Vorlieben der zugehörigen Internetnutzer*innen vorherzusagen.

Es ist klar, dass 1.) diese Ähnlichkeitsgruppierungen nach dem *people-like-you* Prinzip keine kausalen Verknüpfungen zwischen Browserverlauf und sexueller Orientierung zulassen. Neben der 2.) *unzulässigen Verallgemeinerung* dieser statistischen Gruppeneigenschaft über die Gruppe der Trainingspersonen hinaus findet mit der nun abgeleiteten Verhaltensvorhersage jedoch auch eine 3.) *unzulässige Vereindeutigung* auf eine Einzelperson statt. Ohne jede Unschärfe ordnet die prädiktive Analyse einer Einzelperson exakt eine Schublade der sexuellen Orientierung zu. Letzteres wird bei der Kritik an der prädiktiven Verhaltensanalyse oft vergessen und lediglich der sogenannte *Bias* der Trainingsdaten (Verzerrung der statistischen Gewichte durch nicht-repräsentative Auswahl von Trainingspersonen) bemängelt.

4.) Das eigenständige Entwickeln von stetig neu ausgerichteten Ähnlichkeitsmustern (durch die selbstlernende KI) bringt es mit sich, dass die Unterscheidung von Personen(-gruppen) dynamisch und nicht statisch erfolgt: Erfassung und Bewertung erfolgen nicht mehr nach fest definierten Kategorien – der Schubladenschrank ist in Ausprägung und Anzahl der ›Schubladen‹ variabel. Eine Schufa, die eine Einstufung der Kreditwürdigkeit mit feststehender Gewichtung einmal benannter Kriterien erlaubt, wäre ein hoffnungslos veraltetes finanzpolitisches Instrument.

Über prädiktive Verhaltensanalyse haben Mediziner*innen der University of Pennsylvania aus Anzahl und Inhalt von Facebook-Beiträgen (den Hilfsdaten) die Neigung zu Depressionen, Psychosen, Diabetis, Bluthochdruck (als sensible Verhaltensdaten) vorhergesagt⁸. Facebook selbst geht in den USA so weit, aus Abweichungen beim individuellen Schreibverhalten eine etwaige Suizidgefahr zu detektieren und in Reaktion darauf nicht

⁷ Karen Hao: AI is sending people to jail and getting it wrong, MIT Technology Reviews, <https://www.technologyreview.com/2019/01/21/137783/algorithms-criminal-justice-ai> (21.9.2019)

⁸ Merchant, R M et al. (2019): Evaluating the Predictability of Medical Conditions from Social Media Posts. In: PLOS ONE 14, Nr. 6. DOI: 10.1371/journal.pone.0215476.

nur regionale Hilfsangebote einzublenden, sondern in besonders akuten Fällen auch Sicherheitsbehörden zu kontaktieren, die sich ggfs. Zutritt zur Wohnung der Nutzer*in verschaffen.⁹

Programmatische Ungleichbehandlung

KI-basierte Prognosesysteme stellen ein *sozio-technisches* Instrument (z.B. für das Bevölkerungsmanagement) dar, da sie zum Einen die Trainingspersonen involvieren und zum Anderen auf der Akzeptanz derer basieren, die zwar glauben, ihre sensiblen Persönlichkeitsdaten gut zu schützen, aber ihre vermeintlich bedeutungslosen Hilfsdaten freizügig im Netz hinterlassen und damit die Datenbasis für die Prognose bieten. In diesem Prozess ist nicht jede*r ihre/seine eigene abgeschlossene Datenbasis und nur für seine eigene Vorhersagbarkeit per KI und die daraus mögliche Verletzung der Privatsphäre verantwortlich. Die Diskriminierung (Unterscheidbarkeit) einzelner ist erst über die kollektive Datensammlung durch viele möglich¹⁰. Damit ist diese Diskriminierung auch kollektiv zu verantworten.

›Normale‹ Nutzer*innen, die ›nichts zu verbergen haben‹ ermöglichen mit ihren Daten prädiktive Algorithmen, die andere Bevölkerungsgruppen als Abweichler*innen markieren.

Prädiktive Analysen stabilisieren die prognostizierte ›Realität‹. Durch ihre Vereindeutigung in der (eigentlich statistisch unscharfen) Vorhersage schreiben sie selbstverstärkend (per Feedback-Schleife) das Vorhergesagte fest. Die durch KI-Verhaltensvorhersage ermöglichte Ungleichbehandlung verschiedener Ähnlichkeitsgruppen zementiert eine Unterteilung in *unsichtbare* soziale Klassen. Unsichtbar deshalb, da die Unterscheidungskriterien keine demografisch nachvollziehbaren, sondern per KI-Optimierung vollständig intransparent sind.

R. Mühlhoff liefert eine biopolitische Interpretation des damit möglichen algorithmischen Bevölkerungsmanagements: »Jedes Individuum wird individuell erfasst, angesprochen und behandelt, dabei aber doch nicht aus dem Glaskäfig einer virtuellen Vergleichsgruppe entlassen.«¹¹ In der Konsequenz dieser computerisierten Ungleichbehandlung konstatiert er eine Entsolidarisierung hin zu einer Ethik der sozio-ökonomischen Selektion – jede*r wird behandelt, wie sie/er es verdient. Wer ungesünder lebt, zahlt zukünftig mehr für die Krankenversicherung. Die alltägliche Gewöhnung an eine ›passgenaue‹ Ungleichheit etabliert sich schleichend als neues Gerechtigkeitsempfinden. Die Transformation von einer Ungleichbehandlung als Ungerechtigkeit zur neuen Gerechtigkeit vollzieht sich passend zum Solutionismus der angewandten Methode ganz unideologisch.

Wer hat Zugang zu welchem Gebäude oder Stadtteil? Dies *generell* per KI zu regulieren, erscheint uns heute (noch!) als eine dystopische Übertreibung¹². Die in China umgesetzte Idee einer App-gesteuerten Lockerung des allgemein verfügbaren Lockdown in der Coronakrise macht jedoch

9 Dies Funktionalität ist in den USA seit 2017 aktiviert worden. In der EU ist sie aus datenschutzrechtlichen Gründen deaktiviert.

10 Der ehemalige NSA-Chef Keith Alexander formulierte dies kontraintuitiv aber korrekt folgendermaßen: "in order to find a needle in the haystack, you have to collect the haystack."

11 Mühlhoff, Rainer. 2020. Prädiktive Privatheit: Warum wir alle etwas zu verbergen haben. In #VerantwortungKI – Künstliche Intelligenz und gesellschaftliche Folgen, herausgegeben von Christoph Marksches und Isabella Hermann. Bd. 3/2020. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften.

12 Für einige Orte ist dies schon Realität und das nicht nur in China. Zum Beispiel, wenn lokale US-Polizeibehörden ihre Datenbanken vernetzen und Personengruppen aus bestimmten Gebieten fernhalten, oder sogenannte *gated communities* sich komplett abschotten und Zutritt nur per Amazon Ring [einer ›intelligenten‹ Türklingel mit netzgekoppelter Kamera] gestatten.

genau das: Die virologische Gefährdung, die von einem Individuum ausgeht, wird anhand von individueller *Mobilität*, *Anzahl an Kontakten* (beides quantifizierbar über ein Smartphone-Tracking bzw -Tracing) und digitaler Einstufung des Immunitätsgrades bemessen. Die intransparente Bewertung mündet dann in drei unterschiedliche Bewegungsfreiheitsgrade: (grün=) freier Zugang zum Einkaufszentrum, (gelb=) kein Zugang, (rot=) kein Zugang mit sofortigen Quarantäneauflagen.

Ist es in ordnungspolitischer Denkweise nicht konsequent, den Menschen generell als multidimensionalen Risikofaktor wahrzunehmen und damit die Kategorie des *Gefährders* entlang unterschiedlicher Risiken weiter zu differenzieren und gemäß ›Gefährdergrad‹ unterschiedliche Einschränkungen zu verordnen? Bei sehr vielen Gefährdungstufen landen wir beim *Scoring*. Denn es ist für die relationale Unterscheidung unerheblich, ob mensch hochdifferenzierte Einschränkungen per Malus verhängt oder in der Umkehrung soziale Teilhabechancen per Bonus diversifiziert.

Kategorisierung ohne Kategorien

Das *Scoring* erlaubt eine KI-basierte Diskriminierung nicht mehr nur entlang vermeintlicher Gruppenmerkmale, sondern bis zur Ebene einzeln unterscheidbarer Individuen. *Soziale Scoring-Systeme* werden auch außerhalb von China immer populärer. Verschiedene Wohn-, Job-, Kredit- oder Mobilitätsangebote gelten nur für Teilnehmer*innen mit genügend hohem ›Score‹ (= erworbene Punkte durch belohnenswertes Verhalten).

Es entsteht dann kein grobes Schubladensystem einzelner Klassen, sondern eine feinstkörnige Individualisierung. Feinstkörnig in dem Sinn, dass die Differenzierung entlang so vieler Parameter durchgeführt wird, dass sie *vollständig* ist: Eine weitere Unterscheidung über noch mehr Parameter würde das Schubladensystem nicht weiter verfeinern, sondern es lediglich noch unwahrscheinlicher machen, dass zwei Menschen in derselben ›Kategorie‹ landen, also exakt gleiche Teilhabemöglichkeiten (= gleiche Punktezahl) zugewiesen bekommen.

Der Begriff ›Kategorie‹ ergibt dann keinen Sinn mehr. Auch der Begriff der ›Klasse‹ wird deformiert. Klassenzugehörigkeit lässt sich in einer per Score und Ranking verfassten Gesellschaft nicht mehr sinnvoll durch eine eindimensionale Bewertung von (lohn-abhängiger) Arbeit definieren. Stattdessen führt die Erfassung von zigtausenden Mustern von Verhalten, Kontakten, Einstellungen und Wünschen auch jenseits der Lohnarbeit zu einem niedrigen Score – das ist neue vermeintlich ›klassenlose‹ Deklassierung und in vielen Metropolen Chinas bereits lebensbestimmende Realität.

Die ›Individualisierung‹ per Score wird von Solutionist*innen vorangetrieben und findet entlang kapitalistisch motivierter Bewertungskriterien statt. Sie ordnet aber nicht nur den Markt neu, sondern auch die politische Administration. Wir werden daran gewöhnt, dass regelnde Verordnungen

nicht mehr für alle gleich sind. Das bisherige Steuersystem z.B. ist so verfasst, dass sich Steuerklassen und der letztendliche Steuerbetrag einer Person über einen simplen klassischen Algorithmus berechnen lassen – also eine einfache Abfolge von statischen *Wenn-Dann*-Beziehungen. In einer feinkörnigen Scoring-Gesellschaft hingegen gelten für jede*n andere Regeln. Es gibt keine Steuerklassen. Stattdessen erhält jede*r individuelle Verhaltensempfehlungen von einem KI-basierten digitalen Assistenten. Diese Handlungsempfehlungen umzusetzen oder zu ignorieren wird mit Bonus- oder Malus-Punkten belohnt oder sanktioniert. Das ergibt maximale Individuierung in dem Sinne, dass niemandes Situation mit der eines anderen vergleichbar ist. Sogar die jeweiligen Bedingungen, gemäß derer jede*r einzelne Punkte sammelt, sind damit nicht vergleichbar. Das befördert maximale Entsolidarisierung. Ein kollektives Aufbegehren wird erschwert. Gruppen von (vergleichbar) Betroffenen lassen sich nur aufwändig bilden. Wer will Ungleichbehandlung beklagen oder gar skandalisieren, wenn sie offen konstitutiv für das System ist?

Intransparenz als Basis für Selbstoptimierung

Ein weiteres wesentliches Merkmal KI-basierter Systeme zur Verhaltenslenkung ist die *Undurchsichtigkeit der Erfassungs- und Bewertungskriterien*.

Die Kategorien, gemäß derer Verhalten erfasst werden, sowie ihr Einfluss auf die Gesamtbewertung bleiben bewusst (z.B. Schufa-)Geheimnis. Mehr noch: die Muster, nach denen sich besonders effizient Verhalten unterscheiden lässt, verändern sich im Rahmen einer selbstlernenden KI. Je mehr Daten ins System eingespeist werden, desto ›treffender‹ findet die KI eine Unterscheidung (gemäß ihrer Lernvorgaben) *wesentlicher* Verhaltensmerkmale. Die zu bewertenden Individuen können diese *dynamische Kategorisierung* gar nicht kennen. Sie können lediglich erahnen und spielerisch (Gamification) erforschen, welches Verhalten ihre (momentane!) Punktezahll wie stark beeinflusst. Eine optimale Voraussetzung dafür, sich in Unkenntnis der Bewertungsmodalitäten und in der Hoffnung auf einen besseren Score umfassend selbst zu optimieren. Denn das Scoring-System ist über ein (nicht einsehbares) Ranking konkurrenz basiert.

Die Situation ist noch komplexer: Selbst die Informatiker*innen, die das Bewertungsprogramm entwickelt haben, können nur zu Beginn eine Aussage darüber treffen, welches Verhalten zu welchem Score in der KI-Bewertung führt. Nach (selbstlernender) Weiterentwicklung des Programms verändern sich die relevanten Muster und ihre Gewichtung für den Score. Die Informatiker*in kennt dann die ›Gewichte‹ ihrer eigenen Individuierungssoftware nicht mehr. Diese Unkenntnis ist nicht Ausdruck ihrer Unfähigkeit, sondern systemisch bedingt und eher als ein Maß für die Effektivität einer KI-basierten Optimierung ohne starke Vorgaben zu verstehen.

Diese Freiheit der KI ist Vorzug und Makel zugleich. Selbstlernende neuronale Netze arbeiten besonders gut, wenn sie ihre Optimierungsmuster so ›frei‹ wie möglich selbst entwickeln können. Die Details künstlich intelligent getroffener Entscheidungen entziehen sich jedoch einer menschlichen Nachvollziehbarkeit und damit auch ihrer Vermittelbarkeit.

Gesellschaftliche Gerechtigkeitsvorstellungen basieren auf Vergleichbarkeit und suchen Ungleichheiten perspektivisch abzuschaffen. Was bedeutet es für eine Gesellschaft, wenn sie es Technokratie und Solutionismus überlässt, Regeln zu entwerfen, die auf Ungleichbehandlung setzen und weder beständig noch vermittelbar, ja, nicht einmal bekannt sind?

europäischer Weg: Verantwortungsvolle KI ?

Mit explizitem Distanzierungsbedürfnis wendet sich die EU-Kommission in einer im April 2021 vorgeschlagenen EU-Verordnung¹³ von Chinas *Soziale-Punkte-Systemen* ab:

„KI-Systeme, die als klare Bedrohung für die Sicherheit, die Lebensgrundlagen und die Rechte der Menschen gelten, werden verboten. Dazu gehören KI-Systeme oder -Anwendungen, die menschliches Verhalten manipulieren, um den freien Willen der Nutzer zu umgehen (z.B. Spielzeug mit Sprachassistent, das Minderjährige zu gefährlichem Verhalten ermuntert), sowie Systeme, die den Behörden eine Bewertung des sozialen Verhaltens (Social Scoring) ermöglichen.“¹⁴

Die EU ist bei der Entwicklung von Anwendungen im Bereich künstlicher Intelligenz im Vergleich zu den USA und China hinsichtlich der Anzahl der Patente und der Summe der getätigten Investitionen weit abgehängt. Es ist denkbar, dass hier aus der Not eine Tugend gemacht wird. Eine Tugend, die sich plakativ von Chinas Ziel einer quasi-totalitären, digitalen Vermessung und Bewertung aller Individuen in Echtzeit abgrenzt, ohne den hoch effektiven Methoden eines KI-basierten Bevölkerungsmangements abzuschwören.

Die europäische Datenschutzgrundverordnung gilt weltweit als die fortschrittlichste. Ein Aushängeschild, welches jedoch in keiner Weise vor der Privatheitlücke der prädiktiven Verhaltensanalyse¹⁵ schützt: Es bringt nichts, sensible Daten zu schützen, wenn die vermeintlich unsensiblen Daten (als Hilfsdaten) für eine hoch-korrelierte Vorhersage eben jener sensiblen Daten genutzt werden können.

Ohne eine kollektivierte Verantwortung, die eine Sammlung auch eben jener ›unsensiblen‹ Daten wirksam verhindert, lässt das algorithmische Management von *Bevölkerungsgruppen* statt *Einzelindividuen* eine ausreichend umfängliche Erfassung und Lenkung eben jener zu. Chinas disziplinatorisches Scoring per Verordnung einzudämmen reicht bei weitem nicht und muss als Datenschutz-Blendwerk verstanden werden.

13 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?qid=1623335154975&uri=CELEX%3A52021PC0206>

14 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_1682

15 Siehe dazu den Abschnitt *Programmatische Ungleichbehandlung*

„Was wir wollen – mehr Kontrollen“?

2G und Datensammlung in linken Zentren

Die Debatten um den Umgang mit Covid-Maßnahmen verstärken sich oder besser gesagt, die Standpunkte polarisieren sich – auch in linksradikalen Zusammenhängen. Nicht selten drehen sich diese Auseinandersetzungen um die Frage, wie in linken Zentren, Läden, Häusern mit staatlich verordneten Maßnahmen umgegangen wird.

Dieser Text schneidet nur stichworthaft und fragmentarisch einige Punkte an. Vieles ist auch schon seit Beginn der Pandemie immer wieder gesagt und geschrieben worden. Nur erschreckender Weise wird der Umgang mit der Virusgefahr in unseren Strukturen nicht zum Besseren verändert. Wir halten vor allem die unkritisch übernommen staatlichen Kontrollmaßnahmen für das Problem. In einem Tonfall, als würde man von übellaunigen Bullen nach dem Ausweis gefragt, checkt nun jemand in der Vokü deinen Impfstatus. Das wäre doch vor kurzem noch unvorstellbar gewesen, oder?

Es sind etliche Zentren, die inzwischen 2G Regelungen als Standard eingeführt haben und diese auch umsetzen, also Impfpässe und manchmal zusätzlich Ausweise kontrollieren. Es gibt auch autonome Zentren, in denen alle Besucher_innen ihre (richtigen) Kontaktdaten abgeben sollen. Als Begründung wird einerseits die Sorge vor staatlicher Kontrolle der Einlassbeschränkungen angegeben, andererseits hören wir nun oft auch schon, dass Genoss_innen diese Maßnahmen völlig legitim und richtig fänden. Argumentiert wird – wo überhaupt noch argumentiert wird – mit einem Vertrauensverlust gegenüber potenziellen Besucher_innen, sowie damit, dass diese Kontrollen nötig seien um Menschen vor Ansteckung zu schützen.

Ehrlich gesagt, wir verstehen es nicht. Wir verstehen den kurzen Weg, den (vermeintlichen) Kausalschluss, von fehlendem Vertrauen zur Legitimität von Kontrollen nicht. War dieser Vorgang nicht bisher auf allen anderen gesellschaftspolitischen Ebenen einer, den wir strikt abgelehnt haben? „Freiheit stirbt mit Sicherheit“, klar, das ist auch nur eine Parole, aber sie verweist doch auf einen dahinterstehenden Gedanken, der die Lösung von Problemen mit sicherheitspolitischen Mitteln von Grund auf ablehnt. Und die Verteidiger_innen sicherheitspolitischer Ansätze hatten immer viele, auch durchaus reelle, Gefahren parat, die ihre Maßnahmen rechtfertigen sollten! Ihre Argumente waren meist derart moralisch aufgeladen, dass Widerspruch sich selbst diskreditieren sollte. Sich selbst verorteten sie auf der Seite derer, die Leben schützen wollen und die Kritik auf der Seite, derer denen Leben nichts wert ist. Deswegen konnte man mit ihnen auch nicht diskutieren; die moralische Aufladung, die im öffentlichen Diskurs auch immer eine propagandistische ist, lässt eigentlich keine Debatte zu.

Wenn wir mit unserer unbehaglichen Verwunderung in Debatten um Kontrollen in unseren Räumen gingen, so wurde uns entgegen gehalten, dass aber gerade Pandemie ist, und dieser Zustand alles verändere. Nun, das denken wir nicht. Es sind doch gerade Krisenzeiten, in denen sich unsere politische Werte und Überzeugen bewähren müssen. Selbstbestimmung, Eigenverantwortung, die Ablehnung autoritärer Konzepte und Instanzen, die Fähigkeit, strukturelle Ursachen für Probleme sehen und benennen zu können, statt Probleme zu individualisieren.

Die Pandemie ändert nichts an unserer Überzeugung, dass Kontrollen Scheiße sind, dass durch sie und mit ihnen eine soziale Situation geschaffen wird, die nicht auf Augenhöhe funktioniert, eine Situation des einseitigen Misstrauens. Denn die Kontrollierte soll dem Kontrollierenden vertrauen, umgekehrt gilt das aber nicht. 2G-Kontrollen am Eingang unserer Zentren bedeuten Ausschluss, von Ungeimpften genauso wie von denen, die keine Papiere haben, ja vielleicht sogar darauf angewiesen sind, dass das nicht jede und jeder weiß. Und Einlass- und Verhaltenskontrollen bedeuten die allzu leichte Aufgabe unserer Prinzipien, unsere Werte, wie dem der Eigenverantwortung. Und sie bedeuten, das staatliche Spiel der Durchreichung der Kontrollfunktion nach unten einerseits mitzuspielen und die Individualisierung der Verantwortung andererseits.

Es gibt bessere Ideen, als zur Hilfspolizist_in zu mutieren, um einen verantwortungsvollen Umgang mit der Pandemie herzustellen. 2 Beispiele.

1. Besucher_innen werden gebeten, vor dem Betreten, am besten zu Hause, einen Test zu machen und für die, die das nicht geschafft haben, gibt's am Eingang Selbsttests. Keine Kontrollen. Können Menschen die Bitte um Testung ignorieren? Ja. Aber die meisten werden diesem Verfahren folgen. Das zeigen Erfahrungen aus Projekten, in denen es so gehandhabt wird. So kann ein hohes Maß an Schutz hergestellt werden.

2. Man kann auch alle bitten, sich auf jeden Fall beim örtlichen Zentrum zu melden, wenn Corona-Viren festgestellt worden sind und man sich in den Tagen zuvor dort aufgehalten hatte. Diese Info könnte dann umgehend auf einer Homepage veröffentlicht werden, auf der sich alle Nutzer_innen täglich informieren. Niemand müsste Kontaktdaten abgeben oder kontrolliert werden, Aber alle wüssten schnellstmöglich Bescheid, können sich eigenverantwortlich testen und/oder in vorsorgliche Quarantäne gehen – je nach Wunsch. Eine Datenabgabe wäre überflüssig.

Wir setzen auf die Eigenverantwortung von Menschen, wie in so vielen anderen Bereichen auch. Und wir finden, dass das Gefühl des fehlenden Vertrauens in die Eigenverantwortung keine hinreichende Begründung für Kontrollen ist. Dieses Gefühl des Misstrauens sollte nicht auf diejenigen übertragen werden, die dann kontrolliert werden, um der eigenen Verunsicherung Beruhigung zu verschaffen. Darin steckte nämlich jenes kleinbürgerliche Unbehagen, dass das Garantiewersprechen der eigenen (vermeintlichen) Sicherheit denen aufbürdet, die versuchen, sich gerne und aus guten Gründen dem Kontrollzwang zu entziehen. Aber es gibt keine vollkommene Sicherheit. Schauen wir aus feministischer Perspektive auf unsere Räume, wissen wir das schon lange. Und der Versuch, diese völlige Sicherheit herzustellen, mündet zwangsläufig in autoritären Konzepten.

Statt Feindbildproduktionen (letztes Jahr waren es draußen feiernde Jugendliche, dieses Jahr Ungeimpfte), die die Verantwortung für eine Pandemie auf Einzelne legen, und ordnungspolitischen Eingriffe des Staates, wie Impfpflicht, Ausgangssperren usw zu begrüßen, sollten wir die strukturellen Verhältnisse bekämpfen, die der Pandemie Vorschub leisten: Armut, beengte Wohnverhältnisse, Lager- und Knastsysteme, Privatisierung

im Gesundheitsbereich, Unterbezahlung im Gesundheitssektor, Neokolonialismus usw.

Die Veränderungen durch alltäglich drohende Kontrollen lassen sich sogar für herrschaftskritische „Linke“ nicht mehr leugnen. Wir sehen z.B. einen deutlich spürbaren Nebeneffekt der neuen 3G-Regelung in Bussen und Bahnen: Die Gefahr beim Schwarzfahren erwischt zu werden, steigt da das Kontrollpersonal seit Ende November verstärkt wurde, um Ticket- und 3G-Kontrollen durchzuführen. In Niedersachsen wird dazu jetzt auch Bereitschaftspolizei eingesetzt. Sicherheit gibt es halt nur mit Sicherheitsbehörden. Wir wollen diese „Sicherheit“ nicht.

Klar kann es zu Debatten darüber kommen, ob wir unter gewissen gesellschaftlichen Bedingungen Kontrollen, z.B. Taschenkontrollen in unseren Zentren für notwendig erachten. Wir können uns vorstellen, dass es zu solchen gesellschaftlichen Bedingungen kommt, wenn etwa die faschistische Gefahr zunimmt. Aber vor Kontrollen stehen doch Debatten, Abwägungen, die behutsam, kontrovers, offen und selbstkritisch geführt werden und nicht mit der „Basta“-Mentalität eines Patriarchen, der noch nie Widerspruch zugelassen hat. Wir meinen, dass wir weder an einem solchen Punkt stehen, noch dass eine solidarische, kontroverse Debatte gerade gewollt ist. Zu oft hören wir bei Gegenreden zu den Kontrollen den Vorwurf der „Schwurbelei“, der die Kritik, die Kritiker_innen auf die Seite des politischen Gegners einordnet und sich so dem Widerspruch, der Debatte entzieht. Da werden Genoss_innen, die Kontrollen ablehnen, die auf die Funktion der Feindbildproduktion für staatliches Krisenmanagement hinweisen, die biopolitisch begründete und staatlich durchgesetzte Einschränkungen von Grundrechten problematisieren, als „Schwurbler“ und ihre Aussagen als Verschwörungsmymen diskreditiert und ihnen so eine inhaltliche Nähe zu Nazis, Antisemit_innen, zu QAnon usw. attestiert. Wir vermissen hier nicht nur eine Kritikfähigkeit gegenüber dem Staat, sondern auch die Fähigkeit zur Selbstkritik, die doch darin besteht, Widerspruch und gerade innerlinken Widerspruch ernst zu nehmen, kontroverse Debatte als Bereicherung zu sehen und Kritik nicht (völlig inflationär) als Verschwörungstheorie zu diskreditieren.

Bei 2G, 2G+, 3G, ... geht es immer um Kontrolle! Die Sprache der Pandemiebekämpfung ist die Sprache der Herrschaft. Sie beschreibt das Handeln und die Strategie der Herrschaft. Wieso wird das nicht erkannt? All die „Gs“ sind von staatlichen Behörden und von ihnen beauftragten Firmen erdacht. Diese Sprache der verdummenden Vereinfachung zu übernehmen bedeutet auch, all die im öffentlichen Diskurs mitverhandelten Implikationen zu übernehmen. So kann es kein 2 oder 3 G ohne Einlasskontrollen geben. 2G bedeutet nie, dass man nur geimpft oder genesen sein soll. Es meint immer auch: das wird hier kontrolliert. Und so ist es ja auch fast immer. Versuch mal auf eine Veranstaltung ins örtliche Zentrum zu gehen, sage einfach „ich bin geimpft“ und spaziere hinein. Du wirst mit ziemlicher Sicherheit aufgehalten und nach dem Nachweis gefragt. Noch schlimmer ist es bei der Personenbezogenen Datensammlung in unseren Zentren. Die Übernahme sicherheitspolitischer Maßnahmen in unseren Strukturen entsteht reflexhaft, wenn sich nicht die Mühe gemacht wird, über einen eigenen Umgang mit der Pandemie nachzudenken. Es bleibt der Staat, der die Ansagen macht – und es sind die staatshörigen Linken die bedenkenlos folgen. Wir brauchen aber einen anderen Umgang mit Krankheiten, auch mit ansteckenden, als es der Staat will. Der Staat will in der Pandemie vor allem die Kontrolle behalten und die kapitalistische

Wirtschaft vor Schaden bewahren. Wir wollen einen eigenverantwortlichen Umgang mit den Gefahren des Virus, in dem Bewusstsein, dass es das Virus ist, das einen krank machen kann – und nicht die Genoss_innen und Gefährt_innen.

Wir halten Impfungen und regelmäßige Corona-Tests für sinnvoll. Aber mal ehrlich, der Sinn von 2G und 2G+, beziehungsweise der Vorzug vor einer aktuellen Testung ist auch virologisch nur schwer zu begründen. Hier geht es schlicht darum, Druck auf Ungeimpfte auszuüben. Dazu ein kurzer Rückblick: Noch im Frühjahr dieses Jahres betonte die Bundesregierung, man werde gesellschaftsspaltende Angebote von Dienstleister_innen nur an Geimpfte „nicht zulassen“. Diese mediale „Androhung“ blieb jedoch ohne Konsequenzen und entlarvte sich schon damals als PR-Schutzbehauptung, denn es wurde rein gar nichts unternommen, solche Einschränkungen der Kundschaft auch wirklich zu untersagen. Dann, Ende Juli, empfahl das Justizministerium allen Dienstleister_innen, nur für Geimpfte zu öffnen: „Die Vertragsfreiheit ermöglicht privaten Anbietern wie Gastronomen eine weitgehend freie Gestaltung ihrer Angebote“, sagte die Justizministerin den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. „Wer seinen Gästen einen besonderen Schutz anbieten will, kann deshalb auch Angebote machen, die sich nur an Geimpfte richten.“ Zugleich sprach sie sich abermals gegen eine Impfpflicht aus. Ein gleichermaßen verlogener wie geschickter Schachzug in der Debatte um die sogenannte Impfpflicht. Die Bundesregierung nahm weiterhin für sich in Anspruch, der Bevölkerung ein rein „freiwilliges Impfangebot“ zu machen. Niemand werde zur Impfung gezwungen, auch nicht durch die Hintertür. Jetzt, Ende November, wird versucht, den angeordneten Ausschluss über flächendeckende 2G und 2G+ Regeln durch die Androhung einer allgemeinen Impfpflicht ab 1. Januar 2022 als kleineres Übel und als letzte Chance zur „freiwilligen“ Impfung darzustellen.

Warum gibt es keine linksradikale Bewegung, die solche Politik entblößt, die einen eigenen emanzipativen Umgang mit dem Virus entwickelt? Warum gibt es keine radikale Bewegung, die sich eine komplette Umstrukturierung des Gesundheitssystems zur Aufgabe macht? Warum bauen wir nicht eigene Teststationen auf? Warum halten Leute es für „Solidarität“, Ausweise in „unseren“ Orten zu kontrollieren?

Wir denken, dass es lohnt, sich an den alten feministischen Standpunkt des Selbstbestimmungsrechts über den eigenen Körper zu erinnern. Wir finden immer noch nicht, dass dem Staat das Recht zugebilligt werden darf, dies durch eine Impfpflicht oder durch Ausgangssperren oder Lockdowns für Ungeimpfte auszuhebeln. Das gilt auch, wenn unsere eigenen Strukturen hoheitliche Aufgaben für den Staat übernehmen. Im Zweifelsfall werden es zukünftig nicht mehr unsere (!) Orte sein – was bitter wäre. Wir vermuten einen biopolitischen Rückschritt, der ein patriarchalischer ist, ein staatshöriger, einer, in dem der Gesundheitszustand des Individuums andauernd bewertet und sein Verhalten permanent gemäßregelt wird.

Wir wünschen uns, dass der Kontrolldrang in unseren Strukturen offensiv zur Diskussion gestellt wird. Denn es scheint möglich, dass sie sonst zu dem werden, gegen das sie mal erkämpft wurden: von Aufpasser_innen kontrollierte Treffpunkte, die nurmehr der verlängerte Arm des Staates sind – Teil präventiver Aufstandsbekämpfung.

Trient: Versammlung nach dem Generalstreik

vom 11.10.2021

Der grüne Pass ist eine Maßnahme, die nichts mit der Gesundheit zu tun hat: Er ist nur ein weiteres Instrument einer freiheitsfeindlichen Politik der Erpressung und technologischen Kontrolle, die die Spaltung und den Krieg zwischen den Armen fördert.

Diese Epidemie, wie auch andere, die noch kommen werden, ist das Ergebnis von Kapitalismus und Globalisierung, von Massentierhaltung, industrieller Zerstörung und staatlichen Kriegen zur Enteignung von Land im Namen des technologischen Fortschritts.

Die Ausbreitung der Ansteckung kann nicht durch die Akzeptanz einer Zwangsmaßnahme bekämpft werden. Lassen wir uns nicht von dem hasserfüllten Krieg zwischen Geimpften und Nichtgeimpften täuschen, hinter dem der Staat seine Verantwortung versteckt. Weisen wir diesen falschen Gegensatz zurück: Die Dichotomie besteht zwischen den Ausgebeuteten und den Ausbeuter*innen; der obligatorische grüne Pass ist ein Klassenangriff, eine neue Waffe der Erpressung und Spaltung in den Händen der Chef*innen, die uns alle betrifft, unabhängig von den Entscheidungen jedes Einzelnen.

Von den Todesfällen in Bergamo unter den Valseriana-Fabriken bis zu der neuen PNRR (nationaler Plan für Wiederaufbau und Resilienz), die von der Draghi-Regierung eingeführt wurde, ist es klar, dass die Priorität nicht die Gesundheit ist, sondern die Stärkung des Systems der Ausbeutung und Verarmung im Zuge des Ausnahmezustands.

Angesichts der Welt, die sie für uns errichten, sind Appelle, die Verfassung zu respektieren, vergeblich. Der grüne Pass ist Ausdruck einer Welt der Algorithmen und der Computereffizienz, die dem Menschen selbst den Kampf ansagt - ein Modell, das sich durchsetzen wird. Solange Techno-

kraten, Militärs und Kapitalisten gemeinsam an der Macht sind, werden Gesetze und Gerichte nicht aufhören, Werkzeuge der herrschenden Klasse zu sein. Die Klasse, die die Massaker in den italienischen Gefängnissen von 2020 verübte, als die Insassen den Kopf erhoben; die Klasse, die die Mittel für das öffentliche Gesundheitswesen kürzte, was zum Tod von Tausenden führte; die Klasse, die die Straßen mit Militär füllte und die Fabriken offen hielt, während die Menschen an Covid starben. Es handelt sich nicht um den Kollateralschaden einer „falschen“ Regierung, sondern um die Produkte innerhalb der Struktur des Staates.

Die einzige Möglichkeit, Widerstand zu leisten, besteht darin, sich selbst zu organisieren und zu kämpfen, in dem Bewusstsein, dass wir nicht aus der Notlage herauskommen, solange wir weiterhin gehorchen.

Es ist möglich, ein Jahr und sieben Monate lang die Verpflichtungen und Einschüchterungen des Staates und der Confindustria zu beenden.

Die Entschlossenheit der Hafendarbeiter*innen von Triest und Genua ist das deutlichste, solideste und aktuellste Beispiel dafür: die Blockierung der Produktion und der Warenströme, bis die Pflicht zur Ausstellung eines grünen Passes für alle Arbeitnehmer*innen aller Kategorien kompromisslos abgeschafft wird.

- DER GRÜNE PASS IST NUR DIE SPITZE DES EISBERGS EINES AUSBEUTERISCHEN SYSTEMS, DAS UNS MEHR UND MEHR ZU MASCHINEN MACHEN WILL.
- WEHREN WIR UNS GEGEN DIESE ZUMUTUNG
- ORGANISIEREN WIR UNS AN DEN ARBEITSPLÄTZEN, IN DEN SCHULEN, AN DEN ORTEN, AN DENEN WIR LEBEN.

Hinnehmen oder durchdrehen?

Linke Konfusion in der Spät Pandemie

Anarchist:innen verbreiten esoterische Impfkritik, Feministinnen treten an Anti-Massnahmen-Demonstrationen auf und an linken Veranstaltungen werden Ausweise kontrolliert. Am Anfang der fünften Corona-Welle zeigt sich: Es ist höchste Zeit, die vergangenen Debatten um emanzipatorische Perspektiven wieder aufzunehmen.

Als im Frühsommer in der Schweiz die Impfkampagne gegen das Corona-Virus startete, machte sich Erleichterung breit. Die Sehnsucht nach einer Rückkehr zum gewohnten Freizeit-, Konsum- und Arbeitsverhalten war nach über einem Jahr der gesundheitlichen und ökonomischen Ausnahmesituation gross. Durch die Impfung schien alles wieder langsam in gewohnte Bahnen zurückzukehren. Auch viele Linke rechneten mit so etwas wie „Normalität“. Soliparties und Plena finden wieder statt, die Polizei löst Demonstrationen nicht mehr unter dem Vorwand der Pande-

mie-Bekämpfung auf und es treten auch wieder andere Themen in den Vordergrund.

Doch schon einige Monate später muss man konstatieren, dass von einem „Vor-Pandemie-Zustand“ keine Rede sein kann. Die reiche Schweiz hat die niedrigste Impfquote in ganz Westeuropa. Dafür sind die Anti-Massnahmen-Proteste grösser als je zuvor. Mit ihnen etabliert sich zum ersten Mal seit den 1990er-Jahren eine kontinuierliche rechte Präsenz auf den Strassen von Schweizer Städten. Gleichzeitig steigen die Inzidenzen wieder an und die Situation im Gesundheitswesen bleibt angespannt.

Auch in der (radikalen und nicht-so-radikalen) Linken knarrt es im Gebälk. Insbesondere die Frage nach der Entscheidungsfreiheit in Bezug auf die Impfung, das Covid-Zertifikat und die Proteste dagegen sorgen für eini-

ge Konfusion und legen Widersprüche offen. Debatten um Analyse und Strategie wären sicher zu begrüssen, doch (noch) herrschen Gehässigkeiten und gegenseitige Unterstellungen auf Twitter, Mailinglisten und barrikade.info vor.

Linke Strategien in der Pandemie

Vor allem zu Beginn der Pandemie gab es durchaus Diskussionen darüber, wie emanzipatorische Strategien und Forderungen aussehen könnten. Die inflationäre Verwendung des Begriffs „Solidarität“ im staatlichen Diskurs wurde von Linken mit Argwohn zur Kenntnis genommen. Statt die Solidarität an den Staat zu delegieren, wurde nach einem angemessenen Umgang mit der Pandemie gesucht. Für viele war klar, dass es wichtig ist, die vom Virus ausgehende Gefahr für die Gesundheit, wie auch die ökonomischen Konsequenzen eines Lockdowns für die Proletarisierten ernst zu nehmen und sich dabei nicht auf den Staat zu verlassen. Man war sich zudem weitgehend einig, dass physische Kontakte und damit das Risiko einer Ansteckung reduziert werden sollte.

Auf der Ebene der Praxis hatte die radikale Linke hierzulande zunächst Mühe, sich mit der veränderten Situation zurechtzufinden. Sie schwankte zwischen selbstreferenziellem Aktionismus, Internet-Engagement und direkter Unterstützung von Proletarisierten und Geflüchteten.

Plötzlich standen Aktions- und Organisationsformen, die jahrelang belächelt oder vernachlässigt wurden, wie beispielsweise Basisarbeit in den Betrieben oder solidarische Nachbarschaftsstrukturen, wieder im Zentrum der Diskussion. Der Zusammenschluss Solidarität gegen Corona rief auf Plakaten zur „kollektiven Verantwortung anstatt staatlicher Zwangsmassnahmen“ sowie gegenseitiger Hilfe in Form von Nachbarschaftsstrukturen auf und forderte bessere Arbeitsbedingungen für das Gesundheitspersonal, kostenlose Gesundheitsversorgung für alle, Aussetzung der Mieten und genügend Unterstützung für Arbeiter:innen, Arbeitslose und Geflüchtete. Es wurde allerdings schnell klar, dass es keine gesellschaftliche Kraft gibt, die in der Lage wäre solche Forderungen durchzusetzen. Die fehlende Verankerung der radikalen Linken trat offen zu Tage und der Aufruf blieb ein Schrei ins Leere.

Andere setzten auf Appelle an den Staat. Die Initiative ZeroCovid, die auch in der Schweizer Linken einige Anhänger:innen fand, forderte einen „solidarischen Lockdown von unten“, was vor allem die Schliessung der Arbeitsplätze meinte. Daraus entbrannte in der Linken kurzzeitig eine breite Debatte. Alex Demirović warnte davor, dass der Aufruf die autoritären Tendenzen der staatlichen Pandemiebekämpfung verstärken könnte und machte darauf aufmerksam, dass es problematisch sei, im Namen der Wissenschaftlichkeit und der Solidarität Isolation zu propagieren und keine eigene Positionen auf die Strasse zu bringen. Die Gruppe Solidarisch gegen Corona, welche die zahlreichen Kämpfe der Proletarisierten weltweit gegen die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verheerungen der Pandemie dokumentierte, wies darauf hin, dass die Frage danach, wer die Massnahmen gestaltet, durchsetzt und bezahlt nicht einfach als Details abgetan werden können.

Eine Reflexion über die Erfahrungen während der Pandemie hat bisher aber nicht stattgefunden. Das mag auch daran liegen, dass die befürchte-

te gesundheitliche und ökonomische Katastrophe im eigenen Vorgarten ausgeblieben ist. Es gibt kein spektakuläres Scheitern aufzuarbeiten.

Ausweiskontrolle und Namenslisten im besetzten Haus?

In der aktuellen Diskussion um das Covid-Zertifikat bleibt es in der radikalen Linken bislang recht still. Es stellt sich vor allem die Frage, wie mit der Zertifikatspflicht und dem Contact-Tracing an Veranstaltungen und Partys umgegangen werden soll. Dabei setzen viele linke Räume und Veranstaltungen die Zertifikatspflicht und das Contact-Tracing klag- und kritiklos um. Verständlicherweise ist das Bedürfnis nach sozialen Kontakten gross und es besteht die Notwendigkeit, insbesondere für Anti-Rep Arbeit, finanzielle Mittel zu sammeln. Gerade deshalb wäre es wichtig zu diskutieren, unter welchen Umständen staatliche Massnahmen wie das Covid-Zertifikat oder Contact-Tracing mitgetragen werden sollen. Dabei geht es nicht in erster Linie um „emanzipatorische Hygienekonzepte“, sondern darum, die gesellschaftliche Dimension dieser Massnahmen mitzudenken.

Das Zertifikat ist heikel weniger wegen seiner technischen Infrastruktur, sondern weil eine Gewöhnung und Normalisierung von Kontrollen stattfinden kann. Man zeigt regelmässig seinen Ausweis vor und gibt seine Kontaktdaten an, ohne zu fragen, ob das überhaupt sinnvoll ist und ob es Alternativen gibt. Man hat durchaus den Eindruck als hätte die Sensibilität in Bezug auf Datenschutz in den letzten Monaten bei linken Räumen und ihren Besucher:innen eher ab- als zugenommen. Auf eine Aufforderung zum Tragen von Hygienemasken wird dagegen meist verzichtet, seit das nicht mehr staatlich vorgeschrieben wird.

Kritik kam indes von anderer Seite: Fankurven aus der ganzen Schweiz wehrten sich diesen Sommer erfolgreich gegen ID-Kontrollen an den Stadioneingängen im Zusammenhang mit der Zertifikatspflicht. Sie befürchteten, dass unter dem Vorwand der Pandemie repressive Massnahmen wie personalisierte Tickets eingeführt würden, die auch nach dem Ende der Zertifikatspflicht bestehen bleiben würden. Die Erfahrung zeigt, dass diese Sorge durchaus begründet ist. Nicht nur in der Schweiz dienen Fussballstadien den Behörden als Labors, in denen repressive Massnahmen erprobt werden, die dann später beispielsweise auch gegen Demonstrationen eingesetzt werden können.

Das Komitee Geimpfte gegen das Covid-Zertifikat argumentiert im aktuellen Abstimmungskampf zudem, dass das Zertifikat eine Scheinsicherheit biete. Mit der Einführung der Zertifikatspflicht seien die meisten Hygienemassnahmen aufgehoben worden, obwohl Zertifikate einfach gefälscht werden könnten und keinen Schutz vor einer Ansteckung böten. Es ist klar, dass dahinter das Interesse des Staates steht, dass der Laden wieder möglichst reibungslos läuft und nicht das Interesse nach Gesundheit der Bevölkerung.

Individualisierung der Pandemie

Jenseits solcher Detailfragen offenbaren sich aber auch gefährliche Abgründe. Im hitzigen Abstimmungskampf ist es die Sozialdemokratie, die an vorderster Front für das Covid-Gesetz kämpft. Viele Befürworter:innen verkaufen das Covid-Zertifikat als Allheilmittel, welche die Rückkehr zur

Normalität ermögliche. Diese Position ist gefährlich und befördert – wie man aktuell vor allem in der sozialdemokratischen Twitteria beobachten kann – autoritäre Reflexe. Da werden ausschliesslich die dummen Impfverweigerer und Zertifikatsgegnerinnen für das Fortdauern der Pandemie verantwortlich gemacht und auch mal darüber sinniert, ob Ungeimpfte noch Anspruch auf ein Intensivbett haben sollten.

In Österreich verhängte die Regierung für kurze Zeit einen „Lockdown für Ungeimpfte“ und in den meisten Teilen Deutschlands gilt die 2G-Regel für die meisten öffentlichen Orte. Solche Massnahmen zeigen wenig Wirkung gegen das Virus, sondern steigern vielmehr den Druck auf das Individuum. Der Staat entzieht sich der Verantwortung und schiebt das Fortdauern der Pandemie den Ungeimpften zu.

Das italienische Autor:innenkollektiv Wu Ming kritisiert die Linke dafür, dass sie ausschliesslich vom Virus, aber kaum über das desaströse und ungerechte Pandemie-Management der Regierung sprechen würde. Das italienische Covid-Zertifikat – den sogenannten Green Pass – bezeichnet Wu Ming als reines Propagandainstrument: „Um ihre Verantwortung für das Geschehen zu verschleiern, griff die Regierung zu einer Reihe von Ablenkungsmanövern, die auf dem klassischsten neoliberalen Trick basierten, der bereits vor der Pandemie in Bezug auf Umwelt, Klima und Gesundheit massiv eingesetzt wurde: Jede Verantwortung für die Ansteckungen wurde dem individuellen Verhalten der Bürgerinnen und Bürger zugeschoben.“

Diese Individualisierung der Verantwortung durch den Staat ist auch der Grund, weshalb sich die Basisgewerkschaft SI Cobas gegen den Green Pass wehrt: „Die Regierung und die Bosse interessieren sich nicht für die Gesundheit der Proletarier:innen! Während der Akutphase der Pandemie liessen sie uns zu Tausenden sterben, nur um die Fabriken und Lagerhäuser offen zu halten und weiterhin Gewinne zu erzielen! Jetzt zwingen sie uns den Green-Pass auf, um sich in Sachen Arbeitssicherheit vor der Verantwortung zu drücken. Sie schieben all die Probleme rund um das Virus auf die einzelnen Arbeiter:innen, während das kapitalistische Ausbeutungssystem nicht angetastet wird.“

Im Gegensatz zur italienischen Variante erstreckt sich die Zertifikatspflicht in der Schweiz nicht auf den Arbeitsplatz. Unternehmen können im Rahmen ihrer Schutzkonzepte eine Zertifikatspflicht einführen, müssen dafür aber Gratis-Tests anbieten. Das ist ein wichtiger Unterschied und mag ein Grund sein, weshalb die linke Kritik am Zertifikat bisher ausgeblieben ist. Allerdings ist es doch fraglich, ob angesichts der vehementen Verteidigung bei der sozialdemokratischen und oft achselzuckenden Umsetzung bei der radikalen Linken eine mögliche Ausweitung der Zertifikatspflicht dann nicht doch einfach hingenommen würde. Gut möglich, dass wir uns bald damit befassen müssen.

Anti-Massnahmen-Proteste Intervenieren oder bekämpfen?

Es gibt aber nicht nur die linken Verteidiger:innen der staatlichen Massnahmen, sondern auch seine falschen Kritiker:innen. Die Bewegung, welche seit einiger Zeit wöchentlich auf die Strasse geht, um gegen das Covid-Gesetz, die Impfung und eine vermeintliche Diktatur zu lärmen, ist in den letzten Monaten immer grösser geworden. Auch einige Linke sym-

pathisieren mit den Anti-Massnahmen-Protesten oder nehmen gar daran teil. Leider werfen sie dabei meist die letzten Reste emanzipatorischer Grundsätze über Bord.

Ein Beispiel für solche Verwirrungen erschien kürzlich auf barrikade.info, dem digitalen Flugblattständer der radikalen Linken in der Deutschschweiz. Die anonymen Autor:innen aus dem Milieu des insurrektionalistischen Anarchismus, legen eine „anarchistische und antiautoritäre“ Position zu den aktuellen Pandemie-Massnahmen dar. Die Anführungszeichen sind uns in diesem Fall wichtig, denn die geäusserten Thesen entfernen sich weit von emanzipatorischen Inhalten. Einige Insurrektionalist:innen scheinen seit geraumer Zeit so fest auf ihre starren, subjektiven Ideale fixiert zu sein, dass das, was sie unter Kritik und Analyse verstehen, eher einem Perpetuum Mobile der ideologischen Selbstvergewisserung gleicht, als einer kritischen Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen gesellschaftlichen Widersprüchen. Die Devise und das unumstössliche Paradigma lautet dabei ganz lapidar: „Hauptsache gegen den Staat“.

Die Autor:innen des Barrikade-Textes fordern zunächst eine Intervention in die Anti-Massnahmen-Proteste. Es folgt der in solchen Fällen übliche Verweis auf die Gilets-Jaunes-Bewegung in Frankreich, bei der anfänglich auch Rechte teilgenommen hätten, die durch linke Kräfte aber herausgedrängt wurden. Sie sind damit nicht die einzigen. Zuletzt sorgte etwa die Gruppe Feministischer Lookdown für Aufsehen, als sie an einer Anti-Massnahmen-Demonstration in Bern eine Rede hielt. Mit dabei war das Schwurbler-Spektrum von den „Freien Linken“ über die „Freiheitstrychler“, „Bündnis Urkantone“ bis hin zu organisierten Neonazis. Auch die Lookdown-Gruppe schreibt, dass man nicht alle Massnahmen-Kritiker:innen als Nazis bezeichnen könne – was im Übrigen gar niemand tut. In Zürich wurde auf einem Transparent dazu lapidar festgehalten: „Wer mit Nazis marschiert, marschiert mit Nazis.“

Doch weder der Feministische Lookdown noch unsere anarchistischen Autor:innen beantworten die entscheidenden Fragen: Wie steht es um die soziale Zusammensetzung der Anti-Massnahmen-Proteste und welche Forderungen werden artikuliert? Welche Teile der Bewegung sind offen für linke Inhalte und Praxis? Wie könnte eine Intervention von linken Kräften aussehen, die die rechten Kräfte schwächen kann ohne sich gegen die Bewegung als Ganzes zu richten?

Um sich diesen Fragen zu nähern, braucht man analytische Begriffe. Hier lohnt sich erneut ein Blick über die Alpen. Wu Ming – deren Interview im Übrigen auch der Feministische Lookdown zur Lektüre empfiehlt – bezeichnet die Bewegung gegen den Green Pass in Italien als „bikonzeptuell“: Die Menschen hätten in der Krise eine Prekarisierung erfahren. Sie wollen sich mit diesen neuen materiellen Bedingungen aber nicht abfinden und halten deshalb an kleinbürgerlichen Werten fest. Obwohl sie also in ihrem politischen Ausdruck bürgerlich seien, könnten Linke sie erreichen, indem sie ihre materiellen Bedürfnisse und ihre Wut aufs System anspreche.

Es gibt überhaupt keine Anhaltspunkte dafür, dass es innerhalb der Anti-Massnahmen-Proteste ein Milieu gäbe, welches für linke Positionen auch nur halbwegs offen wäre.

Bei der Betrachtung der Anti-Massnahmen-Proteste in der Schweiz hingegen kann man eine solche Konstellation beim besten Willen nicht erkennen. Aus den Äusserungen der Demonstrant:innen spricht keine Angst vor einem sozialen Abstieg, sondern vielmehr ein Unbehagen über die Eingriffe des Staates in ihre gewohnte Lebensweise. Ausserdem mobilisieren die Proteste primär ein bereits vor der Pandemie vorhandenes Potential an Verschwörungsgläubigen, Esoteriker:innen und rechten Kräfte von christlichen Fundis bis Neonazis. Es ist zu bezweifeln, dass es jemals die Möglichkeit einer linken Intervention gab. Von Beginn an waren Rechte und Neonazis aller Art nicht nur erkennbar dabei, sondern haben die Aktionen aktiv mitorganisiert. Nie sind sie auf Widerspruch oder Widerstand der anderen Demonstrant:innen gestossen. Im Gegenteil wurden regelmässig Passant:innen und antifaschistische Proteste aus den Demonstrationen heraus angegriffen, ohne dass dies zu einer Distanzierung oder Spaltung der Bewegung geführt hätte. Die Proteste wurden immer grösser. Es gibt überhaupt keine Anhaltspunkte dafür, dass es innerhalb der Anti-Massnahmen-Proteste ein Milieu gäbe, welches für linke Positionen auch nur halbwegs offen wäre.

Viel naheliegender erscheint deshalb die Einschätzung des Revolutionären Jugendbündnisses Winterthur (RJBW). Das RJBW schreibt über die Bewegung der Massnahmen-Kritiker:innen: „Die Demonstrierenden rekrutieren sich grösstenteils aus rechtskonservativen Kreisen des Kleinbürgertums. Es gibt aber auch einige Personen, welche sich politisch links der „Mitte“ verorten würden. [...] Neben patriotischen Stammtischgänger:innen und Freiheitstrychlern, einigen verwirrten Hippies und Esoteriker:innen sind allerdings auch gesellschaftspolitisch gefährlichere Gruppen mit ihren Positionen an den Demonstrationen vertreten. Denn rechtsextreme Kader und Einzelpersonen fühlen sich dort pudelwohl und stossen auf relativ wenig bis gar keine Gegenwehr. So wird ihnen eine Plattform geboten, um sich Wochenende für Wochenende besser vernetzen zu können und ihre Positionen nach aussen zu tragen.“

Diese Leute kämpfen nicht gegen „den Staat“ (einige Insurrektionalist:innen) oder „autoritäre Massnahmen“ (Feministischer Lookdown). Sie stellen sich nur gegen die staatlichen Massnahmen, weil sie es als ihre „Freiheit“ ansehen, die Pandemie zu verleugnen, sie wollen ungeachtet des Virus weiterarbeiten und konsumieren. Dass es zudem viele Leute und Bewegungen gibt, die sich nur für eine begrenzte Zeitspanne gegen gewisse Auswüchse des Staatshandelns auflehnen, aber selbst eine autoritäre Agenda verfolgen, wird erstaunlicherweise gerade seitens einiger Insurrektionalist:innen ignoriert. Progressive Forderungen, wie etwa diejenige nach einem besser ausgebauten Gesundheitswesen oder nach mehr staatlichen Hilfen gegen die Auswirkungen der Krise – was die Gruppe Feministischer Lookdown propagiert – sucht man hingegen vergebens.

Die Freiheit des atomisierten Individuums

Beschäftigt sich man sich aber ein bisschen näher mit den Ausführungen unserer Barrikade-Insurrektionalist:innen, fallen durchaus auch ideologische Überschneidungen mit den rechten Massnahmen-Gegner:innen auf. Beide Seiten stellen die Begriffe „Freiheit“ und „Selbstbestimmung“ des Individuums in den Mittelpunkt ihrer Politik. Sie hängen dabei einem neoliberal deformierten Freiheitsbegriff an, welcher das Soziale, die gesellschaftlichen Bedingungen völlig negiert. Man findet kein Wort über die Gefahr des Virus, keine Bemerkung zur Notwendigkeit des Infektions-

schutzes, keine Empathie gegenüber denen, die daran erkrankt oder gestorben sind.

Die Betonung der Freiheit erfüllt in diesem Fall den Zweck, sich nicht mit der Gesellschaft auseinandersetzen zu müssen und die Verantwortung von sich zu schieben, wie es Klaus Klamm in diesem Magazin bereits ausgeführt hat: „Sie wollen ihre Willkür partout als Freiheit verstanden wissen, weil sie selbst nichts verstehen wollen. Es ist aber keine Freiheit, andere ins Grab zu husten, sondern die Zerstörung der Grundlagen der Freiheit: Mitmenschen, Gesundheitssystem, Solidarität.“ Bei Kleinbürger:innen und Rechten ist diese Haltung Kern der politischen Ideologie. Dass sie von gewissen anarchistischen Strömungen übernommen wird, ist zwar nichts Neues, aber doch immer wieder irritierend.

Ein emanzipatorischer Begriff der Freiheit versteht das Individuum als soziales Wesen, dass von anderen Individuen nicht getrennt, sondern unmittelbar mit ihnen verbunden ist. Selbstbestimmung ist nur in einem gesellschaftlichen Zusammenhang möglich, der die herrschende Atomisierung der Individuen in der bürgerlichen Gesellschaft aufhebt. Der Kampf für die Freiheit ist also der Kampf für Solidarität im Sinne der gegenseitigen Hilfe, der kollektiven Selbstorganisation und des Zusammenhaltes der Unterdrückten im Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse.

Impfung ist keine Privatsache

Dieselbe Verwirrung – und damit sind die Autor:innen des Barrikade-Textes leider nicht alleine – zeigt sich auch in der Frage der Impfung. Die individualanarchistischen Autor:innen pochen auf die Freiheit, sich für oder gegen die Impfung zu entscheiden. Aber auch hier muss man fragen: Was soll das für eine Freiheit sein, bei der ein Mensch eine völlig uninformierte Entscheidung nach Bauchgefühl treffen kann (beziehungsweise muss), die sein Umfeld kritiklos hinzunehmen hat?

Die Krux bei der Impfung ist, dass die persönliche Entscheidung Konsequenzen für andere Menschen hat. Infektionskrankheiten zeichnen sich eben genau durch ihren sozialen Charakter aus. Sie sind schnell, leicht und flächendeckend übertragbar. Zu deren Eindämmung braucht es gegenseitige Rücksichtnahme, unter anderem in Form einer Impfung. Sie minimiert das Risiko von Ansteckung, Übertragung und schweren Verläufen. Je geringer die Verbreitung des Virus, desto geringer die Gefahr von neuartigen Mutationen. Insofern ist es völlig legitim, dass eine Debatte darüber stattfindet. Linke sollen gegenüber ihren Freund:innen, Mitbewohner:innen und Genoss:innen Rechenschaft über ihre Impfscheidung ablegen. Das heisst, dass man innerhalb linker Zusammenhänge eine Entscheidung für oder gegen die Impfung rechtfertigt. Und auch wenn die Impfung kein Allheilmittel ist, spricht nach aktuellem Wissensstand alles dafür: Sie ist sicher, sie ist gratis, sie schützt einen selber und vor allem auch andere und die Nebenwirkungen sind im Vergleich zu einer Covid-Erkrankung vernachlässigbar. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Forderung nach „Entscheidungsfreiheit“ primär von denjenigen Personen kommt, die sich nicht impfen lassen und das auch nicht begründen wollen.

Eine linke Position sollte alle Leute dazu zu motivieren, sich impfen zu lassen und gleichzeitig einen Zugang zur Corona-Impfung für alle fordern.

Die Impfskepsis ist selten rational begründet, sondern rührt meist von religiösen, esoterischen oder sonstigen antimodernistischen Vorstellungen her. Politische Impfkritik kommt historisch primär von rechts. Darum ist es auch kein Zufall, dass deutschsprachige Regionen die tiefste Impfquote Europas aufweisen. Eine emanzipatorische Linke sollte solchen Vorstellungen mit Aufklärung entgegen und sie insbesondere da bekämpfen, wo sie sich politisch ausdrückt und die Gesundheit und Selbstbestimmung anderer gefährdet. Dass von Impfgegner:innen die Parole „my body, my choice“ zu hören ist, ist also nicht nur zynisch, sondern verdreht die Verhältnisse komplett.

Eine linke Position sollte alle Leute dazu motivieren, sich impfen zu lassen und gleichzeitig einen Zugang zur Corona-Impfung für alle fordern. Das schliesst auch an Kampagnen für internationale Impfgerechtigkeit und Freigabe der Patente an, denn während hierzulande die Booster-Impfung langsam an Fahrt aufnimmt, warten weltweit Millionen von Menschen immer noch auf ihre erste Impfung. Das heisst natürlich auch, die Bedenken der Menschen ernst zu nehmen und in politische Forderungen einfließen zu lassen. Statt Gratiskonzerte mit abgehalfterten Popsternen auf dem Bundesplatz würde es sich etwa anbieten, bezahlte Freitage zu fordern, um sich impfen zu lassen und von allfälligen Nebenwirkungen erholen zu können. Auch die Wiedereinführung von Gratis-Tests sollte auf einer linken Agenda stehen, genauso wie die Kritik an der Ökonomisierung des Gesundheitswesens und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Eine solche Position schliesst nicht aus, Proletarisierte, die aus welchen Gründen auch immer nicht geimpft sind, gegen die Angriffe des Staates und der Bosse zu verteidigen, wie die bereits erwähnte Basisgewerkschaft SI Cobas angesichts der Zertifikatspflicht am Arbeitsplatz in Italien betont: „Wir haben von Anfang an die Wichtigkeit von Impfungen hervorgehoben und stellen uns entschlossen gegen Impfverweigerer. Doch wenn sich auf den Arbeitsplätzen nichts ändert, hat die Impfung nur eine minimale Wirkung und wir können nicht akzeptieren, dass nicht geimpfte Leute keinen Lohn erhalten und sich ihre Lebensbedingungen verschlechtern.“

Wissenschaftskritik muss materialistisch sein

Dieses Plädoyer für die Corona-Impfung soll nicht heissen, dass man der Pharmaindustrie, den staatlichen Zulassungsbehörden oder der medizinischen Forschung kritiklos vertrauen sollte. Wissenschaftliche Forschung und pharmazeutische Produktion erfolgen unter kapitalistischen Bedingungen. Sie orientiert sich an der Möglichkeit zur Profitmaximierung und nicht primär an den menschlichen Bedürfnissen. So weit, so banal.

Erkenntnis und Wissen können nicht von den Herrschafts- und Machtstrukturen abstrahiert werden. Unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen steigern Wissenschaft und Technik die dem Kapitalismus inhärenten Destruktivkräfte. Die moderne Wissenschaft ebnete nicht nur den Weg zur Industrialisierung und der fortschreitenden Beherrschung und Zerstörung der Natur, sondern auch für die barbarischen Kriege des 20. Jahrhunderts. Wissenschaft und Technik unterliegen der „instrumentellen Vernunft“ – wie Horkheimer und Adorno sie nannten – das heisst sie sind zweckrational orientiert und zementieren die gegebenen Herrschaftsverhältnisse.

Einer kritischen Auseinandersetzung mit den Wissenschaften geht es nicht nur um die historische und strukturelle Einbettung und um die finanziellen und militärischen Interessen des Wissenschaftsbetriebs, sondern auch um die ideologische und disziplinarische Funktion der Wissenschaft. Viele einschneidende Massnahmen in verschiedenen Ländern, wären nicht so passiv hingenommen worden ohne den scheinbar objektiven Diskurs der Virolog:innen und Epidemiolog:innen.

Dennoch ist es falsch, die Ablehnung der Vernunft mit dem Widerstand gegen die Herrschaftsverhältnisse zu verwechseln. Im Gegenteil wohnt der Vernunft auch das Potential der Kritik inne. Eine Kritik an den Wissenschaften, ihren Erkenntnissen und Resultaten muss sich auf ihren Diskurs beziehen. Falsch ist die Annahme, dass jegliche:r Wissenschaftler:in oder jede wissenschaftliche Arbeit oder Diskurs per se falsch oder nutzlos ist. Dasselbe lässt sich auch über die Pharmaindustrie sagen: Trotz berechtigter Kritik an ihrem Gebaren, muss man feststellen, dass sie Medikamente produziert, die für viele Menschen überlebensnotwendig sind oder das Leben massiv erleichtern.

Es ist unredlich, mit Kritik an Wissenschaft und medizinischer Forschung unter kapitalistischen Bedingungen einen quasi-religiösen Antimodernismus zu legitimieren. Ebenso falsch ist es, durch das Verharmlosen der Pandemie und ihren gesundheitlichen Konsequenzen und mit einem Verweis auf die „Natur des Menschen“ dem Sozialdarwinismus das Wort zu reden.

Bereits früher haben wir die anarchistische Wissenschaftsfeindlichkeit kritisiert. Diese hat „mehr mit Verschwörungstheorien gemein als mit Bakunin. Dieser kritisierte zwar die unhinterfragte Autorität und Machtposition der Wissenschaft, gestand aber trotzdem ein, dass es Leute gibt, die in einem bestimmten Gebiet über mehr Wissen und Erfahrung verfügen als andere. Daraus folgt nicht, dass man sich unüberlegt der Expertise eines anderen zu unterwerfen hat, sondern, dass sich die eigene Position in der Auseinandersetzung mit Argumenten und verschiedenen Positionen entwickeln sollte. Eine Haltung, die davon ausgeht, dass alles, was nach institutionalisierter Autorität riecht, per se falsch ist, kann damit nicht begründet werden.“

Es ist unredlich, mit Kritik an Wissenschaft und medizinischer Forschung unter kapitalistischen Bedingungen einen quasi-religiösen Antimodernismus zu legitimieren. Ebenso falsch ist es, durch das Verharmlosen der Pandemie und ihren gesundheitlichen Konsequenzen und mit einem Verweis auf die „Natur des Menschen“ dem Sozialdarwinismus das Wort zu reden. Genau dies geschieht jedoch, wenn etwa im Barrikade-Text geraunt wird, dass Menschen durch den Konsum von medizinischen Lösungen den Bezug zum eigenen Körper und zur Natur verlieren würden. Unsere „anti-autoritären“ Autor:innen sind hoffentlich auch dafür, dass alle Menschen ungeachtet ihrer körperlichen Verfassung ein angenehmes Leben führen können. Da gehört es eben oftmals dazu, dass sie ihrem Körper und der „Natur“ immer mal wieder ein Schnippchen schlagen und nicht an jedem Infekt einfach sterben.

Eine emanzipatorische Position will kapitalistische Produktivkräfte, Technologien und Medizin nicht planlos und umfassend zerstören, sondern sie den kapitalistischen Zwängen entziehen und in den Dienst der Menschheit stellen. Natürlich gibt es auch Technologien und Produktivkräfte, die

nicht mit einem emanzipatorischen Projekt kongruieren. Doch dort, wo sie das Leben und die (Nicht)-Arbeit der Menschen leichter machen, sind sie sicher begrüßenswert.

Warten auf Godot

Unter Linken war zu Beginn der Pandemie so etwas wie Euphorie zu spüren: Es schien möglich, dass die deutliche Sichtbarmachung der gesellschaftlichen Widersprüche zu einer breiten emanzipatorischen Mobilisierung führen könnte. Daraus wurde bald Lethargie, nur um später der Ohnmacht und der Konfusion den Weg zu ebnen. Kritiklose und affirmative Haltung gegenüber dem Staat und realitätsverdrängender Nihilismus sind dabei zwei Seiten derselben Medaille.

Einige Insurrektionalist:innen scheinen Mühe zu haben, die gesundheitliche Dimension der Pandemie zu verstehen. Verbalradikalismus und religiös aufgeladene Bilder eines Schiffes, das Richtung Freiheit gelenkt werden muss, die am Horizont als Erlösung erscheint, sind mehr als bloss pathetisch – die Analyse dahinter ist regressiv und autoritär, weil das Leben von Menschen ungeniert herabgesetzt wird. Wie ernst soll eine Position genommen werden, die zwar vorgibt eine kritische Haltung gegenüber dem wissenschaftlichen Diskurs und dem Staat einzunehmen, aber keine Perspektive zu bieten hat ausser dem Rückzug auf ein abstraktes Individuum innerhalb einer falschen Freiheit, gekoppelt an die Relativierung oder gar Leugnung der Pandemie?

Global betrachtet ist die momentane Lage vielleicht nur der Auftakt zu widersprüchlichen Zeiten. Der Autoritarismus erscheint in Gestalt der Individualisierung gesellschaftlicher Konflikte. Dadurch wird das Kapitalverhältnis zementiert. Deshalb darf der Autoritarismus nicht bloss auf den Staat reduziert werden, er zeigt sich auch im autoritären Charakter moderner Individuen, in der Pseudorebellion gegen die staatlichen Massnahmen und dem Zynismus einer atomisierten Freiheit. Es ist deshalb notwendig, an diejenigen Ansätzen anzuknüpfen, die die gesundheitliche Dimension der Pandemie ernst nehmen, ohne dabei die ökonomischen, repressiven, politischen und sozialen Verwerfungen gewissermassen als „pandemische Nebenwidersprüche“ abzutun.

Es gilt eine kämpferische, solidarische Perspektive und eine Praxis der gegenseitigen Hilfe zu entwickeln: Basisarbeit und Strukturen, die nicht nur an die Lebensrealität der Menschen anschliessen, sondern auch eine sichtbare linke und antiautoritäre Position auf die Strasse bringen. Wir werden in zukünftigen Kämpfen solche Strukturen dringend benötigen. Denn auch die postpandemischen Zeiten, werden voller Verwerfungen sein. Sollte so was wie eine Normalität die nächsten Jahre zurückkehren, wird sie von trügerischer Natur und kurzer Dauer sein.

Von Julian Freitag und M. Lutrémont
ajour - magazin für autonomen journalismus

„Der Green Pass ist ein reines Propagandainstrument“

Das linke Autorenkollektiv Wu Ming spricht im Interview über Proteste gegen den sogenannten Green Pass in Italien, Verschwörungsglauben und radikale Kritik an der Pandemiepolitik.

Interview von Federica Matteoni

Frage: Verantwortlich für den Angriff auf die CGIL vom 9. Oktober (siehe Infokasten) waren Neofaschisten. Allgemein kann man feststellen, dass die extreme und sonstige Rechte bei den Protesten gegen das Pandemie-management stark vertreten ist. Warum halten Sie die Bezeichnung der Mobilisierungen gegen den Green Pass als ausschließlich faschistisch für falsch?

Bereits im Frühjahr 2020 hatten wir vermutet, dass der soziale Unmut sich entladen würde, sobald die Angst vor dem Virus nachlässt. Wir schrieben, dass die fehlende Kritik am Umgang der Regierung mit der Pandemie den unvermeidlichen Protest in etwas sehr Verwirrendes und Zweideutiges verwandeln würde, das der extremen Rechten und verschiedenen Verschwörungstheoretikern dient. Wir kritisieren auch einen Großteil der Linken scharf, die eine „virozentrische“ Sichtweise vertraten, das heißt, sie konzentrierten sich ausschließlich auf die Ansteckungsgefahr und sprachen kaum darüber, dass das politische Management der Pandemie irrational, ungerecht und heuchlerisch war. Wir kritisierten die Leichtigkeit, mit der Etiketten angebracht wurden, sowie das Festhalten an von uns so genannten „pandemischen sozialen Frieden“ der Regierung Draghi (Mario

Draghi ist seit dem 13. Februar 2021 Ministerpräsident Italiens, Anm. d. Red.) aus Angst, „das Gleiche wie die Rechten“ zu sagen. Die Mobilisierungen strotzen ja auch vor ideologischem Müll. Aber nicht nur, genau das ist der Punkt.

Bei jeder Massenmobilisierung hat man immer vieles gehört: Auf dem Tahrir-Platz hörte man auch antisemitische Verschwörungsphantasien, bei den Protesten am im Gezi-Park auch nationalistische Verschwörungsphantasien. Wäre es richtig gewesen, diese Kämpfe abzutun? Nein, und es macht auch keinen Sinn, dies für die post-pandemischen Kämpfe zu tun, die widersprüchlich aber unausweichlich sind.

Angesichts der Proteste griff der neoliberale Mainstream sofort auf die *reductio ad Hitlerum* zurück. Ein Teil der Linken, sogar Teile der sozialen Bewegungen folgten diesem Beispiel sofort. Das hat in dieser postpandemischen Phase den Neofaschisten genutzt, weil ihre Rolle dabei übertrieben wurde. Auf vielen Kundgebungen sind die Faschisten abwesend oder irrelevant, auf anderen sind sie da und versuchen offensichtlich, ihre schmutzigen Manöver zu machen, aber vielleicht haben sie nur in Rom eine gewisse Bedeutung. Ansonsten ist diese Bewegung wild, sie entzieht sich jedem Interpretationsparameter, und keine politische Kraft schafft es, eine wirkliche Hegemonie zu erringen.

Die Ausdehnung des Green Pass auf alle Arbeitsbereiche führt zu immer mehr Ungereimtheiten und Widersprüchen. Es wird immer offensichtli-

cher, dass diese Maßnahme ein Weg ist, alle Verantwortung nach unten abzuschieben, auf die einzelnen Bürgerinnen und Bürger. Der Green Pass wurde als der Tropfen empfunden, der das Fass zum Überlaufen brachte, nach zwei Jahren, die das Leben so vieler Menschen zerstört haben.

Es ergibt wenig Sinn, über den angeblichen Missbrauch des Begriffs „Freiheit“ bei diesen Mobilisierungen zu philosophieren. Das geht an der Sache vorbei, denn meistens geht es den Teilnehmenden nicht um Freiheit, sondern um ihre eigene Proletarisierung. Ein Teil der prekären, verarmten und verängstigten Mittelschicht – Menschen, die die Sprache des sozialen Kampfes nicht beherrschen und nicht zu den Erben politischer Traditionen mit etabliertem Vokabular gehören – übersetzt seine Wut über seinen kürzlich erfolgten oder bevorstehenden sozialen Abstieg und über die Ungerechtigkeit, die er aufgrund der Art und Weise erlitten hat, wie der pandemische Notfall gehandhabt wurde, in Begriffe der „Freiheit“.

In ihrem Bestreben, sich von diesen Demonstrationen zu distanzieren, hat eine gewisse Social-Network-Linke ihre Verachtung für persönliche Freiheiten, die als „bürgerliche“ Freiheiten gelten, zur Schau gestellt. Man muss vorsichtig sein, welche Begriffe man in abwertender Weise verwendet. Individualismus und Egoismus sind eine Sache; die Sphäre der Autonomie, die jeder Mensch genießen muss, ist eine andere. Ohne diese Unterscheidung kommt es zu einer schrecklichen Verwirrung und wir enden damit, dass wir den Autoritarismus befürworten, noch dazu in einem kapitalistischen Kontext, ohne auch nur den Vorwand der Diktatur des Proletariats! Wichtig ist vor allem, dass diese Art der Pandemiebewältigung die kollektive und soziale Dimension angreift, die Beziehungen zwischen den Menschen. „Freiheit“ bedeutet in diesem Zusammenhang auch die Freiheit, gemeinsam zu leben, zu streiten, zu demonstrieren. Sich darauf zu beschränken, dies alles als „faschistisch“ zu bezeichnen, ist zumindest ein Zeichen von ideologischer Verblendung.

Frage: Seit einigen Tagen herrscht in den italienischen Medien jedoch die gegenteilige Befürchtung vor, nämlich dass die „radikale Linke“, die „Anarchisten“, die „schwarzen Blöcke“, sogar die „ehemaligen Roten Brigaden“ eine Rolle bei der Mobilisierung gespielt hätten. Was hat sich geändert?

Der rhetorische Rahmen ist natürlich der der „gegensätzlichen Extremismen“, wie in den siebziger Jahren: die liberale Demokratie, die sich sowohl gegen Schwarze als auch gegen Rote verteidigen muss. Aber in der Erzählung sind die Roten immer gefährlicher. Es kam immer mehr Kritik am Green Pass von Linken und antikapitalistischen Gruppen: Alle Basisgewerkschaften, sogar die größte italienische Gewerkschaft, die CGIL, die früher kommunistisch war und jetzt sozialdemokratisch ist, haben sich dagegen ausgesprochen. All diese Personen sehen den Pass als Synthese der neoliberalen und technokratischen Logik, mit der die Pandemie in Italien gemanagt wurde, sowie als diskriminierendes Instrument, das der weiteren Verschärfung der Kontrolle der Arbeitgeber über die Arbeitskräfte dient.

Frage: Die Rhetorik auf den Demonstrationen änderte sich mit der Blockade des Hafens von Triest Mitte Oktober, im Rahmen einer Mobilisierung, die in eine völlig andere Richtung ging als die in Rom. In einem Beitrag auf Ihrem Blog sprechen Sie von „Klassensolidarität“. Können Sie das näher erklären?

Seit August findet in Triest eine Massenmobilisierung statt, die immer noch andauert. In einer Stadt mit 200 000 Einwohnern sind mehrmals 20 000 Menschen auf die Straße gegangen. Es sind Arbeiterinnen und Arbeiter aus allen wichtigen Produktionsbereichen von Triest, angefangen bei den Hafenarbeitern, die eine führende Rolle spielen. Am 15. Oktober blockierten Hafenarbeiter einen der Haupteingänge des Hafens und erhielten Solidarität von großen Teilen der Bevölkerung. Die Polizei räumte die Demonstrierenden mit Wasserwerfern und Tränengas.

Erinnern wir uns: Die Polizei wurde entsandt von der unternehmerfreundlichsten und neoliberalsten Regierung der Geschichte Italiens, geführt vom ehemaligen Chef der Europäischen Zentralbank, einem der Männer, die die Strangulierung der griechischen Zivilgesellschaft gesteuert haben.

Bei all dem spielen die Genossinnen und Genossen eine wichtige Rolle, die seit April vorigen Jahres politische Arbeit und militante Untersuchungen leisten. Sie leben seit Monaten in einer Situation, die sicherlich widersprüchlich und schwer zu bewältigen, aber auch sehr lebendig ist. Triest zeigt, dass es von Anfang an Spielraum für Interventionen gab, dass es möglich ist, den Protest gegen den Pass auf dem richtigen Weg zu halten, indem man eine gemeinsame Basis klar definiert.

Als der Kampf begann, Resonanz in den Medien zu erfahren, tauchten in Triest natürlich Faschisten und Qanon-Verschwörungsgurus auf. Diese Menschen versuchten, sich in den Vordergrund zu spielen, und die Medien halfen ihnen dabei, indem sie sie ständig interviewten, obwohl sie bei den Mobilisierungen in der Stadt kaum eine Rolle spielten. Im Moment sieht es so aus, als sei ihr Versuch, die Proteste zu kapern, gescheitert. Das bedeutet allerdings nicht, dass auf den Demonstrationen nicht mehr Verschwörungsgerede und pseudowissenschaftliche Thesen zu hören wären.

Frage: Sie haben geschrieben, dass das, was in Triest passiert, einen Vorgeschmack darauf gibt, wie zukünftige Mobilisierungen aussehen werden und welche Probleme die Bewegungen in der postpandemischen Phase des Spätkapitalismus angehen und lösen müssen, wenn sie nicht nur harmlose „Meinungsbewegungen“ sein wollen. Wie meinen Sie das?

In Europa und darüber hinaus werden die Aufstände der Zukunft immer heterogener und überraschender sein, zumindest in ihrer Entstehungsphase. Dies wurde bereits 2018 beim Aufstand der sogenannten Gelbwesten in Frankreich deutlich, und es wird immer so sein, da das Kapital in der schwindelerregenden Beschleunigung der realen Subsumption immer mehr Existenzen verschlingt und selbst das Leben von zuvor gesicherten Klassen immer prekärer werden lässt. Diese Aufstände werden heterogen beginnen, weil deren Protagonisten nicht den Hintergrund haben, den wir uns von ihnen wünschen: die Erinnerung an Arbeiterkämpfe und soziale Bewegungen, ein Klassenbewusstsein, eine Tradition des sozialen Konflikts und so weiter. Aber paradoxerweise macht das Fehlen dieses Hintergrunds diese Kämpfe auch frei davon, vorgefertigten Mustern zu folgen. Das ist etwas, was auch Toni Negri in einer auf eine vage Art und Weise gespürt hat. Er schrieb darüber in einem Artikel von 1981 mit dem Titel „Erkenntnistheorie. Elogio dell'assenza di memoria“ (Erkenntnistheorie. Lob des Fehlens des Gedächtnisses).

Die Protagonisten der nächsten Wellen sozialer Kämpfe werden häufig „bikonzeptuell“ sein: proletarisch (und zwar prekär) in ihrem neuen Zu-

stand, aber bürgerlich in ihrer sonstigen Mentalität. Gerade wegen des Schocks des sozialen Abstiegs werden sie zunächst versuchen, die kleinbürgerlichen Werte von früher zu pflegen, die Überbleibsel ihres früheren Status.

Wie der Kognitionslinguist George Lakoff sagt, müssen wir mit den Bi-konzeptuellen reden, indem wir den Teil ihres Geistes ansprechen, den sie mit uns gemeinsam haben. Wir müssen an ihre Erfahrung mit den neuen materiellen Bedingungen anknüpfen, an das, was sie tatsächlich erleben werden, an ihre Wut auf das System. Wenn wir das nicht tun, tun es Faschisten und andere Reaktionäre, und sie werden sich an die andere Seite jenes Verstandes wenden, an die ressentimentgeladene Nostalgie nach ihrem weißen, bürgerlichen Privileg.

Solche Mobilisierungen erfordern mehr Interpretationsaufwand, mehr politische Vorstellungskraft und mehr Geduld. Nur mit Geduld und dem Verzicht auf eine sofortige Kategorisierung des Geschehens können wir hoffen, fruchtbare Synthesen zu finden. Die für den Austausch in den sozialen Medien typische vorschnelle Beurteilung ist zweifellos unser Feind.

Frage: Wie fügt sich der GP in das Gesamtmanagement der Pandemie in Italien ein?

Im Februar 2020 entwickelte sich die Provinz Bergamo in der Lombardei, der am stärksten industrialisierten und verkehrsreichsten Region Italiens, zum Covid-Infektionsherd. Im Seriana-Tal gibt es Hunderte von Fabriken unterschiedlicher Größe, die Zehntausende von Menschen beschäftigen und den Pendlerverkehr aus Bergamo und der Provinz ankurbeln. Experten schlugen sofort vor, diese Unternehmen zu schließen und das Tal zur „roten Zone“ zu erklären, aber der Unternehmerverband Confindustria setzte die Politik unter Druck, dies nicht zu tun. Die Ansteckungen gerieten bald außer Kontrolle und breiteten sich im gesamten Ballungsraum der Lombardei aus, in dem rund acht Millionen Menschen leben. Das Gesundheitssystem der Lombardei, das durch jahrelange Kürzungen und Privatisierungen verwüstet worden war, brach innerhalb weniger Tage zusammen. Von dort aus breitete sich die Epidemie auf halb Italien und sogar ins Ausland aus.

Um ihre Verantwortung für das Geschehen zu verschleiern, griff die Regierung zu einer Reihe von Ablenkungsmanövern, die auf dem klassischsten neoliberalen Trick basierten, der bereits vor der Pandemie in Bezug auf Umwelt, Klima und Gesundheit massiv eingesetzt wurde: Jede Verantwortung für die Ansteckungen wurde dem individuellen Verhalten der Bürgerinnen und Bürger zugeschoben. Das Gesamtpaket an strengen Beschränkungen, das man „Lockdown“ nannte, enthielt neben vernünftigen Maßnahmen auch solche, die überhaupt keinen Sinn machten. Die Orte, an denen die Ansteckungsgefahr am größten war (Produktionsbetriebe, Logistikzentren, Fleisch- und Lebensmittelverarbeitung und -verpackung), blieben geöffnet, aber harmloses Verhalten wie Spaziergehen wurde verboten und bestraft. Diejenigen, die diese restriktiven Maßnahmen „im Namen der Wissenschaft“ verteidigten, verbreiteten zum Teil Ängste und wissenschaftsfeindliche Überzeugungen. Allen Studien zufolge reicht die Bandbreite der Coronavirus-Infektionen im Freien von „höchst unwahrscheinlich“ bis „fast unmöglich“. Doch alle Sündenböcke, die von der Regierung und den Medien als Schuldige für die Epidemie genannt wurden, waren Menschen, die sich im Freien aufhielten:

Joggerinnen, Spaziergänger, Menschen, die mit dem Hund „zu oft“ rausgingen, junge Leute, die auf einer Piazza Bier tranken – während die Ausbrüche in der Industrie aus allen Debatten verschwanden.

Dieser selektive und unausgewogener „Lockdown“ diente gerade dazu, den Eindruck zu erwecken, dass die Regierung „etwas tut“, ohne die Interessen von Confindustria zu beeinträchtigen. Gleichzeitig war es eine hervorragende Gelegenheit, einen noch größeren Kapitalismus zu stärken, nämlich den der großen Tech-Giganten wie Amazon, Google, Facebook... Die Kampagne um den Green Pass hat die Politik der Schuldzuweisung an die einzelnen Bürgerinnen und Bürger auf eine neue Ebene gebracht. Es ist ein Instrument, welches die Regierung und die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlässt und das Sündenbocksyndrom anheizt.

Frage: Aber kann man den Green Pass aus einer radikalen Perspektive heraus kritisieren?

Es stimmt nicht, dass der Green Pass notwendig war, um die Menschen zur Impfung zu bewegen. Als er eingeführt wurde, war die Impfkampagne bereits in vollem Gange, die Impfquote in Italien lag bereits bei fast 80 Prozent. Beim Schulpersonal lag sie bei fast 90 Prozent, im Gesundheitswesen war sie sogar noch höher. Zwei Monate nach der Einführung ist die Rate nur minimal gestiegen. Es gab nicht nur keinen wirklichen Anreiz zum Impfen, sondern die Arroganz der Regierung hat den Widerstand noch verstärkt.

Der Green Pass ist ein reines Propagandainstrument, ein diskriminierendes Instrument, das Millionen von Menschen, die nichts Illegales getan haben – es gibt ja keine Impfpflicht –, durch soziale Isolation oder Verlust des Arbeitsplatzes bestraft. Es ist ein Instrument, das den Arbeitgebern eine noch nie dagewesene Kontrolle über die Arbeitnehmer ermöglicht.

In den vergangenen zwanzig Monaten hat ein Großteil der Linken die Kritik an der Logik dieser Maßnahmen aufgegeben und nur noch über das Virus gesprochen. Aus diesem Grund war sie nicht in der Lage, den Green Pass zu kritisieren, im Gegenteil, sie hat ihn verteidigt, indem sie genau dieselbe Position wie die Confindustria, Draghi und die gesamte herrschende Klasse eingenommen hat.

Frage: Zurück zu den Mobilisierungen. Wer darin nicht nur die Faschisten sieht, tendiert häufig zum paternalistischen Aufklären: „Man muss diesen Leuten erklären, dass Impfung Leben rettet.“ Warum funktioniert das nicht?

Man muss unterscheiden zwischen dem Diskurs über Impfstoffe und dem Diskurs über die Impfpolitik, das heißt darüber, wie Anti-Covid-Impfstoffe hergestellt, vermarktet, legitimiert und verabreicht werden. Wir sind nicht in der Lage, wissenschaftliche und pharmakologische Debatten über den Impfstoff zu führen, aber wir können bestimmte Aspekte der Impfkampagne kritisieren. Das ist eine politische Frage. Viele Entscheidungen in dieser Kampagne hatten nichts Wissenschaftliches an sich, sie waren rein politisch, oft ging es nicht um Logik, sondern um die mediale Wirkung.

Ein Beispiel: Der Green Pass sollte ursprünglich für neun Monate gültig sein, wurde aber später auf ein Jahr Geltung verlängert. Weil sich herausgestellt hat, dass die Impfung länger als erwartet schützt? Nein. Diese

Entscheidung wurde getroffen, um Zeit zu gewinnen: Im Oktober und November hätten die meisten Beschäftigten im Gesundheitswesen ihn erneuern müssen, ein großes Chaos wäre ausgebrochen.

Wir haben uns impfen lassen, aber wir finden es verständlich, dass einige Leute das nicht wollen, angesichts der widersprüchlichen Kommunikation und der Arroganz, mit der die Regierung außerhalb der bürgerlichen Konsensblasen agiert. Es gibt eine Legitimationskrise der Institutionen, ein allgemeines Misstrauen gegenüber dem, was der Mainstream sagt. Die Hälfte der Bevölkerung geht nicht mehr wählen, sie schert sich nicht mehr darum, am Funktionieren des Parteiapparats teilzunehmen. Aus all diesen Gründen wollen wir die Schuld nicht allein denen zuschieben, die sich nicht impfen lassen wollen, und wir können diese Leute auch nicht, wie es viele „Linke“ tun, als größere Feinde betrachten als die herrschende Klasse, die uns in diese beschissene Situation gebracht hat.

Wenn Impfgegner Schwachsinn, fake news und Verschwörungsphantasien verbreiten, müssen wir sie natürlich so weit wie möglich demontieren, wie Wu Ming es in seinem Buch „La Q di Qomplotto“¹ tut. Wir schließen uns nicht denen an, die die Impfgegner zum Sündenbock gemacht haben, wir schließen uns nicht der Hasskampagne an, die die Regierung und die Bosse entlasten soll.

Frage: In dem erwähnten Buch analysiert Wu Ming 1 die Verschwörungsphantasien ausgehend von einem „Wahrheitskern“. Können Sie dieses Konzept kurz erläutern und wie es sich auf die Pandemiesituation anwenden lässt?

Wir erkennen in der massenhaften und flächendeckenden Verbreitung von Verschwörungserzählungen, auch zum Thema Impfung, den Ausdruck eines Unbehagens, einer Unzufriedenheit, eines verwirrten Bewusstseins davon, dass die kapitalistische Gesellschaft entmenschlichend und entfremdend ist. Das sind die „Kerne der Wahrheit“, es gibt allgemeine und spezifische.

Sogar QAnon hat einen Wahrheitskern: Das System ist in der Tat ungeheuerlich, die US-amerikanische Demokratische Partei dient wirklich den Interessen einer lausigen „Elite“. Dass aus diesen Prämissen und Erkenntnissen statt eines kohärenten antikapitalistischen Bewusstseins der Glaube an einen Geheimbund pädophiler Vampir-Satanisten erwächst, der Millionen von Kindern im Untergrund versklave, ist ein großes Problem. Aber die Wahrheitskerne verschwinden deswegen nicht. QAnon ist eine unbewusste Allegorie, eine ungewollte Parodie einer Systemkritik.

Die „Kerne der Wahrheit“ sind allgemeine Prämissen, partielle Einsichten, vage Unzufriedenheiten. Und wenn wir sie bei QAnon finden können, dann umso mehr bei den Impfgegnern. Es handelt sich um die gleichen Kerne, aus denen sich in der Vergangenheit edle Stränge der Kritik an der kapitalistischen Medizin entwickelt haben, von Ivan Illich bis zum Ehepaar Basaglia, von Michel Foucault bis zum deutschen Sozialistischen Patientenkollektiv, von Félix Guattari bis zu den britischen Antipsychiatern.

Die Unterordnung der Gesundheit unter das Profitstreben, die krankhafte Beziehung zwischen Medizin und Markt, die Abhängigkeit der medizinischen und pharmazeutischen Forschung von Unternehmen mit hoher Kapitalkonzentration, die Bürokratisierung und Entpersönlichung der

Pflege – das sind, oder wären, alles unsere Themen. Darin kommt eine Unzufriedenheit zum Ausdruck, die wir nie auffangen werden, wenn wir uns weigern, sie zu sehen und diejenigen, die sie äußern, nur als Feinde behandeln. Damit reduzieren wir uns selbst zu Torwächtern des Systems, zu Verteidigern des status quo und wir überlassen das Feld den Unruhestiftern und Faschisten.

Frage: Wie kann eine radikale Linke auf Verschwörungserzählungen reagieren, ohne sie arrogant zu kriminalisieren oder zu verspotten oder paternalistisch eine „Aufforderung zur Vernunft“ auszusprechen?

Wir kritisieren die typischen Herangehensweisen an Verschwörungsvorstellungen, idealistische (im philosophischen Sinne des Wortes), liberale, szientistische und andere Herangehensweisen. In diesem Ansatz verschwinden die Widersprüche im System sowie die Klassen, die sozialen Beziehungen, die Machtverhältnisse und ganz allgemein die kollektiven Dynamiken. Kurz gesagt: Es verschwinden dabei die materiellen Bedingungen der Verschwörungsideologien. Wie in einer klassischen „Robinsonade“, wie Karl Marx es nannte, bleibt in dieser Erzählung nur „der Verschwörungstheoretiker“ übrig, eine Figur, die entweder entlarvt oder zur Vernunft gebracht werden kann (oder beides gleichzeitig), aber immer auf dem abstrakten Boden des „Kampfes der Ideen“. Dies ist der Ansatz, den Wu Ming 1 in seinem Buch scharf kritisiert.

Nur neue Bewegungen, neue kollektive Verkettungen können das individuelle und dann stammesmäßige Abdriften in die Verschwörungsszene verhindern und den Spielraum, den wir leer gelassen und den die Verschwörungsphantasien gefüllt haben, wieder mit antikapitalistischen Kämpfen und solidarischen Beziehungen besetzen.

Bei Verschwörungen werden Energien, die in reale Kämpfe für soziale Veränderungen investiert werden könnten, an Orte gelenkt, an denen diese Energien zur Förderung reaktionärer Projekte verwendet werden. Deshalb verteidigen Verschwörungsphantasien das System, wie es im Untertitel des Buches heißt. Sie sind „Ablenkungsmanöver“. Aber sie wären nicht erfolgreich, wenn sie nicht um „Kerne der Wahrheit“ herum gebildet würden. Wenn Verschwörungsphantasien in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen an Einfluss zu gewinnen scheinen, dann deshalb, weil diese Räume leer geblieben sind.

Die Genossinnen und Genossen, die inmitten von unzähligen Schwierigkeiten bei den No-Pass-Mobilisierungen zu intervenieren versuchen, gehen vom Bikonzeptualismus der Menschen aus, die sich daran beteiligen. Sie haben etwas mit uns gemeinsam: die Vorstellung, dass das System beschissen ist, dass die vorherrschenden Narrative betrügerisch sind, dass die Kosten der Pandemie von den Schwächsten bezahlt werden und so weiter. Etwas anderes trennt sie von uns: die Pseudoerklärungen, die sie sich selbst geben, die reaktionären Schlussfolgerungen, die sie aus diesen Prämissen ziehen, die Sündenböcke und imaginären Figuren, auf die sie sich stürzen, die Kabale, die Reptiloiden und so weiter. Wir müssen einen Weg finden, um die Schnittmenge zwischen ihnen und uns anzusprechen, die Hälfte ihrer Denkweise, die wir gemeinsam haben.

Anmerkung zum Green Pass:

Im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie gilt in Italien seit dem 15. Oktober die sogenannte Green-Pass-Regelung. Seitdem dürfen Erwerbstätige ohne Impfpass beziehungsweise einen kostenpflichtigen negativen Covid-19-Test (entspricht der 3G-Regelung in Deutschland) die Arbeitsstelle nicht betreten. Die Impfpasspflicht galt zuvor nur für das medizinische Personal und seit Beginn des Schuljahres auch für Lehrkräfte. Umfragen zufolge befürwortet ein Großteil der italienischen Bevölkerung diese in Europa bislang einzigartige Maßnahme. Doch es gibt auch Gegenstimmen. Bei einer Demonstration mit rund 10 000 Teilnehmenden in Rom am 9. Oktober verwüsteten neofaschistische Gruppen den Sitz der Gewerkschaft CGIL. Am 15. Oktober streikten in Triest Hafenarbeiterinnen und -arbeiter, die die Rücknahme dieser Regelung für Arbeitende in jeder Branche forderten. Die Demonstration verlief friedlich, wurde jedoch von der Polizei mit Wasserwerfern aufgelöst. Die italienische Regierung erwägt, die Maßnahme, die ursprünglich bis Ende des Jahres gelten sollte, bis März 2022 aufrechtzuerhalten. Mittlerweile sind in Italien mehr als 80 Prozent der über Zwölfjährigen vollständig geimpft.

Wu Ming

Das italienische Schriftstellerkollektiv Wu Ming hat auf seinem Blog seit Beginn der Covid-19-Pandemie ein Forum geschaffen, auf dem das Pandemienmanagement der vergangenen zwei Jahre sowie die Einführung des Green Pass aus linker Perspektive kritisiert werden.

¹ Im vergangenen März stellte Wu Ming im Gespräch mit dem Disruption Network Lab sein letztes Buch, „La Q di Qomplotto - QAnon e dintorni. Come le fantasie di complotto difendono il sistema“ (Das Q von Qomplot - QAnon und Umgebung. Wie Verschwörungsphantasien das System verteidigen), vor. Darin analysiert er die Entstehung von und den Umgang mit Verschwörungsideologien und unter anderem welche Rolle sie in der Pandemie gespielt haben. Hier können Sie das Gespräch in englischer Sprache nachhören: Disruptive Fridays: The Q In Qonspiracy:

https://re-imagine-europe.eu/agenda_item/disruptive-fridays-19-the-q-in-qonspiracy/

zum Abschluss

eine Leseempfehlung

Zum diesjährigen Entsichern-Kongress in Berlin wurde von der Antirepressionsplattform Berlin ein Comic veröffentlicht, das sich mit DNA-Spuren beschäftigt. Durch die teilweise komplizierten Inhalte führt eine alltägliche Geschichte von Menschen, die ein Burschenschaftshaus angreifen und durch DNA-Spuren in Bedrängnis durch die Repressionsbehörden geraten. Auf 32 A5-Seiten geht es um DNA Vermeidung, Zerstörung, Entnahme, Speicherung, Verwertung im Strafverfahren, vor Gericht und danach. Es finden sich grundlagentexte, aber auch tiefer gehende juristische Ausführungen.

Das Heft gibt es in gut sortierten Infoläden und online auf https://archive.org/details/dna_comic_web

oder über tor-browser auf:

http://kontrpoliognxrcdwwxfszih4pifyidfjgq4ktfdu6uh4nn35vtuid.onion/wp-content/uploads/2021/09/dna_comic_web.pdf



on my way to tokyo



forgot my mask



autonomes
Blättchen

